

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 3,50 Mark pro Quartal, eingetragene in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftigen Kolonnetten oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Artikel und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Reine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetale für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Adressen: Amt 1, Nr. 1503.  
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.      Dienstag, den 30. Januar 1900.      Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Entwicklung der Einkommen.

Es wird uns geschrieben:

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist kürzlich die übliche Uebersicht der Ergebnisse der Einkommensteuer-Statistik in der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen eine nicht unbedeutende Rolle spielt, ist eine Wiedergabe dieser Ergebnisse stets angezeigt.

Es sei von vornherein bemerkt, daß sich nur wenig unanschauliche Schlüsse aus den statistischen Daten ergeben. Das liegt einmal an dem Mangel einer jeden Einkommenstatistik, deren Ergebnisse durch materielle Interessen verfälscht werden, da die Statistik nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach fiskalischen Gesichtspunkten aufgenommen ist. Sodann aber geht die preussische Statistik leider nicht weit genug ins Einzelne, so daß sie z. B. unvergleichlich weniger brauchbar ist für die Beurteilung der Verschönerung des Einkommens, als etwa die schweizerische Steuerstatistik. Immerhin aber sind die Resultate doch nicht so nebensächlich, daß man sie völlig außer acht lassen darf.

Was zunächst die Ergebnisse an und für sich anbelangt, so ist in Preußen für das Steuerjahr 1899 (98) bei 3 094 428 (2 909 403) Genfiten ein Betrag von 159 555 722 (146 738 875) veranlagt worden, so daß sich gegen das Vorjahr ein Mehr an Genfiten von 185 025 (143 407) und an Steuern von 12 816 847 (11 783 903) Mark ergibt. Zu diesem Mehr tragen beide Gruppen von Genfiten bei: die physischen Personen sind bei 3 092 166 (2 907 279) Genfiten — mehr 184 887 (143 284) — mit 146 581 694 (136 411 925) Mark, also mit einem Mehr von 10 169 769 (9 510 568) Mark, die juristischen Personen — 202 (214) Genfiten, mehr 12 (123) Genfiten — mit 12 974 028 (10 326 950) Mark, also mit einem Mehr von 2 647 078 (2 273 337) Mark veranlagt.

Das veranlagte Einkommen der Genfiten betrug 7 257 813 418 (6 774 937 505) M., das derjenigen Genfiten, welche mehr als 3000 M. Einkommen hatten, belief sich auf 3 572 357 668 (3 302 999 330) M., ist also gegen das Vorjahr um 8,15 Proz. gewachsen, während das veranlagte Einkommen überhaupt nur um 7,13 Proz. gewachsen ist. Mit andern Worten: Das veranlagte Einkommen der Genfiten mit mehr als 3000 M. zeigt gegen das Vorjahr eine stärkere Zunahme als das der Genfiten im allgemeinen. Das ist keineswegs eine zufällige Erscheinung, denn in den Jahren vorher war das Verhältnis genau dasselbe. Von 1897 zu 1898 ist das veranlagte Einkommen überhaupt um 6,28 Proz., das der Genfiten mit mehr als 3000 M. um 8,07 Proz. gestiegen. Von 1896 zu 1897 beträgt die Steigerung 4,74 bzw. 5,78 Proz. und von 1895 zu 1896: 2,51 bzw. 3,15 Proz.

Betrachten wir das Gesamtergebnis der Einkommensteuer, wobei wir auf das Jahr 1895 zurückgreifen, so zeigt sich, daß sowohl die Zahl der veranlagten Personen als auch die Höhe des Steuerertrags von Jahr zu Jahr gewachsen ist.

Es brachten auf

im Jahre 1895:	2 605 183 Genfiten	123 433 466 M.
" " 1896:	2 854 444 "	127 080 740 "
" " 1897:	2 765 996 "	134 954 972 "
" " 1898:	2 909 403 "	146 738 875 "
" " 1899:	3 094 428 "	159 555 722 "

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Steuern:

	in den Städten	in den Stadtkreisen	auf dem Lande	insgesamt
1895	6,94	9,74	1,64	8,78
1896	7,04	9,77	1,64	8,84
1897	7,27	10,03	1,69	9,08
1898	7,83	10,39	1,77	9,22
1899	7,94	10,66	1,89	9,45

Hieraus folgt, daß sowohl die Zahl der Genfiten als auch die von ihnen insgesamt ausgebrachte Steuersumme beständig gestiegen ist. Hand in Hand damit geht naturgemäß ein Steigen der auf den Kopf der Bevölkerung, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande entfallenden Steuer. An und für sich bedeutet das freilich noch keine Erhöhung des wirklichen Einkommens; es könnten ja auch diese besseren Resultate durch eine strengere Handhabung des Einkommensteuer-Gesetzes erzielt sein. Auch darf man nicht das Sinken des Geldwertes außer acht lassen.

Eine besseres Bild erhalten wir, wenn wir die verschiedenen Kategorien der Steuerzahler betrachten. Hier läßt uns allerdings die Statistik gerade in wichtigen Punkten im Stich, da die Steuerzahler nur in 4 Gruppen eingeteilt sind: diejenigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M., die mit einem solchen von 3000 bis 6000 M., die mit einem solchen von 6000—9500 M. und die mit einem Einkommen von über 9500 M. Zu diesen vier Gruppen kommen noch diejenigen, deren Einkommen steuerfrei ist, da es weniger als 900 M. beträgt. Es leuchtet ein, daß es innerhalb dieser Gruppen noch sehr verschiedene Abstufungen gibt, worauf die Statistik jedoch leider nicht Rücksicht nimmt.

Wie steht es nun mit der Zunahme resp. der Abnahme des Proletariats? Unzweifelhaft wird man alle diejenigen zu den Proletariern rechnen dürfen, deren Einkommen weniger als 900 M. beträgt. Die Zahl der hierher gehörigen Personen belief sich

im Jahre	Wohlfahrtsziffer von	auf	Proz.
1895	30 812 583	21 156 404	68,98
1896	31 349 283	21 058 150	67,17
1897	31 849 116	21 195 738	66,55
1898	32 348 765	21 208 543	65,56
1899	32 905 899	21 153 323	64,29

Während demnach die Bevölkerung Preußens von 1895 bis 1899 um etwa 2 Millionen zugenommen hat, hat sich die Zahl derer, welche weniger als 900 Mark Einkommen haben, um etwa 3000 vermindert. Wie weit auch hier wieder die schärfere Heranziehung der Steuerzahler von Einfluss ist, entzieht sich unserer Beurteilung. Ob die Zahl der am kleinsten gefestigten Schichten zugenommen hat, ergibt sich aus jenen Ziffern allein noch nicht. Hieraus folgt nur der für die kapitalistische Gesellschaft charakteristische Zustand, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung des preussischen Volks über ein Einkommen verfügen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Wollen wir wissen, ob innerhalb der hier in Frage kommenden Kategorie eine Zunahme oder eine Abnahme stattgefunden hat, so dürfen wir nur die Einzelsteuerenden und Haushaltungsvorstände in Betracht ziehen, und da ergibt sich, daß im Jahre 1895: 40,14 Proz., 1896: 40,89 Proz., 1897: 41,21 Proz., 1898: 41,44 Proz. und 1899: 41,68 Proz. der Einkommensteuerfreien Einzelsteuerende und Haushaltungsvorstände sind. Tatsächlich hat also die Zahl der ins Proletariat Versunkenen von 1895 bis 1899 nicht unerheblich zugenommen.

In demselben Maße ist die Zahl der Steuerzahler mit einem Einkommen von über 3000 Mark gestiegen.

Mehr als 3000 M. Einkommen hatten	1895	1896	1897	1898	1899
Genfiten, d. h. 1,05 Proz. der Bevölkerung	324 204	331 091	345 328	369 394	390 957
	1,05	1,06	1,08	1,14	1,19

Zeilen wir diese Steuerzahler mit mehr als 3000 M. Einkommen in drei Gruppen, so erhalten wir folgendes Bild.

a) Zwischen 3000 und 6000 M. Einkommen versteuerten:	
1895	211 761 Genfiten, d. h. 8,13 Proz. der Gesamtzahl
1896	214 960 " " 8,10 " "
1897	223 504 " " 8,09 " "
1898	238 492 " " 8,20 " "
1899	251 169 " " 8,12 " "
b) Zwischen 6000 und 9500 M. Einkommen versteuerten:	
1895	56 887 Genfiten, d. h. 2,17 Proz. der Gesamtzahl
1896	57 859 " " 2,18 " "
1897	60 317 " " 2,18 " "
1898	64 748 " " 2,23 " "
1899	68 598 " " 2,22 " "
c) Über 9500 M. Einkommen versteuerten:	
1895	56 146 Genfiten, d. h. 2,16 Proz. der Gesamtzahl
1896	58 272 " " 2,20 " "
1897	61 507 " " 2,23 " "
1898	66 144 " " 2,28 " "
1899	71 203 " " 2,30 " "

Diese Daten sprechen eine deutliche Sprache; sie lehren einmal, daß überhaupt nur etwa der hundertste Teil der Bevölkerung über ein Einkommen von mehr als 3000 M. verfügt; sodann aber lehren sie, daß die Zahl der Genfiten zwischen 3000 und 6000 M. im großen und ganzen sich nicht merklich verändert hat, daß die Zahl der Genfiten zwischen 6000 und 9500 M. beständig, wenn auch langsam, zunimmt, daß hingegen die Zahl derer, welche ein Einkommen von mehr als 9500 M. versteuern, in rapider Weise von Jahr zu Jahr, nicht nur absolut, sondern auch relativ wächst.

Noch deutlicher offenbart sich uns die Zunahme der reichen Einkommen, wenn wir vergleichen, wie viel vom Hundert des Gesamtjolls an Steuern auf die verschiedenen Klassen der Genfiten entfallen.

Es brachten auf in Prozenten:

	Genfiten mit 900 bis 3000 M.	Genfiten mit 3000 bis 6000 M.	Genfiten mit 6000 bis 9500 M.	Genfiten mit über 9500 M.
1895	30,39	16,56	9,78	43,29
1896	30,06	16,30	9,68	43,96
1897	29,46	16,04	9,58	44,92
1898	28,56	15,98	9,56	45,95
1899	28,11	15,91	9,43	46,85

Also auch hier wieder eine Abnahme der mittleren Einkommen, ja sogar noch eine kleine Abnahme der Einkommen bis zu 9500 M., auf der andern Seite eine Zunahme der großen Einkommen, die in fünf Jahren bereits fast 4 Proz. beträgt. Tatsächlich wird diese Zunahme aber wohl noch eine stärkere sein, da bekanntlich die großen Einkommen niemals so genau für Steuerzwecke berechnet werden wie die kleinen.

Ganz auffällig ist das Anwachsen derjenigen, die ein Millioneneinkommen haben. Es giebt in preussischen Staat 148 Personen mit einem Einkommen von mehr als einer halben Million Mark; im Jahre 1897 wurden 128, im Jahre 1896 nur 103 derartige Personen gezählt. Von ihnen beziehen 49 (43 und 27) ein Einkommen von mehr als 1 Million Mark. Von diesen Einkommen-Millionären entfallen 14 (14) auf Berlin, 13 (10) auf Hessen-Nassau, 10 (9) auf das Rheinland und 4 (3) auf Sachsen. Personen mit mehr als 100 000 M. Einkommen werden in Berlin 603 gezählt gegen 563 im Jahr 1897.

So mangelhaft demnach auch die preussische Einkommensteuer-Statistik ist, so steht doch so viel fest, daß von einem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung keine Rede sein kann, sondern daß man weit eher den gegenteiligen Schluss daraus ziehen darf. Das Mehr an Steuern, das von Jahr zu Jahr erzielt wird, verteilt sich keineswegs gleichmäßig auf alle Schichten, sondern stammt in erster Linie, ja fast ausschließlich, her von der Zunahme der großen Einkommen, während die kleinen und mittleren Einkommen hieran so gut wie nicht beteiligt sind.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

#### Der Reichstag

erledigte am Montag die erste Lesung des Etats zur Einführung des Checkverkehrs im Postgebiete. Der Check ist eine Anweisung auf Zahlung einer bestimmten Summe aus einem von dem Zahler deponierten Kapital. In England trägt kein Geschäftsmann, überhaupt keine wohlhabende Person viel Geld bei sich — kauft er etwas, oder hat er eine Zahlung zu machen, so reißt er aus einem sogenannten Checkbuch, welches er von dem Depositar empfangen hat, ein Checkformular heraus, das er mit der erforderlichen Summe ausfüllt und in Zahlung giebt. Diese Checks, die nicht das Umständliche von Wechseln haben, werden in England lieber wie bares Geld genommen, weil sie leichter transportabel sind.

Natürlich muß der Inhaber wie der Aussteller des Checkbuchs Kredit haben. Ist die hinterlegte Summe erschöpft, so wird dies dem Besitzer des Checkbuchs angezeigt, und dann muß entweder neu eingezahlt werden, oder das Checkbuch ist wertlos, und die Ausstellung eines Checks Betrag.

Die Post, welche in England auch als Sparbank benutzt wird, führte schon vor längerer Zeit den Checkverkehr ein, und zwar mit bestem Erfolg. Oestreich, das, seinem sonstigen Ruf zuwider, auf dem Gebiete des Postwesens der fortgeschrittenste Staat des Festlands ist — es führte z. B. die Postkarten zuerst von allen Ländern ein — besitzt auch seit einiger Zeit den Post-Checkverkehr und hat damit die besten Erfahrungen gemacht.

Man sieht, wenn der neue Reichs-Postsekretär das Gejuch, welches dem Reichstag vorliegt, als sein „eignes Kind“ bezeichnet hat, so ist das eine jener Hyperbeln, an welche man bei diesem ehemaligen Kavallerieoffizier gewöhnt ist und zu denen der Verkehr mit Pferden geneigt zu machen scheint. Die Verwendung der Post zum Checkverkehr wird zweifellos auch in Deutschland mit der Zeit zur Einrichtung von Postsparkassen nach englischem Muster führen. Jedenfalls liegt dem Plan ein guter Gedanke zu Grunde, wenn auch die Vorschläge noch sehr mangelhaft sind und namentlich der leidigen Sucht, auf Kosten des Publikums möglichst viel Profit zu machen, bei Festsetzung der Gebühren in bedenklicher Weise gehuldet wird. Dies wurde von unserm Sprecher, Genossen Singer, in einer sehr eingehenden Rede hervorgehoben. Die Gesetzesvorlage wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus trat dann in die zweite Beratung des Postetats ein und wird dieselbe Dienstag 1 Uhr fortsetzen.

#### Eine Wolke im Osten.

Die neue Palastrevolution in China hat sich unter ganz ähnlichen Verhältnissen und Umständen vollzogen, wie die Palastrevolution vor drei Jahren, welche die Mobilmachung der englischen Flotte zur Folge hatte. Damals war es russischer Einfluss, der die alte Kaiserin Mutter zur Sequestrierung des jungen, den von England und Japan besetzten Reformen freundlichen Kaisers veranlaßte. Den Engländern und Japanern gelang es allmählich, das verlorene Terrain wiederzugewinnen — und nun ist ein ähnlicher Schlag erfolgt. Keinem Zweifel kann es unterworfen sein, daß Rußland es ist, welches auch diese Mine hat springen lassen. In England hat man gute Gründe, jetzt nicht viel Lärm zu machen, aber die Nachricht, welche geräuschlos in einer Londoner Depeche kommt: man denke daran, die gesamte englische Flotte mobil zu machen, hat entschieden die Wahrscheinlichkeit für sich. Noch tiefer und kräftiger ist die Wirkung des chinesischen Staatsstreichs auf Japan, wo, nach englischen Blättern, „die Aufregung eine außerordentliche“ sein soll.

Mit dieser Nachricht ist in Verbindung zu bringen, daß die japanische Regierung seit dem Kriege mit China ihre Armee stark vergrößert und ihre Flotte mehr als verdoppelt hat.

Nun hat man in letzter Zeit auch viel gehört von einem Bündnis zwischen Japan und China. Das ein solches geplant war — und zwar unter den Auspizien Englands — ist wohl unzweifelhaft. Ob es schon abgeschlossen war, können wir nicht wissen. Zu vermuten ist aber, daß dieses geplante Bündnis, dessen Verwirklichung für England eine schwere Niederlage, vielleicht das endgültige Scheitern seiner ostasiatischen Politik bedeuten würde, den Anlaß zu der jüngsten Palastrevolution gegeben hat.

Gewiß ist, daß dieser Schlag den Engländern zu möglichst ungünstiger Zeit gekommen ist. Allein wenn ein russisches Regierungsblatt, die „Ratosti“, China schon als Nebenbetrachter, von dem Rußland beliebige Stücke abschneiden kann, und wenn ein andres russisches Regierungsblatt, die „Kossija“, gar schon ein russisches Bündnis mit Japan in der Tasche zu haben glaubt, so ist das doch stark phantastische Zukunftsmusik. So schwer die Niederlagen der Engländer in Südafrika sind, so ist England nicht so geschwächt, um zu freiwilligem Verzicht auf seine Weltmachstellung gebracht zu werden.

London, 29. Januar. Dem Neuesten Bureau wird aus Belgien vom 28. Januar gemeldet: Man glaubt hier, daß der von der Kaiserin vorgenommene Staatsbesuch von den Chören in Belgien hingenommen wird. Man befürchtet keinerlei Schwierigkeiten seitens des Auslandes.

### Jur Debatte über ein Reichs-Vergleich.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die Debatten über das Reichs-Vergleich haben wieder einmal gezeigt, daß die Bergwerksbesitzer und ihre Vorführer von allen Kapitalisten-liquen am ärofftesten jeder Socialreform sich entgegenstemmen. Was die Herren Hilb, Krendt u. Franke von der Reichstagstribüne behaupteten, sollte man nach all dem Vorgesagten doch nicht mehr für möglich halten. Seit dem großen Streik von 1889 ist es weltbekannt, die Regierung hat es selbst in ihrer feinerzeitigen Enquete widerwillig zugestehen müssen, daß die größten Mißstände gerade im Bergbau zu finden sind. Die neuerdings stattgefundenen Grubenprozesse haben zur Evidenz bewiesen, daß jene Mißstände trotz offizieller Ableugung immer noch vorhanden sind. Trotzdem haben die Herren Hilb und Genossen noch den Mut, so gut wie alles abzuleugnen.

Um nun einiges hervorzuheben: Herr Krendt hat die Lage der Mansfelder Vergleute und die Fürsorge der Verwaltung mit größter Unbefangenheit gelobt. Genosse Thiele diente ihm zwar schon, aber ich will doch über die „Fürsorge“ der Verwaltung etwas Näheres mitteilen. — Während 1897 in den preussischen Knappschaftsvereinen pro krankes Mitglied und Krankentag durchschnittlich 1,68 Mark bezahlt wurde, erhielten die Mansfelder Vergleute 0,89 M. In den mitteldeutschen Knappschaftsvereinen entfielen auf einen Krankentag 13,9, in Mansfelder speziell 17,6 Krankentage! Diese Zahlen (entnommen der „Zeitschrift für Bergbau etc.“) reden deutlich von der schweren Arbeit der Mansfelder Vergleute und der fürsorglichen Verwaltung. Ein Ganzwollde erhielt durchschnittlich 295 M. Jahrespension; auf 360 Tage berechnet, macht 82 Pf., die der invalide Arbeiter zu verzehren hat. Hierbei sind die höheren Pensionen der Beamten (sogar mitgerechnet). Ist das eine Vergütung der arbeitsfähigen Vergleute, würdig der reichen Gewerkschaft und wert, anständig genannt zu werden? Wird sich Herr Krendt, wenn er sich zur Rede legt, mit 82 Pf. pro Tag begnügen? Der Herr sollte, statt beiläufig im Reichstage über Arbeiterverhältnisse zu reden, sich erst einmal erkundigen nach den Umständen der Vergleute, die er verteidigt.

Herr Franke behauptete fröhlich, die Verzeugsanlage auf „Vorussia“ sei in Ordnung gewesen. Der Staatsanwalt in dem betreffenden Prozeß gab aber in seinem Plaidoyer zu, daß bezüglich der Verzeugsanlage „frevelhafte Uebertreibungen“ konstatiert seien.

Herr Hilb behauptete, die ungarischen Arbeiter seien aus purer Gnade auf „Wessalia“ aufgenommen worden, der Steiger Wagner sei auf Wunsch der Arbeiter ins Ungarn abgereist. Woher erfahren denn die Ungarn von dem Arbeiterdorado „Kaiserstuhl“? Thatsache ist, daß die Arbeiter später vor Gericht behaupteten, Wagner habe ihnen alles mögliche versprochen, u. a. 4,50 M. Lohn. Sie haben aber lange nicht so viel verdient. Vor Gericht behauptete der Werkvertreter, die Ungarn seien unwillige Arbeiter. Nun stellte Bunte, der Vorstand der Arbeiter, den Antrag, es solle eine gerichtliche Kommission auf „Kaiserstuhl“ einfahren, um zu untersuchen, wie dort die Arbeitsbedingungen seien. Der Werkvertreter weigerte sich entschieden, diese Untersuchung vornehmen zu lassen! Warum? Herr Hilb, der Leiter am „Kaiserstuhl“, hatte doch ein so reines Gewissen?

Herr Franke konnte „autoritativ“ versichern, daß die Täuschung des Einfahrens auf „Wessalia“ nicht geschehe. Woher weiß das Herr Franke? Wenn es nicht wahr ist, weshalb flagt die Verwaltung nicht gegen den „Verknappen“, der jene Affäre schon im November vorigen Jahres aufdeckte? Wir können bestimmt versichern, daß der demogelgte Einfahrer nicht der Angabe des Bohumer Abgeordneten beitrifft.

Es ist eine Spezialität der Grubenbesitzer, auch die offen- kundigsten Thatsachen, sind sie dem Kapital unangenehm, dreist abzuleugnen. Das haben wir seit 1889 erlebt. Können sich die Herren gar nicht mehr retten, dann schweigen sie für einige Zeit, aber nicht lange und das Schweigen geht wieder los. Was jeder Mann in den Bergbetrieben weiß, davon wissen die Unternehmer nichts. Die Bergbehörde geht darin mit leuchtendem Beispiel voran. Gelingt es, einem Schreiber und Schwäger eine kleine Inkorrektheit nachzuweisen, dann erfolgt Anklage, dieser schiebt die Verurteilung vor den Gerichten in den Individueellen. Ist alles wahr, kann man beim besten Willen nichts abstreiten, dann heißt es schweigen. Die bloßgestellten Unternehmer bleiben unbehelligt, höchstens „warnt“ („Unser Fritz“) man sie, den Unfug nicht weiter zu treiben.

So sieht's mit dem deutschen Bergarbeiter-Schutz aus. —

### Abgeordnetenhaus.

Die Agrardebatte, die im preussischen Abgeordnetenhaus munter fortgesetzt wird, bot am Montag insofern etwas Abwechslung, als die Linke, die sich in den letzten Tagen auf die Defensiv- beschränkung, heute mit einem freisinnigen Antrag zur Offensive übergegangen ist, laut welchem die Regierung die Geschäfts- berichte der Kornhäuser veröffentlichen soll. Diese Kornhäuser haben sich allgemach zu ländlichen Konsum- vereinen größeren Stils entwickelt, welche anstatt mit Korn, auch mit allen möglichen andern Waren, als da sind Samereien, Butter, Düngemitteln einen schwingenden Handel treiben. Der freisinnige Abgeordnete Krüger, Anwalt der Schulz-Delitzschen Genossenschaften, begründete den Antrag, den die Agrarier natürlich bekämpften, während sich Minister v. Hammerstein hinter der Behauptung zurückzog, die Regierung gar kein Recht, die Geschäftsberichte der privaten Kornhausgenossenschaften zu veröffentlichen. Daran entgegneten mit Recht die Redner der Linken, Krüger von der freisinnigen Volkspartei und Götze von der freisinnigen Vereinigung, daß alle sonstigen Genossenschaften, Mieterschaften usw. eine Ehre darin setzen, ihre Berichte zu veröffentlichen, und daß außerdem Anstalten, die vom Staate mit Millionen Mark subventioniert werden, doch kaum als private angesehen werden können. Das Resultat der Croiterung war, wie vorauszusehen, Ablehnung des Antrags gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger verstreuten weiger Neben aus den Reihen der Links-Nationalliberalen. — Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Der landwirtschaftliche Etat wird weiterberaten.

## Deutsches Reich.

Die fatale Deutung. Ein paar naive Schwärmer halten an- geregt, die Kosten für die Weltmacht-Flotte auf dem Wege einer Reichs-Erbhöflichkeit aufzubringen. Natürlich findet Kripps Blatt den Vorschlag lächerlich, wie es überhaupt eine ungeheuerliche Idee sei, die Kosten zur Verteidigung des Vaterlandes auf die Bestehenden abzuwälzen.

In Wahrheit, der Gipsel der Ungerechtigkeit, wo doch schon der ganze Profit an der „Vaterlandsverteidigung“ auf die Bestehenden abgewälzt wird. Wie sollen sie da noch die Kosten tragen können. —

### Flotte und Kanal.

Die allgemeine Wasserlust der Agrarier erkennt man aus den folgenden Ausführungen der „Deutschen Tages- zeitung“:

Es ist sicher kein Zufall, daß gleichzeitig mit der Veröffent- lichung des Flottengesetzes der erweiterte Kanalplan offiziell bekannt gegeben wurde. Die Regierung scheint es demnach für zweck- mäßig zu halten, daß beide Entwürfe ungefähr gleich- zeitig den Reichstag und den Landtag beschäftigen. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß wir gerade entgegen- gesetzter Meinung sind. Wir halten es für im hohen Grade bedenklich, zwei Pläne von so ungeheurer Tragweite und von so gewaltigen Kosten gleichzeitig und parallel zu betreiben. Die Flottenvorlage fordert ungeheure Opfer, die erweiterte Kanal- vorlage würde ebenfalls gewaltige Opfer fordern. Die ohnehin sich immer mächtiger ausbreitende Frage, ob das deutsche Volk im Stande sei, die Lasten der Flottenvorlage zu tragen, wird durch das Vorschreiben des Kanalplans nur noch lauter und eindringlicher. Gewiß werden durch beide Pläne einige Kreise des Volks wesentlich gefördert, aber es liegt auf der Hand, daß diese Kreise in beiden Fällen die- selben sind, nämlich die des Großhandels und einiger industrieller Gruppen; und es liegt ebenso auf der Hand, daß diese Kreise sich ohnehin in wirtschaftlich günstiger Lage befinden. Die breiten Kreise des Volkes aber, insbesondere die des kleinen Mittelstandes und der Landwirtschaft, werden bei beiden Plänen die Lasten und Kosten tragen müssen, ohne andererseits, wirtschaftlichen Vorteil davon zu haben. Diese Gedankenreihen liegen so nahe und drängen sich so von selbst auf, daß es kaum verständlich ist, wie die Regierung sich ihnen verschließen konnte. War es denn überhaupt nötig, den erweiterten Kanalplan jetzt schon einzubringen? Bedürfen alle die Fragen, die dort auf- gestellt werden, nicht vielmehr einer gründlicheren Prü- fung? Und was soll denn mit der Veröffentlichung des Plans, mit dem Einbringen der Vorlage erreicht werden?

Es ist in der That ein sehr merkwürdiger Einfall der Regie- rung, daß sie gleichzeitig im Reich den Flottenplan und in Preußen den neuen Kanalentwurf veröffentlichte. Fast möchte man glauben, daß das preussische Finanzministerium die Absicht verfolgte, durch die Erinnerung an die halbe Kanal-Milliarden die agrarische Ge- geisterung für die sechs Flotten-Milliarden ein wenig abzuschliffen. —

### Landrat und Privatdozent.

Die zuerst von der „Frankfurter Zeitung“ gebrachte Nachricht, das preussische Staatsministerium wolle sich im Fall Arons dadurch aus der Affäre ziehen, daß es zwar im Prinzip entscheide, ein Socialdemokrat dürfe nicht Universitätslehrer sein, Arons aber solle nur einen Verweis erhalten, gewinnt immer mehr an Glaubwürdig- keit. Es scheint in der That, daß wir den Nagel auf den Kopf treffen, als wir von der Anwendung der Redefreiheit Zuderkros- und Reichsmethode gegenüber dem Kanal-Landräten auch auf den Privatdozenten Arons sprachen. Im Fall der Landräte hat die Regierung ja bereits den Erfolg gehabt, daß einer der zum Regierungsrat be- förderten Landräte eine Wiederwahl zum Abgeordnetenhaus abgelehnt hat, und dieser Erfolg scheint die Reichsregierung berührt zu haben. Vielleicht kündigt der Kultusminister Staudt gleichzeitig mit dem mames- mütigen Urteil im Disziplinarverfahren unserem Genossen Arons seine Berufung zum Professor an! Wir würden uns über diesen glücklichen Griff nur freuen, denn Arons ist eben kein zäherer Kon- servativer, sondern ein echter Socialdemokrat. Er dürfte übrigens von dem bisherigen Verlauf seiner Angelegenheit — und sie läuft jetzt etwa sechs Jahre lang — die sichere Ueberzeugung gewonnen haben, daß die vielgerühmte preussische Schneidigkeit verliert, wenn man ihr ruhig und fest gegenübertritt. Genosse Arons hat den ihm aufgezwungenen Kampf für die Unabhängigkeit des Universitäts- lehrers mit Mut und Ausdauer geführt; seine feste Haltung hat ihm die Sympathie immer weiterer Kreise gewonnen. Er hat von einer Fortsetzung des Kampfes nichts zu fürchten, selbst wenn man ihn im Verlauf desselben bis zum Scheitern mahregelt. —

Dr. Lieber, der Führer des Centrums, ist schwer erkrankt. Sein Zustand soll sich, der „Germania“ zufolge, aber seit Sonntag gebessert haben. —

Der Demuziant. Der feine Journalist, der im Augsburger Schwurgericht den Verurtheilten Max Gruber demuzierte, so daß dieser mit Haftstrafe belegt wurde, heißt Lorenz Seidel und ist Gerichtsberichterstatter der liberalen „Augsburger Neuesten Nachrichten“.

Zur Ehrenrettung der ansässigen Presse, so sagte der Gerichts- präsident in der Sonnabend-Sitzung, wolle er mitteilen, daß der wegen Ungebühr bestrafte Journalist der socialdemokratischen Partei angehöre.

Im allgemeinen herrschen in der Presse andre Anslandsbegriffe, als wie der Herr Gerichtspräsident anzunehmen scheint und es dürfte wenig Angehörige der Presse geben, die sich nicht schämen würden, mit dem Herrn Lorenz Seidel in eine Reihe gestellt zu werden.

Was Gruber gesagt hat und welche Aeußerung des Präsidenten ihn zu seiner Bemerkung veranlaßte, ist nicht festgesetzt. Doch dürfte es einiges Licht auf die Anschauungen des Präsidenten werfen, wenn man hört, daß er in einer Sitzung sagte:

„Wenn man vom Rechtsstandpunkte sich entfernt und auf den Standpunkt der Moral sich bezieht, dann ist doch die Frage aufzuwerfen, ob der Streik vom Standpunkte der Moral aus be- rechtigt ist oder ob nicht von Alters her der Satz gilt: Müßiggang ist aller Laster Anfang!“

Es ist nicht zu verwundern, wenn einem gegen solche Ansichten eines Richters einmal eine kräftige Bemerkung entfährt. —

Bevölkerungsstatistik. Unsere Polemik gegen die national- sociale „Welt am Montag“ hat den Erfolg gehabt, daß ihr Flotten- specialist für einen Augenblick das Meer der allgemeinen Bedens- arten verlassen und sich auf das Festland der Zahlen begeben hat. Das ist bemerkenswert, wenn auch das ungewohnte Hand- wert natürlich in der stümperhaften Weise des Keulings betrieben wird. In sich haben alle derartigen Schlüsse aus der Bevölkerungs- bewegung wenig Beweiskraft. Die Vermehrung der Bevölkerung beruht auf keinem unentzerrbaren Naturgesetz; sie hängt von den wirtschaftlichen Zuständen ab, die ihrerseits auf die sexuellen Sitten und damit auf die Fruchtbarkeit Einfluß haben. Wenn man aber einmal Bevölkerungsstatistik treibt, dann muß das auch mit den nötigen Vorsichtsmahregeln geschehen. Unser National-Socialer hatte behauptet, daß Deutschland im Gegensatz zu England die Flotte ins unbegrenzte vermehren könne, weil sein Bevölkerungszuwachs ihm das nötige Menschenmaterial liefere, während England nicht so glück- lich sei. Wir wiesen einfach auf die bekannte Thatsache hin, daß die prozentuale Bevölkerungszunahme in England stärker sei als bei uns, und wir wählten die letzten und bekanntesten Vergleichszahlen für längere Perioden. Der Statistik-Robzie aber hat sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen, daß man längere Perioden vergleichen müsse, er nimmt aus dem letzten Jahrzehnt neun Jahre in Deutschland und fünf Jahre in England, und findet, daß in diesen ungleichen und willkürlich herausgerissenen Zeiträumen das Deutsche Reich hinsichtlich der prozentualen Volksvermehrung Großbritannien übertrifft. Nach

diesem Ergebnis verkündet der Zukunftsstatistiker glückselig, der „Vorwärts“ sei „erstoppt“, dessen Polemik übrigens „einer solchen Tiefpunkt erreicht, daß wie wir zu Ehren der Partei annehmen, sich viele Socialdemokraten ihres Centralorgans schämen werden“. Es ist nämlich eine national-socialistische Zwangsvorstellung, daß sich die Socialdemokratie entweder auseinander loben oder auseinander tadeln lasse, und daß vernünftige Socialdemokraten eigentlich nicht ihre eigenen Männer und Blätter schätzen, sondern die — national-socialen. Wenn der Redakteur der „Welt am Montag“ weiter auf dem der Phantastik unzugänglichen Wege der Statistik weitergeschreitet, so wird er sich, wie wir zu seiner Ehre annehmen, bald selber seiner statistischen Anfangsversuche schämen. Erstlich wird er einsehen, daß man nur größere Perioden vergleichen dürfe, da in einzelnen Jahren unter besonderen Umständen untypische Ergebnisse herauskommen; so z. B. bewirkten Jahre großen wirtschaftlichen Aufschwungs, wie er sich in Deutschland von 1895—1900 gezeigt hat, eine stärkere Be- völkerungszunahme, ohne daß diese Zahlen irgend etwas für die Zukunft beweisen. Zweitens wird er dann begreifen, daß eine wissenschaftliche Bevölkerungsstatistik auf den Volkszählungen beruht, daß wir also in Deutschland einstweilen nicht über 1895, das Jahr der letzten Volkszählung, hinausgehen können. Wenn der Mann alles dies berücksichtigt, wird er befehlen, daß nicht der „Vorwärts“, sondern er selbst „erstoppt“ worden ist.

Wie verhält sich die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nun wirklich? Nach einer Berechnung von Levalleur beträgt der Bevölkerungszuwachs für den Zeitraum 1860/1890 im Jahres- durchschnitt:

in Deutschland	in Großbritannien
0,86 Proz.	1,01 Proz.

Betrachten wir die Entwicklung im einzelnen, so ergibt sich eine Zuwachsrate

für Deutschland	für Großbritannien
(seit 1820 von fünf zu fünf Jahren)	(seit 1800 von zehn zu zehn Jahren)
1,43	1,43
1,34	1,81
0,98	1,58
0,94	1,45
1,16	1,26
0,86	1,19
0,57	1,32
0,40	1,43
0,88	
0,99	
0,58	
0,92	
1,14	
0,70	
1,07	

Diese Reihen zeigen unabweisend nicht nur, daß die Zuwachs- raten ziemlich beträchtlich schwanken, sondern auch, daß Groß- britannien während der ganzen Periode stets eine stärkere Zunahme aufzuweisen hatte als Deutschland.

Für das letzte Jahrzehnt liegen keine Vergleichszahlen vor und die willkürlich herausgerissenen Ziffern der „Welt am Montag“ sind wertlos. Erwähnt sei nur noch, daß die letzte zuverlässige Berechnung für Deutschland, 1890—95, auch nur eine Steigerung um jährlich 1,12 Proz. aufweist. Für Großbritannien liegt uns für dieselbe Zeit keine Berechnung vor.

Nun mögen die „Welt am Montag“ und ihre Statistiker weiter behaupten, daß sich die deutsche Bevölkerung prozentual stärker ver- mehre als die Großbritanniens. —

Kosten des Berlin-Stettiner Kanals. Ueber die Ver- handlungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten betreffs des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin wird mitgeteilt:

Die Kosten für den Kanal und die Entwässerungsanlagen im Oberbruch werden auf 42 Millionen Mark veranschlagt. Nach dem Vorgange des Mittelkanal-Kanals sollen die Inter- essenten, soweit durch die Einnahmen keine Deckung gefunden wird, die Garantie übernehmen für die Unterhaltungs- und Betriebskosten bis zur Höhe von 845 000 M. und 3 Proz. Ver- zinsung und 1/2 Proz. Tilgung von dem dritten Teil der Baukosten. Die Amortisation beginnt im sechzehnten Jahre des Betriebes. Eine Berechnung, wie hoch sich hiernach die Garantiesumme voraussichtlich belaufen wird, ist von der königlichen Staatsregierung aufgestellt worden. Die Vertreter von Berlin und Stettin haben sich bereit erklärt, je die Hälfte der geforderten Garantie zu übernehmen, wobei es Berlin überlassen bleibt, einen Zuschuß für seinen Anteil von Charlottenburg zu erlangen, und in gleicher Weise Stettin von der Provinz Pommern, die sich bereits früher zu einem solchen Zuschuß in der Höhe von jährlich 10 000 M. verpflichtet hat. —

Die Angst vor der Socialdemokratie auf dem Lande treibt mancherlei lustige Mäßen. Aus dem 12. hannoverschen Wahl- kreise, dessen Wahl von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet wurde, wird uns folgendes hübsche Wahlkuriosum mitgeteilt. In Pahrensen bei Rörten (siehe die Gemeindevorsteher S. 3) Schindel unteren 19. Juni an den Landrat um Auskunft, „ob Mit- glieder der Gemeinde Pahrensen, die von der Realgemeinde ein Grundstück als Armenland haben, zum Preise von 2 M., welches im Pachtwerte 5—7,50 M. Wert hat, nach § 3, Abs. 3 des Wahlgesetzes (Armen- unterstützung) wahlberechtigt sind oder nicht, da nämlich drei Viertel der jetzigen Inhaber nach ihrer eigenen Angabe Demokraten sind“. Ob der Gemeindevorsteher sein Gewissen ebenso bedrückt gefühlt hätte, wenn diese Pächter regierungstromm, d. h. nationalliberal gewesen wären, sagt er nicht, er bittet nur dringend um Antwort bis zum 23. Juni, am 24. vor nämlich Stichwahl.

Der Landrat giebt keine schriftliche Auskunft, sondern ladet den Anfragenden zum 22. Juni behufs Klarstellung des Sach- verhalts“ aufs Landratsamt und fordert ihn auf, das Hauptexemplar der Wählerliste mit zur Stelle zu bringen.

Bermutlich wollte der Landrat wissen, wie viel der angeblichen „Demokraten“ gewöhlich haben, da ja der Gemeindevorsteher in seinem Schreiben die „Aufklärung“ mit der Befürchtung oder Drohung erbeten hatte, „widerigensfalls die Wahl nach § 3 Abs. 3 angefochten wird“.

Am 22. Juni fand nun vor dem Landratsamt Göttingen die Verhandlung statt. Der Sanermeister von Roden aus Pahrensen giebt an, daß allerdings die Realgemeinde an sogenannte kleine Leute Länderei verpachtet habe. Für einen, von der Real- gemeinde bestimmten Preis, der allerdings niedrig sei, er glaube aber, auch bei einer Verpachtung an den Reichthümlichen würde kein höherer Preis erzielt werden, da die Leute sich wohl untereinander verständigen und keinen höheren Preis bieten würden. Das Verhältnis bestehe schon seit Jahren und er halte es nicht für Armenunterstützung, darauf wurde die Wählerliste durchgesehen und Herr v. Roden 10 Arbeiter und Knechte nannte als Pächter, die sämtlich ihre Stimme abgegeben und seiner Ansicht nach socialdemokratisch gewählt haben.

Ein Versuch ist seitens des Landratsamts nicht protokolliert, vielleicht ist in mündlicher Bescheid ergangen, der wohl negativ ge- lautet haben dürfte. Dem die angeordnete Anfechtung der Wahl in Pahrensen ist nicht erfolgt und das Gewissen des Gemeindevorstehers scheint sich auch beruhigt zu haben; vielleicht hat ihn das Stichwahlresultat getroffen. Bei der Hauptwahl hatten in Pahrensen von 73 Stim- berechtigten 54 abgestimmt, 25 für den Welschen, 26 für den Socialdemokraten und 3 für den Freisinnigen; bei der Stich- wahl gaben 39 ihre Stimme ab, 38 für den Welschen, aber nur eine für den Socialdemokraten. —

Die glücklichen Afrikaner! Der Reichs-Kassier Carl Wehlan, Oberleutnant der Reserve, ist, wie der „Frei. Zig.“ geschrieben wird, dem Amtsgericht in Landsberg a. W. zur unentgeltlichen Verhaftung überwiesen. Das wird die schwarze Bevölkerung in Afrika, die sich seiner Heldenthaten nach und ermutigt, sehr beruhigen, daß der Mann in Deutschland eine Thätigkeit gefunden hat, die seine Rückkehr nach Afrika unwahrscheinlich macht. —

**Billige Arbeitskräfte! Immer heran meine Herrschaften, Stück für Stück...** Von Dresden aus werden Circulare folgenden Inhalts an die Unternehmer, speciell an die landwirtschaftlichen, versandt:

**Billige Arbeitskräfte für Landwirtschaft, Ziegelfabrikation und Erdarbeiten, sowie auch für andere Betriebe.**

P. P.

Die endunterzeichnete Firma, welche sich mit der Vermittlung aller den Arbeitsmarkt betreffenden Angelegenheiten befaßt, erlaubt sich Ihnen ihre Dienste zu

Verschaffung billiger galizischer Arbeitskräfte, männlicher und weiblicher, zu empfehlen. Jede beliebige große Zahl von Arbeitern kann bei rechtzeitigem Bestellen schnellstens gestellt werden.

Mit nähere Anknüpfung über die Lohnverhältnisse und die Bedingungen der Beschaffung von Arbeitskräften steht die unterzeichnete Firma gern zu Diensten.

Sollten Sie erst später oder für das nächste Jahr Ihren Bedarf an Arbeitskräften zu deden beabsichtigen, so bittet die unterzeichnete Firma in Anbetracht der in den letzten Jahren sich bemerkbar machenden starken Nachfrage nach galizischen Arbeitern schon jetzt um Ihre gest. diesbezüglichen Mitteilungen und Aufträge.

Ihren Nachrichten entgegengehend, zeichnet  
Hochachtungsvoll

L. J. Lindner,  
Dresden A., Maximilians-Allee.

Schwungvoller als wie es in diesem Angebot auch in der Form zum Ausdruck kommt, kann der moderne Menschenhandel nicht getrieben werden. Der arbeitende Mensch hat für den Unternehmer und den Händler keine andre Bedeutung als das erste beste Stück Ware.

**Unternehmererkenntnis.** Der im vorigen Sommer gegründete Seifenring verfährt jetzt gegen außerhalb stehende Firmen ähnlich wie der Zarenring. Wie die „Frankfurter Zig.“ berichtet, haben sie den „Serrnigten Stuttgarter Seifenfabriken“, die sich weigerten, dem Ring beizutreten, mit Abperlung der Rohmaterialien gedroht. Die Drohung ist schon verwirklicht worden. Sämtliche Palmseifenfabrikanten, deren Zahl nur gering ist, weigerten sich, der Firma das unentbehrliche Palmöl zu liefern.

Gegen zwei Vorstandsmitglieder des Ringes ist nun Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Übertretung eingereicht worden. Es steht deshalb ein interessanter Prozeß in Aussicht.

### Ausland.

#### Finnlands Auslösung.

Der finnische Landtag wurde am Sonnabend mit Verlesung einer kaiserlichen Proklamation eröffnet. Die Thronrede behandelt verschiedene lokale Verhältnisse des Großfürstentums Finnland und erklärt Johann:

„Auslosungen, welche nicht mit obigen (lokalen) Fragen in Verbindung stehen oder welche Fragen von allgemeinem Reichsinteresse betreffen, dürfen auf dem Landtage nicht zur Verhandlung kommen. Auslosungen dieser Art sind auf dem letzten Landtage zu Worte gekommen und haben in der Bevölkerung ein drüdes und unangenehmes Gefühl der Unruhe erweckt. Eine Wiederholung dieses Vorgangs wird Zweifel hervorrufen, ob die Institution der Stände mit den jetzigen Verhältnissen vereinbar sei. Gott um Segen für Eure Arbeit ersuchend, erlaube ich hiermit den Landtag für eröffnet. Adios.“

Das war die offene Androhung der Beseitigung aller Selbstverwaltungsberechtigungen, die Nikolais Vorhaben den Finnen feierlich zugeschworen hatten. Da die finnische Bevölkerung sich ihre alten Rechte nicht rauben lassen will, da die Empörung gegen die russischen Gewaltmaßnahmen auch im Landtag zum Ausdruck kam, droht der „Friedenszer“ mit Beseitigung der finnischen Verfassung. In würdiger Weise erwiderten die Präsidenten der 4 Stände auf die Thronrede.

Der Landmarschall als Vorsitzender des Adels hob die große Bedeutung regelmäßigen Zusammenarbeitens der Regierung und der Stände hervor, wovon auch Fortschritte auf allen Gebieten Zeugnis ablegten. Das Volk betrachte daher die Selbstregierung als Lebensbedingung; es habe das Recht auf dieselbe nie veräußert und bewahre die Hoffnung, daß die dunklen Wolken sich zerteilen werden. Kamens der Geistlichkeit führte Erzbischof Johannsson aus, Gott lohne jedes Volk nach seiner Thaten, wovon viele Völker in untern Tagen Zeugnis gäben. Das Schicksal wechselte schnell. Wähten die Kulturvölker sich von Icerem Größenwahn und Machtbegierde bald der Arbeit für Wahrheit und Recht zuwenden, damit das Verderben sie nicht treffe. Die mit Sehnsucht erwartete Zeit des Friedens werde erst dann eintreten, wenn die Gerechtigkeit gestiftet habe. Der Vorsitzende des Bürgerstandes sagte, die Fälligkeit des Gesetzes wurzele tief im Gewissen des finnischen Volkes und dem Gesetze werden alle vom höchsten bis zum geringsten sich fügen. Im Vertrauen auf Recht und Gesetz habe das finnische Volk sich befreit, die Kultur weiter nachwärts zu tragen und diese Arbeit sei segensreich gewesen. Man habe auch geglaubt, daß die Fälligkeit gegen das russische Reich so am besten erfüllt werde. Gerechtigkeit und gegenseitige Achtung nähern die Völker einander, während rechtswidrige Maßnahmen die Völker von einander entfremden und die Entwicklung hemmen. Der Sprecher des Bauernstandes sprach über den Mißwachs und die Ueberschwennungen. Das Volk sei derzeit an Unglücksfälle gewöhnt, daß es dadurch abgehärtet sei. Die Zunahme Answanderung sei den drückenden Verhältnissen zuzuschreiben. Der Bauernstand sei darauf eingegangen, die Militärlasten zu verdoppeln, unter der Voraussetzung, daß freie gesellschaftliche Institutionen gewährt werden. Die Erfüllung dieser Voraussetzung sei die nötige Vorbedingung, wenn das finnische Volk seine Lasten solle ertragen können. Redner, bellagte schließlich, daß die Angelegenheiten Finnlands dem Landtage von einem Nicht-Finnen vorgetragen worden seien. —

#### Die Senatswahlen

Folten am Sonntag in Frankreich stattgefunden und gezeigt, daß die militärische, nationalistische Phrasen in Frankreich noch nicht an Macht verloren hat. Ist doch sogar der im Dreifachhandel so arg kompromittierte General Mercier zum Senator gewählt worden! Die Regierung sucht das Resultat der Wahl allerdings so darzustellen, als ob es ein Sieg des republikanischen Gedankens wäre. Es werden die folgenden offiziellen Zahlen verbreitet:

Im ganzen waren 99 Wahlen vorzunehmen; diese 99 Sitze verteilten sich bisher folgendermaßen: 70 Republikaner, 1 liberaler Republikaner, 17 Radikale, 6 sozialistische Radikale, 5 Konservative. Das Endergebnis der heutigen Wahlen ist folgendes: 46 Republikaner wieder, 15 neugewählt; 1 liberaler Republikaner wieder, 5 neugewählt; 8 Radikale wieder, 10 neugewählt; 5 sozialistische Radikale wieder, 2 sozialistische Republikaner neugewählt; 3 Nationalisten gewählt, 4 Konservative wiedergewählt.

Die republikanische Presse sucht sich zu trösten, indem sie ziffermäßig beweist, daß die gestrige Erneuerung eines Drittels der Senatsmandate an den Parteiverhältnissen des Senats fast nichts ändert, und daß die Nationalisten in einer ganzen Reihe von Departements geschlagen sind. Eine große Veränderung in der Zusammensetzung des Senats war indessen bei dem Wahlmodus durch Wahlmänner auch nicht zu erwarten. Die Wahl beweist aber, daß die nationalistische Äugen und Phrasen in einem großen Teile des Landes ihre Gläubigen gefunden haben.

Der „Boschischen Zeitung“ wird über das Resultat der Wahl telegraphiert, die Wahrheit sei, daß zwölf rechte Nationalisten und 34 Bewerber, die sich ausdrücklich als Anti-Dreifachhandels vorstellten, gewählt wurden; das giebt mit den vier Monarchisten 50 gelinde gesagt unsichere Kantonsisten gegen 49 vielleicht zuverlässige Republikaner. „Gaulois“ hat nicht unrecht, wenn er seinen Wahlbericht mit den Worten überschreibt: „Die Vergeltung der Vaterlandsfreunde“ und fortführt: „Gewiß, die sturmfreie Festung ist noch nicht geschleift. Aber unsere Freunde haben sie schon erschüttert. Die Annäherungsarbeiten sind jedenfalls begonnen, und bald werden wir zum Sturm vorgehen können. Es ist das Erwachen des Vaterlandes, die Vergeltung des Heeres, die Verurteilung des Bundes der Menschenrechte und aller, die um ihn kreifen, Trairens, Ricnachs, Picquarts, Yves Guyots, der „Anore“, des „Siede“, des „Figaro“ usw. — Mercier sagte nach der Wahl einem „Gaulois“-Mitarbeiter: „Meine Wahl ist die beginnende Vergeltung der Affaire. Man hat das Land gefragt: Was ziehst Du vor, das Heer, das dich verteidigt, dich liebt, dich groß sehen will, oder Berufspolitiker, die unfähig sind, die eine Demütigung oder Beschimpfung zu ertragen? Das Land hat geantwortet: Mir ist das Heer lieber. Das ist der Sinn meiner Wahl.“ —

### Oesterreich-Ungarn.

**Von der Prager Bürgermeistereiwahl.** Wie die „Com- und Montagszeitung“ meldet, fanden in Prag im Laufe des Sonntags Demonstrationen zu Gunsten der Wiederwahl des Bürgermeisters Polihay statt. Größere Ausschreitungen kamen am Nachmittag nach Schluß einer Socialistenversammlung vor. Als die Wache mit Steinen beworfen wurde, schritt sie mit blanker Waffe ein und vertrieb die Demonstranten. Verhaftungen kamen nicht vor. —

### Frankreich.

**Demonstrationen für die Assumtionisten.** Das Blatt „Croix“ veröffentlicht Briefe von fünfzehn Bischöfen und zwanzig Priestern, welche ihre Sympathien den Assumtionisten-Brüdern ausdrücken.

Von Kardinal Richard, den man mit scharfen Maßregeln gedroht hat, verlangt, er habe dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau geantwortet, daß er mit seinem Besuche bei den Assumtionisten keinerlei politische Umgebung oder Aufsehung gegen das gerichtliche Urteil beabsichtigt habe. —

### Schweden.

**Eine alte Forderung.** In der zweiten schwedischen Kammer brachte am Sonnabend der Reichstags-Abg. S. H. Gadin einen Gesetzentwurf ein, nach welchem die Regierung erlaubt werden soll, Verhandlungen einzuleiten betreffend die Ueberlassung desjenigen Gebiets in Deutschland an Mecklenburg-Schwerin, das 1808 von Schweden an Mecklenburg-Schwerin auf 100 Jahre verpachtet wurde. Ein solches Uebereinkommen solle in Kraft treten, sobald ein Uebereinkommen zwischen Dänemark und Deutschland betreffend die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark abgeschlossen sei.

### Bulgarien.

**Sofia, 27. Januar.** Die Sobranje nahm nach eingehender Debatte, welche vier Sitzungen in Anspruch nahm, mit großer Majorität einen Gesetzentwurf an, durch welchen die Grundsteuer in eine Zehntabgabe umgewandelt wird, die in gedrohtenen Steuern erhoben werden soll. —

### Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 28. Januar geschrieben: Die mit so großem Pomp inszenierte Vermittlungsdaktion der Regierung hat vorläufig mit einem ungewissen Ende geendet. Herr v. Spens-Boden ist bereits freiwillig von Mährisch-Odrau abgereist; er hat sich also nicht einmal den Ausgang der Sitzung des Einigungsamtes abzuwarten getraut. Das Einigungsamt hat Sonnabend getagt; da aber die Komminierung des Vorsitzenden keine Einigung erzielt wurde — die Arbeitervertreter stimmten für den Abgeordneten Daszinski, die Unternehmervertreter für Dr. Bukowski, den Rechtsfreund der erzherzoglichen Werke — so ist es zu einer meritorischen Verhandlung gar nicht gekommen. Nach dem Gesetze hat jetzt die Regierung den Vorsitzenden zu ernennen; erst dies bestellt sein wird, kann die Aktion weitergeführt werden. Nicht weniger erfolglos war die Mission des Sektionschefs in Klado; es ist wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß Herr v. Blumfeld, der in Prag Aufenthalt genommen hat, nach Klado noch zurückkehren oder seine Reise in die andern böhmischen Reviere fortsetzen werde. Die Gewerke haben zwar die Gnade gehabt, zu der Sitzung des Einigungsamtes zu kommen, aber sie erklärten durchweg, auf die Forderungen der Arbeiter nicht eingehen zu wollen. Herr v. Blumfeld machte dann noch in einer privaten Besprechung den Versuch, die Arbeiter zum Nachgeben zu bestimmen — ob er bei den Gewerken die Erfüllung anzuregen die Courage gehabt hat, ist nicht bekannt geworden —, da aber der Versuch natürlich scheiterte, reiste er abends einfach ab. In den Draufschloßrevieren traten die Unternehmervertreter womöglich noch unerschämter auf. Ihr erstes und letztes Wort war, daß sie mit Streikenden nicht verhandeln; bevor aber die Arbeiterforderungen sachlich gesprochen werden können, müßten die Arbeiter wenig zur Arbeit zurückgekehrt sein. Kurz, der Unternehmerrückgang entwickelt eine Widerpenstigkeit, die nur durch die Verzärtelung zu erklären ist, die ihnen alle Regierungen bisher angedeihen ließen.

Der Streik ist also an allen Orten wieder auf den Punkt gekommen, wo es sich um den reinen Klassenkampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft handelt. Die Regierung hat sich als unfähig und ohnmächtig erwiesen, den Kampf durch einen „objektiven“ Schiedsspruch zu endigen. Es ist klar, daß dieser Mißerfolg, wenn er auch die Qualen des Streiks den Arbeitern verlängert, vor allem die Regierung und die Unternehmer trifft. Das an sich nicht übermäßig große Prestige der Regierung gerinnt angesichts dieses Mißerfolgs gänzlich; wer wird die Herren, die nicht einmal den paar Direktoren zu imponieren vermocht haben, politisch noch ernst nehmen wollen? Der böswillige Eigensinn der Unternehmer fördert aber die Erkenntnis, daß die hunderttausend Arbeiter dem halben Duzend Ausbeuter mit Haut und Haaren ausgeliefert sind; er legt die wertvollste Macht der Handvoll Menschen bloß, die nicht nur die Arbeiter bis aufs Blut ansaugen, sondern ebenso selbstherrlich über die Konsumenten und die Bedürfnisse der Industrie schalten und walten können. Diese Erkenntnis muß aber einen Gegenbrand hervorrufen, dem selbst die Riesennacht der Kohlenmillionäre nicht standhalten wird. Es ist also nicht bloß eine wiederträgliche, wahrhaft verbrecherische Politik, die die Unternehmer mit ihrem bornierten Starrsinn betreiben; es ist auch eine dumme Politik, die sich an ihnen hoffentlich noch bitter rächen wird.

Die Haltung der Unternehmer wird nicht allein durch ihre Profitgier bestimmt; mehr vielleicht als die Empfindlichkeit gegen jede Verringerung ihrer Gewinne leitet sie die Verachtung, die sie für ihre Arbeiter fühlen. Den Unternehmern und den Direktoren sind die Arbeiter nichts anderes als menschliches Vieh; mit dem aber unterhandelt man nicht, sondern dem befehlt man nur wie man einst Sklaven befaßt. Es wäre sonst gar nicht zu erklären, wie gegenüber der geschlossenen öffentlichen Meinung die Unternehmer bei ihrer hochmütigen abweichenden Haltung bleiben und es darauf ankommen lassen könnten, der ganzen Welt ihren Cäsarenwahnsinn zu offenbaren. Freitag ist im Wiener Gemeinderate ein Antrag eingebracht worden, der die Regierung auffordert, den Bergbau zu expropriieren, und Sonnabend hat eine Reihe socialpolitisch denkender

Männer eine Kundgebung erlassen, in der die Achtstundensicht für die Bergbauarbeiter dringend gefordert wird —: Deutliche Zeichen, wie die uninteressante Oeffentlichkeit über die Forderungen der Arbeiter und der Widerstand der Unternehmer denkt! Neue Kundgebung ist unter andern auch von den angesehensten Professoren der Wiener Universität unterzeichnet; ihr Direktor, ein Theologieprofessor, steht neben Hofräten, Abgeordneten, Industriellen und Kaufleuten. Man kann es also schon heute sagen: Wenn der verruchte Klan gelänge, daß der Hunger die Arbeiter in die Grube zurückführt, so würde die erste Frucht des Sieges der Unternehmer die gezielte Verordnung des Achtstundentages sein. Dieser Stimmung der Oeffentlichkeit müssen sich auch die Gewerke bewußt sein; wenn sie trotzdem den Streik nicht durch einen Vergleich, sondern durch eine demütigende Niederlage der Arbeiter beendigt sehen wollen, so ist die Triebfeder ihres verächtlichen Starrsinns der Haß und die Verachtung, die sie gegen die Menschen erfüllen, die die Schaffer ihres Reichthums sind und denen ihr Thun jeden Anstoß zur Kultur verleiht hat.

Um Glück ist die Endlage nicht derart, daß die Hoffnungen der Unternehmer irgendwie Aussicht auf Erfolg hätten. Wohl hat sich in Karwiner Revier die Lage insofern verschlimmert, als die Zahl der Einfahrenden in den letzten Tagen zugenommen hat — obwohl sie noch nicht annähernd so groß ist als die triumphierenden Telegramme der bürgerlichen Presse zu melden wissen — aber diese Zunahme ist nur auf den scheinlichen Terrorismus zurückzuführen, den dort, am Orte der erzherzoglichen Schächte, die angebotene Soldateska betreibt. Das Versammlungsrecht ist dort förmlich stillt, die einer Ueberletzung des Koalitionsgesetzes Verdächtigen werden zur „Abführung“ durch alle Orte in Ketten geschleppt, ganz unerhört hohe Strafen werden gefällt und sofort vollstreckt, trotzdem gegen die Verurteilungen die Berufung noch offen steht. Die proklamierte „Unparteilichkeit“ der Regierung schaut in diesem Punkte genau so aus wie die Praxis unter dem Falkenhahn, der immer von „Gott“ sprach und immer schlechter und dreihäuer lieh. Es ist Hoffnung vorhanden, daß sich die Situation auch in Karwin morgen verändern wird, wie überhaupt der Streik für die Fälligkeit des Streiks die Probe abgibt. Bisher in Karwin ist an keinem einzigen Punkte ein Nachlassen zu bemerken; wird auch morgen die Hungerpeitsche vertragen, so werden wohl auch die Gewerke an den Ernst der Sache zu glauben sich bequemen. Es muß immer wiederholt werden: Nur die Arbeiter können die Kohlenbarone zu Paaren treiben, und wenn sie einig und fest sind, so wird es ihnen auch gelingen.

### Wien, 29. Jan. (Privatdepesche des Vorwärts.)

Der heutige scitische Tag hat erst gezeigt, wie fest der Streik ist; in den böhmischen Revieren ist nicht ein Mann mehr angefahren, als letzter Woche. In Karwin, wo die Arbeiter durch allerlei Machinationen eingeschüchert worden sind, hat heute der Streik von neuem begonnen; der Zuwachs der Streikenden beträgt mehr als 1000 Mann. Im nordböhmischen Revier treten in mehreren Bezirken auch die Ober- und Bergarbeiter in den Streik und im Duxer Revier haben auch die Maschinenisten und Heizer die Arbeit eingestellt. Am Sonntag fanden in Wien acht massenhaft besuchte Versammlungen statt, in denen der Streikenden die volle Sympathie der Wiener Arbeiterschaft ausgedrückt wird. Die Regierung wird aufgefordert, die Machtmittel des Staates endlich einmal zu Gunsten der arbeitenden Menschen anzuwenden. In Prag war gestern ein Meeting unter freiem Himmel, an dem über 5000 Menschen teilnahmen. Beim Nudzug der Massen kam es bei der Gabelstühlsche zum heftigen Zusammenstoß mit der Polizei. Zum Vorsitzenden des Odrauer Einigungsamtes wird der Brünner Abgeordnete Ewert ernannt werden. Ewert ist Handelsgerichtsrat und ist politisch und social sehr vorgeschritten. Da der Justizminister nach Odrau nicht mehr zurückkehrt, wird dorthin der Sektionsrat des Kärntnerministers als Specialkommissar entsendet. In Wien hielt heute Ministerpräsident Körber eine Konferenz mit den Gewerken des mährischen Reviers. Was dem Justizminister bei den Direktoren mitgeteilt ist, soll der Ministerpräsident nun bei den Unternehmern erreichen. Der Streik kann leicht nach Steiermark übergreifen. Die Arbeiter der Alpenen Montanogesellschaft fordern gleichfalls Achtstundensicht und Minimallohn und verlangen Antwort bis 8. Februar; es handelt sich vorläufig um 3000 Arbeiter.

### Die Geschäftslage im Baugewerbe.

Der Geschäftsgang im Baugewerbe hat sich seit einiger Zeit fast vermindert. Man kann über die Gründe verschiedener Meinung sein, aber zugeben wird man, daß die Versteigerung des Geldmarktes dazu wesentlich beigetragen hat. Die speculative Bauhätigkeit leidet schon seit dem Herbst 1898 unter der armen Geldspannung. Während in früheren Jahren der Baumunternehmer mit Leichtigkeit das ganze Baukapital vielfach noch mehr, als Hypothek aufstreiben konnte, sind jetzt die Geldgeber Bau- und Baupfandleistungen gegenüber äußerst zurückhaltend. Das neue Hypothekendarlehen-Gesetz hat sogar eine Anzahl Berliner Hypothekendarlehen, die bisher das Baugewerbe fast bevorzugt haben, so abgesichert, daß sie für den Augenblick dieses Gebiet ihrer Thätigkeit fast gänzlich brach liegen lassen. Auch im laufenden Jahre wird die Verschärfung des Geschäftes anhalten. Der hohe Zinsfuß für Hypotheken wird sich auf gleicher Höhe bewegen wie 1899. Für erstklassige Hypotheken betrug derselbe in Berlin bei den Hypothekendarlehen und Verleihungsgesellschaften im ersten Semester 4 bis 4 1/4 Proz., im zweiten Semester 4 1/4 bis 4 1/2 Proz. in besserer Stadtlage. Entferntere Straßen und Vororte bedingten 4 1/2 bis 4 3/4 Proz. Dabei verlangten die Institute 1 bis 2 Prozent Abschlagsprovision. Baugelder erforderten einen Durchschnittszinsfuß von 5 1/2 bis 6 1/2 Prozent bei 1 bis 2 Prozent Abschlagsprovision. Terrain-Hypotheken waren nur für allerfeinste Aussteller a 5 1/2 bis 6 Prozent bei mäßigen Belastungsgrenzen erhältlich. Verschärfend auf die Lage des Baugewerbes wirkte ein, daß die sonst sehr bedeutende Hypothekenanlage der staatlichen Behörden sehr spärlich ausfiel, da diese den Kauf der deutschen Anleihen zu dem gesunkenen Kurse vorgezogen. Unter der Einwirkung der geschädigten Lage des Geldmarktes ließ und läßt das Baugewerbe nach.

Am ehesten wurde dies Nachlassen in der Ziegeln- und Cementindustrie bemerkt, wo die Bestellungen sich stark lichtet und manche Ziegeln schon gezwungen wurden, die Preise bis zu 15 Proz. herabzusetzen, in der Hoffnung, die Baulust dadurch wieder anzuregen. Ganz besonders bemerkenswert ist das Nachlassen der Nachfrage nach Eisenträgern. Während sonst in der Eisenindustrie alle Branchen voll beschäftigt sind, befürchtet man für die Trägerwalzwerke im kommenden Frühjahr flane Zeit. Nur so weit sie gar keine Lagerbestände mehr haben, ist auf einigermaßen volle Beschäftigung zu rechnen. Daß die Bauhätigkeit im Nachlassen begriffen ist, bezeugen auch schon Handelskammerberichte, so z. B. der der Leipziger Handelskammer. Dort heißt es: „Die Bauhätigkeit im Bezirke wird in diesem Berichtsjahre (1899) nicht so reg, wie im Vorjahr. Dies liegt daran, daß die Speculationsbauten insofern der Knappheit der Hypotheken, die nicht mehr in der Höhe wie früher gegeben wurden und außerdem einen höheren Zinsfuß (4 1/4—4 1/2 Prozent für erste Hypotheken gegen 3 1/4—4 Proz. früher) bedingten, eingeschränkt waren. Dagegen ist eine große Anzahl von Industrie- und Privatbauten, von Geschäftshäusern, sowie auch von Villen neu entstanden. Die Preise der Baumaterialien in Stein und Holz unterschieden sich nicht viel von denen des Vorjahres. Für Ziegel fiel sie allerdings etwas herabgegangen, doch haben sich große Lagerbestände nicht angesammelt. Die mit der Bauhätigkeit des Bezirkes näher zusammenhängenden Geschäftszweige der Verfertigung von eisernen Baukonstruktionen, Holzjalouisen, Cementwollen, Dachpappen, Dafen usw. sind von dem Nachlassen ersterer teilweise beeinflusst worden.“

Daß die gegenwärtige Versteigerung des Geldmarktes noch stärker und allgemeiner die Baukonjunktur beeinflussen wird, liegt sehr nahe,

Es kann nur in Anbetracht dieser Verhältnisse den Arbeitern des Bergwerkes der Rat erteilt werden, in ihren Organisationen einen Standpunkt zu suchen gegen die bei solchem geschäftlichen Niedergang auftretenden Bestrebungen der Unternehmer die Löhne zu kürzen und die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Denn wie immer wird man auch hier den Versuch unternehmen, auf die Arbeiter die Kosten einer waghalsigen Spekulation abzuwälzen.

## Gewerkschaftliches.

**Die Vergolder der Firma H. Voake in Brandenburg a. S.** haben sämtlich wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Es wird ersucht, den Zugang fernzubehalten. Wie bekannt wird, sollen einige Berliner Unternehmer der Rahmenbranche es zur Zeit versuchen, die im vorigen Jahre gemachten Lohnaufbesserungen durch Abzüge wieder illusorisch zu machen. Die Kollegen werden ersucht, an dem Ertragenen fest zu halten, event. den Unterzeichneten sofort bei Differenzen in Kenntnis zu setzen.

Die Sperrre bei der Firma A. Königberger (Inh. J. Davidsohn), Gr. Frankfurterstr. 119, dauert fort.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Emil Dehler, Vork., Koppenstr. 94, II

**Zwangsinnungserfolge.** In Essen hat sich die Zwangsinnung der Schreiner aufgelöst. Die bezügliche Verordnung des Regierungspräsidenten ist bereits zurückgezogen. — In einer am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung der Holzgewerkschaft Zwangsinnung wurde ein Antrag auf Aufhebung der Zwangsinnung mit großer Majorität angenommen. — Auf der Tagesordnung der Zwangsinnung der Schreiner in Oberhausen stand in der stattgefundenen Versammlung der Aufhebungsantrag zur Tagesordnung. — Der Schuhmacher-Zwangsinnung in Essen liegt ebenfalls ein Aufhebungsantrag vor. Zur Zeit werden die Unterschriften dazu gesammelt.

In Dortmund hat sich die Zwangsinnung der Barbier und Friseur aufgelöst, denselben Schicksal dürfte die Zwangsinnung der Tischler in Duisburg anheimfallen, da bereits von 110 Mitgliedern 75 einen dahingehenden Antrag gestellt haben.

**Die Brauer der Union-Brauerei in Düsseldorf, 16 Mann,** sind wegen geringfügiger Lohnminderungen in den Ausstand getreten.

**Der Streik der Emailierarbeiter** bei der Firma Bortmann u. Ebers in Düsseldorf hat eine weitere Ausdehnung erhalten, da abermals 88 Arbeiter sich dem Streik anschlossen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hatte bereits mit der Firma eine Verständigung, um eine Einigung herbeizuführen. Herr Dr. Ebers schien zu einer solchen geneigt, nicht aber die Streikenden. Sie bestehen auf ihren bereits mitgeteilten Forderungen.

## Versammlungen.

**Die Brauer** hielten am Sonntagmorgen eine stark besuchte Versammlung ab, um über die von der Kommission aufgestellten Forderungen schlüssig zu werden. Nichter berichtete über die Tätigkeit der Kommission und empfahl folgende Forderungen: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden (wöchentlich 54 Stunden), darunter 8 Stunden (wöchentlich 48 Stunden). Die Arbeit ist auf höchstens 12 Stunden bei einfacher, auf 11 Stunden bei doppelter Kolonne auszuweichen. Die Arbeitswoche beginnt frühestens; Sonntagnacht 12 Uhr und endet spätestens Sonntagabend 12 Uhr. Ausgenommen hiervon ist die Mälzerei, wo jedoch des Sonntags von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends lediglich das Hausenwässern geschehen soll. Im Gärtler und Lagerkeller sind des Sonntags die notwendigen Arbeiten durch eine „du jour“ zu verrichten, dieselbe ist überstundenmäßig zu bezahlen. Der Minimallohn beträgt pro Woche 38 M., Nebenstunden sind des Sonntags und Feiertags mit 75 Pf., des Wochentags mit 65 Pf. pro Stunde zu bezahlen. Wartezeit ist als Leberarbeit zu berechnen und zu bezahlen. Die Lohnzahlungen haben Freitag zu geschehen. Für die pneumatischen Mälzereien gelten dieselben Bestimmungen wie für die Zementmälzereien. In jedem Betriebe ist für reinliche Ankleideräume sowie für Wasch- und Bade-Einrichtungen zu sorgen. Vorstehende Bestimmungen gelten auch für die im inneren Betrieb beschäftigten ungelerneten Arbeiter.

In seiner von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen begründete und erläuterte der Referent diese Forderungen u. a. unter Hinweis auf die Brauerbewegung im Jahre 1890 und die Vorgänge während des Bierbojotts 1894. In dieser Zeit seien von vielen Brauereien Zugeständnisse gemacht, aber später wieder verweigert worden. Heute seien zwei schlimmere Verhältnisse vorhanden als früher. Sonntagsarbeit betrachte man als selbstverständlich, ebenso nicht selten eine Arbeitszeit von 12, 15 bis 18 Stunden täglich. Die Beantwortung der von der Kommission ausgehenden Fragebogen hat über die Wohnungen, Wasch- und Ankleideräume geradezu erschreckende Dinge zu Tage gefördert, worüber eventuell später noch genauere Mitteilungen gegeben werden. Bedauerlich sei es, daß die sogenannten „Blauen“, die Mitglieder der „Umdegselvereine“, die Bewegung nicht unterstützen. Von dieser Seite sei an die Brauereien die Bitte gerichtet, 9/10 Stunden Arbeitszeit und 30 Mark Wochenlohn zu gewähren. Um so erfreulicher sei es, daß die so ausnahmsweise stark besuchte Versammlung jedenfalls anderer Meinung sei. Korrosion und Tröne erinnerten u. a. noch daran, das zwar innerhalb der letzten 10 Jahre die Berliner Bierproduktion fast um das Doppelte gestiegen, dagegen die Zahl der Brauer von etwa 1100 auf 800 zurückgegangen sei. Das Ergebnis der Versammlung war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution: Die Versammlung beschließt: In Erwägung, daß die Löhne der Brauer seit 10 Jahren nicht, dagegen die Preise für die gesamte Lebenshaltung gestiegen sind, die Arbeitslosigkeit der Brauer eine ziemlich umfangreiche, die Vermehrung des Personals mit der Steigerung der Berliner Bierproduktion der einzelnen Brauereien nicht gleichen Schritt hielt — stimmt die Versammlung den vorliegenden Forderungen der Arbeiter-Kommission zu. Im übrigen beauftragt die Versammlung die Arbeiter-Kommission, die Verhandlungen mit den Brauereien zu führen, um die aufgestellten Forderungen energisch zu vertreten. Alle Brauer zu verpflichten sich, zur Erreichung dieser Forderungen die Kommission zu unterstützen. Mit der Aufforderung zum Anschluß an den Centralverband der Brauer Deutschlands wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**In einer Versammlung der Eisener (Tischler), die am Sonntagmorgen sagte,** berichtete der Obmann der Lohnkommission über den Streik. Danach haben bisher 88, darunter die besten und größten Firmen den Lohnstrik bewilligt. Es arbeiten gegenwärtig ca. 400 Kollegen zu dem neuen Lohnstrik. Der Stand der Lohnbewegung sei mithin ein durchaus zufriedenstellender. Zu rügen sei allerdings, daß eine Anzahl Eisener die Arbeit nicht sofort niedergelegt haben, sondern teilweise noch nicht einmal den Tarif den Meistern vorgelegt haben, vielmehr ruhig weiter arbeiten und warten, bis die Lohnkommission kommt. Das Verfallene soll nunmehr nachgeholt werden, damit der Tarif auch von den übrigen Firmen anerkannt wird. Die Versammlung nahm den Situationsbericht beifällig entgegen und wurden die weiteren Maßnahmen entsprechend den Lohnkommissionensvorschlüssen beschlossen. Sodann berichtet der Obmann der Lohnkommission, daß bereits Maßnahmen getroffen sind, welche verhindern werden, daß die Bauarbeiter (Werkstattgehilfen) den Eisenern den Kampf schwer machen dadurch, daß die Werkstattgehilfen die Arbeiten übernehmen und fertig machen. Sollten dennoch solche Fälle vorkommen, dann ist dieses sofort der Lohnkommission mitzuteilen. Redner befragt dann noch die Unterfrüherungsfrage: es werden diejenigen Zweige im Holzarbeiterverband organisiert, auch den Unterfrüherungsstellen derselben gemäß unterstützt werden. Die Kollegen vom Lokalverein haben sich verpflichtet, die Bewegung ohne Unterfrüherung durchzuführen. Sodann verliest der Obmann noch einige eingegangene Bewilligungen, so daß noch

weitere 100 Eisener zu den neuen Tarifbedingungen arbeiten. Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, in welchem die Eisener die organisierten Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Stuccateure, Töpfer, Maurer etc.) bitten, wenn dieselben mit den Eisenern auf Bauten zusammen arbeiten, die Eisener nach ihren Arbeitsberechtigungslagen zu fragen, eventuell sie auf ihre Pflichten hinzuweisen. Nach einer Mitteilung des Obmanns, daß am Mittwoch wieder eine Versammlung stattfindet, schloß die Versammlung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Eine sehr zahlreich besuchte Vertrauensmänner-Versammlung der Möbelmacher aller Branchen beendete sich am 24. d. M. mit der Tagesordnung: Die Führen der die Beschlässe der Generalversammlung durch? Nach den Ausführungen des Vorsitzenden Glode hatte sich am selben Abend die Ortsverwaltung mit dieser Frage befaßt und sich dahingehend geäußert, daß in der nächsten Woche Branchenversammlungen stattfinden, in welchen den Kollegen Gelegenheit gegeben wird, die Tarife zu vergleichen, um danach die prozentualen Aufschläge festsetzen zu können, sowie eine gleiche Preisfestsetzung für die gleiche Arbeit zu schaffen. Es soll erreicht werden, daß der mittelmäßige Arbeiter die Abschlagszahlung von mindestens 24 M. erreicht. In der sehr lebhaften Diskussion schloß sich die Mehrzahl der Redner diesen Ausführungen an. Beschlossen wurde sodann:

In der nächsten Woche Branchenversammlungen einzuberufen. Die Abschlagszahlung soll mindestens 24 M. betragen und dementsprechend die Löhne erhöht werden.

Sicherung des Durchschnittsverdienstes bei Einführung von neuen Arbeiten.

Die zu leistenden Maschinenarbeiten haben die Meister zu bezahlen. Abschaffung des Holzabtragens, des Lieferns fertiger Möbel und sonstiger Nebenarbeiten, oder Bezahlung für die geleisteten Nebenarbeiten.

Sodann wurden die Vertreter in den Kommissionen der einzelnen Branchen gewählt.

**Eine Versammlung der Maler** tagte am 24. d. M., um die Erhaltung zum Gehilfen-Anschluß vorzunehmen. Gewählt wurden Benz und Köhn und zu Erntemännern J. Plum und Klein. Hierauf folgen die Wahlen zum Juniors-Schiedsgericht; wiedergewählt werden: Köhn, Vint und Martens und neu gewählt: Alan. Als Vertreter werden Benz, Köhn, Köhn, Köhn und Köhn bestimmt. Der dritte Punkt lautet: Bericht über die gepflogenen Tarifverhandlungen des Tarifausschusses mit dem Juniorsvorstand. Danach treten folgende Bestimmungen mit dem 1. Februar 1900 in Kraft. In allen Geschäften wird für Malergehilfen der Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde eingeführt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden im Sommer, im Winter wird die Arbeitszeit dementsprechend gekürzt, der Lohn jedoch beträgt auch im Winter 50 Pf. 2. Bei Nachtarbeit werden 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Sonntagsarbeit ist gänzlich zu vermeiden, jedoch müssen in dringenden Fällen, wenn eine polizeiliche Genehmigung zum Arbeiten vorliegt, 100 Proz. Zuschlag bezahlt werden. 3. Accordarbeit ist zu vermeiden. 4. An den Sonnabenden vor den hohen Festtagen ist um 4 Uhr Schluß der Arbeitszeit. 5. Fährgehalt wird außerhalb des Stadt- und Ringbahnbezirks vom Meister gezahlt. 6. Bei eventuellen Streitigkeiten hat jeder Malergehilfe den Lehrbrief oder ein entsprechend glaubwürdiges Zeugnis von einem Meister, oder den Militärpaß zu erbringen, ob er auch wirklich Malergehilfe ist. Ferner ist auch bezüglich der Forderung, Sonnabends um 5 Uhr Feierabend zu machen, eine Regelung erzielt, und soll der Lohn bis 5 Uhr abends möglichst auf der Arbeitsstätte ausgezahlt werden.

Für die Anstreicher ist kein Minimallohn erzielt worden, hier soll der Lohn nach Leistung stattfinden; es sollen aber auch keine neuen Anstreicher mehr eingestellt werden.

Marf, der den Bericht gab, bemerkt hierzu, obwohl er wisse, daß die Forderungen noch lange nicht erfüllt seien, so müsse man sich vorberhand mit dem Erreichten begnügen und daselbe zu behaupten suchen. In der Diskussion nahm zunächst Nicolai das Wort. Er erkannte an, daß der Anschluß seine Pflicht gethan hat, aber man solle dennoch die Sache nicht ruhen lassen. Die Meister versprechen viel und halten wenig. Mit dem paritätischen Arbeitsnachweis könne er sich unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht befreunden. Es sprachen noch Rieg und Spuhr, die gegen die Vereinbarungen polemisierten. Buschold meint, daß mit den Vereinbarungen zwischen Juniors und Gehilfen-Anschluß doch gegen früher sehr viel erreicht sei, namentlich gegen die Überbewegung. Nach längerem für und Wider die Vereinbarung wurde ein Antrag angenommen, den Tarif drucken zu lassen und in Form eines Flugblattes den Kollegen zugänglich zu machen.

**Spandau.** Eine sehr gut besuchte Versammlung der in Staatsbetrieben Spandau beschäftigten Metallarbeiter fand am 24. d. Mts. statt. Der Referent Schlegel aus Berlin sprach über die Lage der Spandauer Metallarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der neuen Lohnregulierung. Redner schilderte, wie die Kleinbetriebe immer mehr eingeengt, während die Großbetriebe und namentlich die Dividenden der Aktionäre immer größer wachsen. Alsdann verbreitete sich Redner über die in den Staatsbetrieben Spandau herrschenden Mißstände (über welche der „Vorwärts“ kürzlich ausführlich berichtete). An der Hand zahlreicher Beispiele wies der Redner nach, daß sich die Lage der Spandauer Werkstättenarbeiter nicht verbessere, sondern im Gegenteil in der Hauptsache verschlechtere. Dies beweise am besten die vom Staate in seinen militärischen Instituten vorgenommene „Lohnregulierung“, welche vielfach die bisher gezahlten nicht nur nicht erhöhe, sondern teilweise sogar kürze. Seinen von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß Herr Schlegel mit einem warmen Appell an das Klassenbewußtsein der Zuhörer, welches diese zum scharenweisen Beitritt zu ihrer Fachorganisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband endlich bewegen müßte. Eine kurze Diskussion schloß sich dem Vortrag an.

**Musikverein „Vorwärts“** (Dirigent: Königl. Musikdirektor Brande). Schließjahr. 44. Verband, 8 1/2 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder.

## Südafrika.

Der englische Vorstoß zur Befreiung von Ladysmith ist gänzlich gescheitert. Geschlagen und bezwungen ist die „Befreiungsarmee“ über den Tugela, den sie eine Woche früher überschritten hatte, zurückgeschleht. Geschlagen die südafrikanische Hauptarmee des britischen Weltreichs von den Söhnen der kleinen südafrikanischen Republik! Was können unsre Militärenthusiasten sagen zu diesem Siege der Milizidee?

Die vom 27. Januar aus Spearman's Camp datierte **Meldung Bullers vom Rückzuge**

lautet: Nachdem die Truppen Warren den Spionkop aufgegeben, hielt ich einen zweiten Angriff für unmöglich; denn der rechte Flügel der Boeren ist zu stark, als daß ich den Durchbruch erzwingen könnte. Deshalb beschloß ich, die Truppen nach dem Gebiet südlich des Tugela zurückzuführen; und heute (27. Januar) früh 8 Uhr hatte Warren seine Truppen südlich des Flusses konzentriert, ohne einen Mann verloren zu haben.

Wenn Buller melden kann, daß die Engländer beim Rückzuge keinen Mann verloren haben, so kann er das natürlich nur, weil die Boeren von einer Verfolgung der stehenden Engländer abgesehen haben. Dies entspricht ja ganz ihrer bisherigen Taktik, die Angriffe der Störers mit überlegener Kraft abzuwehren, selbst aber nicht angreifend vorzugehen. Ein

**ausführlicher Bericht Bullers** über die letzten Schicksale und den Rückzug lautet:

Am 20. Januar trieb Warren den Feind zurück und besetzte den südlichen Stamm des Tafellandes, das sich von Acton Homes nach den

westlich von Ladysmith liegenden Höhen ausdehnt. Er blieb in enger Fühlung mit dem Feinde, der auf einem Hügel kleiner Kopjes eine starke Stellung einnahm. Diese Stellung Warren war durchaus zu halten, aber sie eignete sich nicht zum weiteren Vormarsch, da die südlichen Abhänge so steil sind; ferner konnte Warren für seine Artillerie keine wirksame Stellung gewinnen und es fehlte an Wasser. Nur schwer entschloß ich mich, am 23. dieses Monats meine Zustimmung dazu zu geben, daß ein Angriff auf den Spionkop gemacht würde, der offenbar der Schlüssel der Boerenstellung ist, der aber vom Norden her zugänglich ist als vom Süden. Warren bemühte sich Dienstagnach des Spionkop, fand es aber schwierig, sich zu halten, da der Umkreis des Spionkop zu groß ist und es an Wasser fehlt. Die Gipfel des Höhenzuges wurden dann den ganzen Tag über gehalten gegenüber einem heftigen Granatenfeuer des Feindes. Unire Mannschaften sochten mit großer Tapferkeit. General Woodgate, der die Truppen auf dem Spionkop befehligte, wurde verwundet; der nach ihm den Befehl übernehmende Offizier beschloß in der Nacht zum 25. d. M., die Stellung aufzugeben, und zog die Truppen vor Tagesanbruch zurück. Ich erreichte das Lager Warrens am Morgen des 26. früh 5 Uhr und kam zu der Ansicht, daß ein zweiter Angriff nutzlos wäre, denn der rechte Flügel der Boeren war zu stark, um von uns forciert zu werden. Ich beschloß demnach, die Truppen südlich des Tugela zurückzuführen. Die Streitkräfte Warrens waren sam 27. d. M. 8 Uhr morgens südlich des Tugela ohne Verlust auch nur eines Mannes oder eines Pfundes unserer Vorräte zusammengezogen. Die Tatsache, daß die Truppen so zurückgezogen werden konnten, und die vortreffliche Art, wie sich unsere Truppen schlugen, ist ein genügender Beweis von ihrer guten Haltung, und daß wir ferner mit unserem schwerfälligen Train unbelästigt über den Fluß gehen konnten, beweist, daß dem Feinde vor der Kriegstätigkeit unserer Soldaten Respekt beigebraucht ist.

## In England.

In England haben die neuen Meldungen erschütternd gewirkt. Die „Times“ schreiben, die am sorgfältigsten geplante und angeführte Bewegung des gegenwärtigen Feldzuges sei gänzlich gescheitert. Wenn, wie Buller sagt, der unbelästigte Rückzug einer Armee, für die es keinen Rückzug geben sollte, beweise, daß die Boeren gelernt haben, die Kampfkraft der britischen Truppen zu achten, so werde das Publikum, die sie niemals bezweifelte, aus dieser Meinung kaum viel Trost schöpfen für das Wohlgehen der britischen Generale bei dem verfrühten Entzuge von Ladysmith. Der Rückzug über den Tugela müsse als Beweis dafür gelten, daß kein weiterer Versuch, Ladysmith zu entsetzen, bald in Aussicht genommen sei und so werde man denn etwas früher oder später von einer Katastrophe hören, die mit Ausnahme der Kapitulation von Porttown im Jahre 1781 fast ohne Beispiel in der militärischen Geschichte Englands dastehen werde. Sodann betont die „Times“ die Notwendigkeit baldiger Entsendung von 50 000 Mann neuer Truppen nach Südafrika, gleichzeitig müßten Schritte ergriffen werden, um nötigenfalls weitere 50 000 Mann folgen zu lassen, nicht nur die unmittelbaren Ziele des Krieges, sondern das Ansehen und die Stellung des britischen Reiches in den Augen der Welt und der Kolonien ständen auf dem Spiele. „Morn. Post“ sagt: Die Lage erheische nicht nur die Mobilisierung der Miliz und die Heranziehung der Freiwilligen zum aktiven Dienst, sondern Flottenrüstungen, um einer möglichen Einmischung von außen vorzubeugen. „Daily News“ meint, die einzige Aussicht auf Entzug von Ladysmith liege in einem erfolgreichen Vorstoß auf Bloemfontein. Bullers Armee sei nicht stark genug gewesen, Ladysmith zu erreichen, aber sie dürfte stärker sein, als notwendig, um die Boeren zu verhindern, Pietermaritzburg zu erreichen. „Daily Chronicle“, „Daily Telegraph“ und andere Blätter sind dafür, Ladysmith seinem Schicksal zu überlassen und unverzüglich den unrichtigen Feldzugsplan, der in dem Vorstoß nach dem Freistaat bestand, wieder aufzugeben. Mit Spannung werden die nächsten Schritte Roberts und Kitchener erwartet. In der Presse fehlt es nicht an Mahnungen an die Nation, sich durch das neue Mißgeschick nicht entmutigen zu lassen, sondern die Anstrengungen zu verdoppeln, denn die Herrschaft Englands in Südafrika müsse um jeden Preis wieder hergestellt werden.

## Rüstungen.

Es sind Befehle ergangen, durch welche zwei weitere Milizbataillone und eine Abteilung der Milizartillerie einberufen werden. London, 29. Januar. Das Kriegsamt hat eine Abteilung gepanzerter Automobilen zusammengestellt, welche demnach nach Kapstadt abgehen sollen.

## Von anderen Kriegsschauplätzen.

London, 29. Januar. Eine gestern vom General Clements von Slingersheim aus unternommene Demonstration führte zu einem Besatz. Die Truppen rückten in nordöstlicher Richtung vor und besetzten die Höhen. Durch den ersten von dem großen Vorengeschloß abgesehenen Schuß wurde die Ordnung des Generals getötet. Die britische Infanterie zog sich dann zurück und wurde von 200 Boeren, die im Galopp heranzogen kamen, verfolgt. Aber drei Kompanien des Worcester-Regiments, welche in einem Versteck lagen, eröffneten das Feuer auf die Boeren und zwangen sie zum eigentlichen Rückzug. Auf Seite der Briten betragen die Verluste einen Toten und zwei Verwundete. — General French griff gestern die Stellung der Boeren in der Nähe von Blesbos Root, 7 Meilen nördlich von Colesberg an, lehrte aber wieder ins Lager zurück, ohne den Angriff fortzusetzen, da er fand, daß der Feind starken Zuwachs erhalten hatte. Die Verluste der Briten beschränken sich auf einige Verwundete.

London, 28. Januar. In hiesigen politischen Kreisen befestigt sich die Ansicht, daß die Königin nach der Eröffnung des Parlaments Rosebery mit der Bildung des Kabinetts und der Einleitung von Friedensverhandlungen mit Transvaal betrauen werde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 29. Januar. (W. L. B.) Heute abend fand im Hafen ein Zusammenstoß statt zwischen dem Schlepper „Expedient“ der Hamburg-Amerika-Linie und dem Fährdampfer „Altona“. Letzterer hatte etwa 100 Passagiere an Bord und sank innerhalb fünf Minuten. Man glaubt, daß sämtliche Personen durch die in der Nähe befindlichen Fahrzeuge gerettet worden sind.

Strasbourg i. Elsaß, 29. Januar. (W. L. B.) Die 26. Tagung des Landesausschusses ist heute durch den Staatssekretär v. Püttlamer im Auftrage des Statthalters eröffnet worden.

Petersburg, 29. Januar. Bei dem Brande eines sehr ständigen Wohnhauses sind sieben Personen ums Leben gekommen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter vier sehr schwer.

Kairo, 29. Januar. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Major Peale telegraphiert aus Djebel-Ain am Weißen Nil: Ich traf südlich von Djebel-Ain auf eine Befreiungsarmee-Truppe aus Uganda, bestehend aus 2 englischen Offizieren mit 10 Uganda-Schützen des Fort Berkeley; ferner auf Hauptmann Hentz nebst Lieutenant Verward mit 42 longostadlicher Truppen aus Kere und auf Lieutenant Monquede nebst Korporal Galban mit 37 französischen Senegal-Schützen aus Schombek. Ich schickte sie alle weiter nach Omdurman; sie hatten, als ich sie traf, nur noch für 20 Tage Vorräte. Monquede hat Schombek geräumt und berichtet, daß die Franzosen Meschra-el-Nel und Fort Defaiz geräumt haben.

Reichstag.

137. Sitzung vom 29. Januar 1900, 1 Uhr.

Von Vordr. v. Pöhlke, Reichssekretär v. Pöhlke.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat für die Einführung des Chekverkehrs im Reichspostgebiet fortgesetzt.

Vgl. v. Pöhlke, Reichssekretär (S. 2. 2.):

Die Einrichtung des Post-Chekverkehrs ist ein Schritt zu den Postparzellen. Wenn die neue Einrichtung überhaupt einen bedeutenden Umfang annimmt, so ist es klar, daß sie zur Anziehung großer Mengen von Kapital, zur Konzentrierung der flüssigen Mittel aus dem Kleinverkehr führen wird. Wir haben aber heute bereits eine große Menge Spargelegenheiten, ich erinnere an die Centralgenossenschaftskasse, die durch Gewährung von Kredit sehr erfolgreich im Interesse der Landwirtschaft wirkt. Werden aber dieser Klasse die Spareinlagen durch den Chekverkehr entzogen, so ist sie auch nicht mehr in der Lage, aus eigenen Mitteln Kredit zu gewähren. Ebenso werden die Sparkassen der Kommunen geschädigt, deren Ueberflüsse heute zur Förderung kommunaler Aufgaben dienen. Ich halte es daher für wichtig, diese Vorlage zunächst einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Staatssekretär des Reichspostamts v. Pöhlke:

Die Parallele, die der Herr Vordr. zwischen der jetzt vorliegenden Chekordnung und den früher geplanten Postparzellen gezogen hat und das schwarze Bild, das er entrollt hat, ist nicht ganz zutreffend. Vielleicht ist er besorgt, daß dadurch die Vermittler der Reichsbank verdrängt werden und er hält auch die Reichsbank für die Urheberin der Vorlage. Das trifft nicht zu, vielmehr bin ich der Vater dieser Vorlage und habe sie gemacht auf Grund meiner Beobachtungen im wirtschaftlichen Leben Deutschlands und besonders auf Grund meiner Erfahrungen in der Reichspost-Verwaltung. Der Vordr. hat angeführt, in Oesterreich sei im Chekverkehr ein Umlauf von 2 Milliarden. Im Deutschen Reich werden jährlich 6-7 Milliarden allein in Postanweisungen umgesetzt. Das zeigt gerade die Notwendigkeit unserer Vorlage. 20-30 Millionen müssen etwa täglich von den Briefträgern bar abgezahlt werden, und da diesen Auszahlungen die gleichen Einzahlungen entsprechen, so werden unsern Rationalvermögen täglich etwa 10-50 Millionen entzogen, die jenseits fließen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, daß je größer der Umlauf wird, die Postverwaltung um so mehr Gefahr läuft, daß Veruntreuungen begangen werden. Angriffe auf Postbeamten unternehmen werden können; die Vorlage muß, ich möchte sagen, zu einer Vereinfachung des Geldverkehrs innerhalb der Postverwaltung führen. In England und Amerika sind durch den Chekverkehr unstreitig die Umlaufmittel vermehrt worden und auch bei uns muß das Betreiben derselben, die Währung, die besteht, so anzuwenden, daß sie dem Vaterlande nützt.

Ein niedriger Zinsfuß ist für weite Kreise von größter Bedeutung und ein solcher nur möglich durch Verklärung der Vermittler in den Banken. Wir haben jährlich eine Zahlung von 888 Millionen an Gehältern. Am 1. des Quartals fließen plötzlich an der Kasse 220 Millionen Mark ab und das äußert seine Wirkung in einem plötzlichen Steigen des Zinsfußes. Hiergegen würde der Chekverkehr einen wohlthätigen Einfluß ausüben.

Wenn der Herr Vordr. nicht, die Genossenschaften würden durch den Post-Chekverkehr geschädigt, so habe ich, der ich in der Genossenschaftsbewegung gestanden habe und noch stehe, nicht den Eindruck.

Ich bin bei dieser Vorlage von dem Gesichtspunkt ausgegangen, eine Vereinfachung des Geldverkehrs anzustreben. Ich gehe gern zu, daß der Vorlage noch etwas Ergänzungsbedarf, aber ich bin der Meinung, daß wir diese Frage noch nicht gleich gesetzlich regeln, sondern erst probieren, und wenn wir Erfahrungen gesammelt haben, die Sache gesetzlich festlegen.

Man hat gesagt, es wäre besser, die Kommunalbanken und die Genossenschaftsbanken zusammenzubringen und hier den Chekverkehr zu regeln. Aber an der Genossenschaft muß man einmal die Verpflichtung hängen und davor schreit mancher zurück. Andererseits besitzen wir, soweit ich es übersehen kann, in 500 Städten Deutschlands keine eignen genossenschaftlichen Einrichtungen. Die Sparkassen haben sich gar nicht für den Chekverkehr ausgesprochen, sondern wollen ihn nur da zulassen, wo ein Bedürfnis vorliegt. Die Sparkassen sind auch gar nicht fähig, ihn durchzuführen, während sie andererseits nichts hindert, sie dem Chekverkehr anzugliedern. Der Post-Chekverkehr würde es zum Beispiel einem Arbeiter, der von Oden nach Weßen zieht, ermöglichen, seiner Sparkasse in der Heimat das Geld auch weiterhin in der bequemsten Weise zu übermitteln.

Wenn Sie die Sache ganz objektiv erwägen, so werden Sie zugeben müssen, daß in Deutschland zur Verbesserung des Geldverkehrs Versuche gemacht werden müssen und ich glaube, daß der Anstoß, der hier von der Postverwaltung gegeben wird, zur Lösung vieler schwierigen Fragen im Geldverkehr dienen wird.

Vgl. v. Camp (Sp.):

Den Chekverkehr nicht gleich gesetzlich festzulegen, war ein durchaus praktisches Vorgehen der Reichs-Postverwaltung, denn die Verhältnisse sind auf diesem Gebiet noch sehr ungelöst. Herr Pöhlke fürchtet Entwicklung des Chekverkehrs zu Post-Sparanstalten. Ich glaube nicht, daß diese Furcht berechtigt ist. Wünschenswert wäre es aber nicht, einen festen Zinsfuß von 1, 2 Proz. einzuführen; das beste wäre jedenfalls Festsetzung eines Minimal- und Maximal-Zinsfußes. Eine Schädigung des Genossenschaftswesens befürchte ich nicht. In den österreichischen Genossenschaften befinden sich unter 87.500 Konto-Zuhabern nur 490 landwirtschaftlichen Betrieben angehörige Personen. Die Einrichtung des Chekverkehrs wird am meisten den Kaufleuten und Gewerbetreibenden zu gute kommen. Dagegen sehe ich für den Kleinverkehr keinen erheblichen Nutzen durch den Chekverkehr. Die Gebühren sind so hoch, daß doch immer Regulierung durch Postanweisung, die ja bis 100 M. nur 20 Pf. kostet, eintreten wird. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär in der Kommission Material vorbringen wird, um alle Bedenken gegen die Vorlage zu beseitigen. Ich bitte Sie, die Vorlage nicht der Budgetkommission sondern einer 21gliedrigen besonderen Kommission zu überweisen.

Staatssekretär v. Pöhlke:

Was die Höhe der Gebühren anlangt, so bin ich von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß es nicht richtig sei, die Gebühren zuerst ganz billigt festzusetzen, so daß nachher eventuell eine Erhöhung eintreten müßte. Ich glaube, es ist besser, wir setzen sie zuerst hoch an und gehen dann später herunter, wenn Erfahrungen darüber vorliegen, was und die Sache kostet. Ich betone nochmals, daß wir gerade der Kleinen und mittleren Bevölkerung mit der Einrichtung des Chekverkehrs dienen wollen und hoffen, daß die Kommission sich überzeugen wird, daß unsere Anschläge richtig bemessen gewesen sind.

Vgl. Singer (Soe):

Ich halte es nicht für nötig, diese Vorlage einer besonderen Kommission zu überweisen, sondern beantrage Ueberweisung an die Budgetkommission.

Die Reichspost-Verwaltung bildet sich ja nach und nach zum Maßstab für alles aus. (Heiterkeit.) Auch hier soll ihre Thätigkeit wieder erweitert werden. Daß das so ganz aus idealen Gründen geschieht, wie es der Herr Staatssekretär binstellt, kann ich bei meiner Hochachtung vor seinem Geschickssystem doch nicht in vollem Umfange glauben. Auch durch diese Vorlage soll der Betrieb der Postverwaltung erleichtert werden

und ihr diejenigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie gerade braucht. Wenn nebensbei noch Annehmlichkeiten für das Publikum abfallen, so ist das gewiß sehr gut. Was die Einzelheiten anlangt, so halte ich es nicht für gut, die Gebühren zunächst sehr hoch festzusetzen, und wenn dann die Postverwaltung sieht, was sie daran verdient, niedrigere Gebühren einzuführen. Will man diese Einrichtung dem großen Publikum mündrecht machen, so muß man ihm Gelegenheit geben, Vorteile daraus zu ziehen. Wenn die Gebühren zu hoch sind, so wird die Hoffnung des Herrn Staatssekretärs, daß namentlich die Kleinen Leute sich dieser Einrichtung bedienen werden, jedenfalls zu nichte werden. Dazu ist auch die ganze Einrichtung zu bürokratisch. Sie können es einem kleinen Gewerbetreibenden nicht zumuten, daß er sich in seinen Abendstunden noch den Kopf zerbricht, wie denn eigentlich diese Einrichtung zu benutzen sei. — Für die Buchung bis 5 M. sollen 3 Pf. gezahlt werden, für die Buchung über 5 M. 10 Pf. Das sind viel zu hohe Gebühren. Gebühren von 1 und 2 Pf. wären das allerhöchste, was erhoben werden dürfte, wenn die Einrichtung größeren Volksschichten zu gute kommen sollte.

Die Bankinstitute, denen doch der Chekverkehr Konkurrenz machen soll, nehmen für Eintragung und Abhebung überhaupt kein Entgelt. Dazu kommt noch, daß die Bankinstitute höhere Zinsen zahlen. Wo also der Vorteil gegenüber den Bankinstituten liegen soll, weiß ich nicht, es sei denn, daß der Herr Staatssekretär allein auf die Städte spekuliert, wo keine Bankinstitute vorhanden sind. Diese Frage muß in der Kommission näher durchgearbeitet werden. — Daß die landwirtschaftlichen Genossenschaftler durch die Einrichtung des Post-Chekverkehrs geschädigt werden, halte ich für einen Irrtum, die haben ganz andre Bedürfnisse. Auch mit den Sparkassen ist diese Einrichtung gar nicht zu vergleichen. Der Post-Chekverkehr wird nicht zum Sparen benutzt werden, sondern um diejenigen Summen, die man im Laufe der Zeit flüssig haben muß, an einer sicheren Stelle zu haben, wo sie im Augenblick zur Verfügung stehen.

Für ganz unpraktisch halte ich die Einteilung der Bezirke, die mir viel zu groß erscheinen. Dies kann nur eine Verlangsamung des Betriebes zum Schaden des Publikums herbeiführen. Selbst auf die Gefahr hin, später vielleicht Einschränkungen machen zu müssen, hätte man den Rahmen dieser Neu-Einrichtung nicht so eng fassen müssen und hätte kleinere Bezirke in größerer Anzahl einrichten müssen. Auch hierüber werden wir uns in der Kommission verständigen müssen.

Ueber den Zinsfuß ist vielfach gesprochen worden. Ich glaube, daß, wenn das Publikum in dem Maße, wie es der Staatssekretär wünscht, von dieser Einrichtung Gebrauch machen sollte, der Zinsfuß erhöht werden müßte, zumal da an eine Herabsetzung des Zinsfußes jetzt, wo die Kassenlage in Aussicht steht, gar nicht zu denken ist. — Daß diese Vorlage zunächst auf dem Wege der Verordnung in Kraft treten soll, halte ich für durchaus richtig, besonders mit Rücksicht darauf, daß sich die Regierung immer schwerer dazu entschließt, ungünstige Einrichtungen für das Publikum, die geleglich festgelegt sind, durch gesetzliche zu ersetzen. Schließlich würde ich dem Herrn Staatssekretär für eine bindende Erklärung darüber dankbar sein, ob die Wünsche, die in der Kommission zum Ausdruck gebracht werden, nachher bei der Verordnung vom Reichstagler genügend berücksichtigt werden.

Staatssekretär v. Pöhlke:

Der Herr Vordr. hat der Reichs-Postverwaltung vorgeworfen, sie sei in der Anbahnung begriffen zu einem Wachsen für alles. Zum Teil sind aber daran gerade die Herren von der Linken schuld. Denn wir erledigen uns hier nur der Aufgabe, die uns von ihnen zugeschoben ist. Der Abg. Singer hat sich über den Prozentfuß gewundert. Ich sage Ihnen gern, wie wir auf 1,2 Proz. gekommen sind. Ich habe die deutschen Handelskammern gebeten, Vertreter zu entsenden. Mit diesen habe ich die Vorlage durchgearbeitet. Ueber die Höhe der Vergütung waren die Herren natürlich verschiedener Ansicht, sie meinten jedoch, wir sollten nicht zu hoch gehen. Da haben wir denn 1,2 Proz. festgelegt. Was die Frage eines einheitlichen Chekzins anlangt, so wurde von allen Herren der Konferenz anerkannt, je mehr Chekämter, desto schwieriger das sogenannte Anzeigungsverfahren. Von Seiten des Handelsstandes wurde natürlich gewünscht, daß möglichst jede Stadt zum Sitz eines Chekamtes gemacht werde. Soweit konnten wir natürlich nicht gehen; wir waren aber bestrebt, möglichst zu dezentralisieren. Ob wir mit dieser Vorlage bis in die Einzelheiten hinein auf dem richtigen Wege sind, ist eine reine Doktorfrage. Die Erfahrungen der Praxis werden uns die Antwort darauf geben. Ich betone gern, daß vieles heute noch so schematisch ist. Im Laufe der Zeit werden wir schon Vereinfachungen eintreten lassen.

Vgl. Wäfling (H.):

Das Bestehen der Reichs-Postverwaltung, den Chekverkehr weiter auszuweiten, habe ich mit großer Freude begrüßt. Die weitesten Kreise unseres Volks sind heute von der großen Wohlthat, die der Chekverkehr mit sich bringt, ausgeglückt. Und gerade die Postverwaltung kann viel dazu thun, hier einen gründlichen Wandel einzutreten zu lassen. Die Bedenken des Abg. Pöhlke kann ich nicht teilen. So wird z. B. die Verzinsung zu 1,2 Proz. niemals im Stande sein, den Genossenschaften ernste Konkurrenz zu bieten. Ich möchte gern, daß die Postverwaltung die Sache von Anfang an recht gut macht. Nach dem Plan, der uns vorgelegt ist, habe ich freilich dazu recht wenig Hoffnung. Wenn bei uns in Mecklenburg auf 40 Einwohner ein Chek kommt, so hat diese beträchtliche Ausdehnung des Chekverkehrs natürlich besondere Gründe. Erstens ist das Verfahren so einfach, daß sich jedes Kind damit abfinden kann. Dann werden weder Gebühren noch Kosten irgend welcher Art erhoben. (Hört! hört! links.) Und drittens wird eine kleine Verzinsung gegeben. Der Abg. Singer hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Chekverkehr bei untrer Postverwaltung so kompliziert zu werden scheint, daß zweite Kreise der Vorteile des Chekverkehrs kaum teilhaftig werden können. Ich selbst, der ich doch hier gewiß Sachkenntnis in die Waagschale werfen kann, habe die Vorlage dreimal gelesen und schließlich doch nicht genau gewußt, was sie denn eigentlich will. (Große Heiterkeit.) Ich frage: Warum kann ich denn nicht bei jedem Postamt auf mein Konto einzahlen? (Sehr richtig! links.) Dann erhebt die Reichs-Postverwaltung an allen Ecken und stanten Gebühren, z. B. eine eminente hohe Rückzahlungsgebühr. Auf der einen Seite bietet sie dem Publikum eine Erleichterung, auf der anderen macht sie die Ausnutzung dieser Erleichterung selbst unmöglich. (Sehr richtig! links.) Was die Verzinsung anlangt, so meine ich, man soll eine solche nicht nur versprechen, man muß dies Versprechen auch halten. Was ich aber nach dem 1. des Monats einzahle, wird erst vom 15. an verzinst, und lasse ich Geld zurückzahlen, so hört die Verzinsung am letzten 15. resp. 1. des Monats auf. Zahle ich also Geld am 2. ein und lasse es mir am letzten zurückzahlen, bekomme ich keinen Pfennig Zinsen. (Große Heiterkeit.) Und wer gar in seinem Konto häufig wechselt, bei dem kann es vorkommen, daß er überhaupt nie Zinsen bekommt. — Es wird in der Vorlage besonders anerkannt, daß die Reichsbank das Geld mit 1,2 Proz. verzinsen will. Ich meine, die Reichsbank hätte wirklich mehr als 1,2 Proz. geben können. (Sehr richtig! links.) Und will sie es nicht, dann giebt es ja Banken von absoluter Ehrlichkeit, die gern bereit sind, das Geschäft zu machen und gern mehr als 1,2 Proz. zahlen werden. Aber soweit ich auch an der Vorlage auszuweichen habe, ich wünsche von Herzen, daß der Versuch, den die Postverwaltung hier macht, gelingen möge. Ich stimme für Ueberweisung an die Budgetkommission. (Lebhafte Bravo! links.)

Staatssekretär v. Pöhlke:

Die Ausführungen des Herrn Vordr. befähigen, daß ich mich in der Vorlage anheimend nicht deutlich genug ausgedrückt habe. Was die Verzinsung anlangt, so möchte ich nur noch bemerken, daß

nicht die Reichs-Post, sondern die Reichs-Finanzverwaltung den Vertrag mit der Reichsbank abgeschlossen hat, und daß doch alle Sparlassen genau wie wir verfahren und die Verzinsung erst vom 1. oder 15. des Monats eintreten lassen. Von Fiskalität kann hier nicht die Rede sein. Die Vorlage ist mein Kind. Da können Sie doch überzeugt sein, daß ich verstanden werde, es immer mehr zu kräftigen und es nicht durch Fiskalität erdroffeln werde.

Vgl. v. Pöhlke (fr. Sp.):

Den Chekverkehr begrüßen wir als eine Erleichterung des Verkehrs. Aber die in der Vorlage gegebene Post-Chekordnung muß einer Vereinfachung unterzogen werden. Wünschenswert ist eine bindende Erklärung, daß sich aus dem Chekverkehr nicht eine Post-Sparkasse entwickeln soll.

Vgl. v. Pöhlke (C.):

Nach der Darlegung des Kollegen Wäfling muß das Verfahren sehr vereinfacht werden. Soll der Chekverkehr überhaupt eine Vereinfachung bedeuten, daß diese Vereinfachung auch durchführbar ist, werden die Verhandlungen in der Kommission erweisen. Die Festsetzung der Gebühren darf nicht allein in der Hand des Herrn Staatssekretärs liegen. Vor allem darf der Zinsfuß aber nicht ohne Mitwirkung des Reichstags verändert werden. So eilt ich die Sache nicht. Am 1. April braucht das Gesetz noch nicht in Kraft zu treten. Am besten wird die Einziehung einer besonderen Kommission sein, die die Materie sehr sorgfältig prüfen müssen wird.

Vgl. v. Pöhlke (fr. Sp.):

Die Vorlage fordert 90.000 M. von uns, bietet aber nicht die Gewähr, daß das Publikum bei dem Chekverkehr einfach und billig bedient wird. Das hat Kollege Wäfling ja überzeugend dargelegt. Dem Kleineren Verkehr müssen ebenfalls die Vorteile zugeführt werden, das thut aber die Vorlage nicht. Ich bin für Prüfung in der Budgetkommission.

Staatssekretär v. Pöhlke:

Wir haben uns unser Nachbarland Oesterreich zu Muster genommen. (Vgl. v. Pöhlke: Dort ist es billiger!) Nein, wir sind billiger, als Oesterreich. Es giebt dort noch mehr Formulare und doch hat der Chekverkehr einen sehr großen Rufswand genommen. In die Einführung der Post-Sparkassen denken wir nicht.

Vgl. v. Pöhlke (L.):

Es ist jetzt viel Frische in die Verwaltung der Reichspost gekommen. Dieser Frische haben wir auch die Chekvorlage zu verdanken. Das Ziel der Vorlage entspricht unseren Wünschen, schon weil wir stets für den Mittelstand eintreten. Aber auch wir halten die Vorlage nur für einen ersten Versuch und auch wir haben starke Bedenken dagegen. Die Großen haben kein Interesse an der Vorlage, für die Kleinen ist sie zu kompliziert. Auch sind wir von der Veroranis nicht frei, daß das Geld der Kleinen Leute in falsche Kanäle durch die Vorlage geleitet werden könnte. Wir dürfen den Kleinen Leuten auch nicht Opfer zumuten, damit die Reichsbank etwa Geld zu billigen Zinsen bekommt. Das würde nur dem Großkapital zu Gute kommen. Ich stelle den Antrag, die Vorlage einer besondern Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Vgl. Dr. v. Pöhlke-Reichssekretär

schließt sich dem Antrag auf Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern an und hebt noch einmal hervor, daß er eine Schädigung der genossenschaftlichen Sparkassen fürchte.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird darauf an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung. Die Beratung beginnt mit dem Titel Einnahmen. Bei Titel 3-4 (Gebühren für Postleistungen) bringt

Vgl. v. Pöhlke (C.):

die Neuregelung des Bestellgeldes für Zeitungen zur Sprache. Bei Gelegenheit der Postnovelle ist vom Reichstag eine Resolution angenommen, welche dem Herrn Staatssekretär zur möglichst baldigen Regelung dieser Frage auffordert. Ich hoffe, daß im Interesse der Kleineren Zeitungen baldigst eine Ermäßigung der Gebühren eintreten wird, und zwar entweder im Verhältnis zum Umlauf oder nach der Zahl der Bestellungen.

Staatssekretär v. Pöhlke:

Ich gebe zu, daß Änderungen in der Höhe der Bestellgebühren nötig sind, sie werden jedenfalls mit dem 1. Januar 1901, spätestens zum April 1901 erfolgen. Jetzt sind wir mit der Ausführung der Gesetze, die am 1. April 1900 in Kraft treten, noch zu sehr beschäftigt. Die Zweckmäßigkeit des Gewichts der Zeitung in die Berechnung der Bestellgebühren halte ich nicht für möglich, da dies eine variable Größe ist, die Abstufung müßte jedenfalls nach der Zahl der Bestellungen erfolgen.

Vgl. Dr. Müller-Sagon (fr. Sp.):

Das gesamte Zeitungsgewerbe wird diese Erklärung des Herrn Staatssekretärs, daß eine Neuregelung der Bestellgebühren vorgezogen sei, mit Genugthuung begrüßen. Nur bitte ich ihn, die Berücksichtigung des Zeitungsgewerbes bei der Bemessung der Gebühren nicht grundsätzlich auszuschließen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest der „Einnahmen“. Darauf verlagert sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Postetats. Ausgaben, Titel Staatssekretär.)

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Für den Agitationsbezirk Niederrhein fand am Sonntag in Mühlheim (Ruhr) ein Parteitag statt, der von 72 Delegierten aus 44 Orten besucht war. Außerdem waren Vertreter der Partikularien des Bezirkes anwesend. Beschlossen wurde, daß ein Kommunal-Wahlprogramm seitens des Agitationskomitees ausgearbeitet und dem nächsten Parteitag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird; daß überall da, wo politische Organisationen sind, die Genossen angehalten werden, bei der Orts-Kommunalverwaltung zu beantragen, den Census für die Kommunalwähler auf den niedrigsten Satz von 800 M. Einkommen zu normieren.

Am internationalen Kongress in Paris wurde Meißner-Klein delegiert. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Landmann-Varnen an den internationalen Kongress, derselbe möge beschließen, daß in allen Kulturländern an einem Tage eine besondere Demonstration für den allgemeinen Völkerverein veranstaltet werde, und zwar durch eine allgemeine Volksabstimmung. Durch dieselbe solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die Völker in friedlicher Kulturarbeit nebeneinander wohnen und nicht mehr im Interesse einer kleinen kapitalistischen Klasse sich gegenseitig zerscheiden wollen.

Am Sitz des Agitationskomitees wurde abermals Oberfeld gewählt.

Der Zweck der Versammlung. Die anhaltischen Polizei-behörden fahren fort, von Versammlungs-Einberufungen die Angabe der etwa bestimmten Referenten zu fordern. Sie behaupten, wie aus einem Bescheid der Kreisdirektion Ballenstedt zu ersehen ist, daß dies zu der nach dem dortigen Vereinsgesetz erforderlichen Anzeige des Zwecks der Versammlung gehöre. Diese Behörde verwehrt das Bitte mit dem Was. Zweck einer Versammlung ist nicht, eine bestimmte Person reden zu lassen, sondern über einen bestimmten Gegenstand zu verhandeln. Was sich die Ballenstedter Polizei denkt, das ist eine Schaustellung von Personen, aber keine Versammlung.

**Der sozialdemokratische Verein für den 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis**, die offizielle Partei-Organisation, hat nach dem Geschäftsbericht für das letzte Vereinsjahr 1100 Mitglieder, gegen 1013 im Vorjahre. Außerdem bestehen noch sieben Lokalvereine mit 1052 Mitgliedern, wovon 302 doppelt (auch im Kreisverein) organisiert sind. Unter der Direktion des Vereins ist im letzten Jahre eine rege Agitation durch Verbreitung von Flugblättern und Agitationskalendern, Abhaltung von Versammlungen, Beteiligung an den Landtagswahlen in drei in Frage kommenden Kreisen usw. betrieben worden. In 42 Orten sitzen 90 sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderäten. Die Einnahme betrug 7323 Mark, der Ausgabenbestand am Jahreschluss 24 Mark. Innerhalb der Organisation macht sich zur Zeit ein lebhaftes Streben nach Beseitigung der Doppelorganisation — Aufhebung bez. Ueberführung der Lokalvereine — bemerkbar. In der Generalversammlung wurde eine lange, sachliche und interessante Debatte über diese Frage geführt. Im Prinzip erklärte man sich für Centralisation.

**Niederländische Sozialdemokratie.** Für die Pfingsttage hat der Vorstand des Sozialistenbundes (die alte Kleinwägenische Organisation, aus der dieser aber schon vor Jahresfrist ausgeschieden ist) im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einen Kongress aller sozialistischen Organisationen einberufen, die die Notwendigkeit des parlamentarischen Kampfes anerkennen.

Das Tagesblatt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird im April zum erstenmal erscheinen.

**Die Nachwahl in Wareme (Belgien)** hat ein endgültiges Resultat nicht gezeigt. Leo Reysmans, der Kandidat unserer Partei erhielt 7806 Stimmen, der Liberale 6888, der Liberale 5867. Es wird jetzt auf die Liberalen ankommen, wer bei der Stichwahl den Sieg davonträgt; sie bilden das Jünglein an der Waage.

**„Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Rußland und Polen“** hielt vor einigen Tagen seinen dritten Parteitag ab. Diese junge Arbeiterorganisation, welche formell (veretzelte sozialdemokratische Arbeitergruppen existierten auch früher) erst im Herbst 1897 sich als „Allgemeiner Bund“ konstituierte und kurz darauf, bei Konstituierung der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“, als autonomer Bestandteil in diese Partei eintrat, entfesselte in den verflochtenen zwei Jahren eine so rege, vielseitige Tätigkeit, daß es alle Erwartungen übertraffen hat.

Es ist einer der besten Beweise für die Energie des kampflustigen Proletariats, wenn in einem Lande wie Rußland eine so gut disciplinierte Arbeiterorganisation existiert. Der jüdische Arbeiterbund umfaßt den ganzen Nordwesten Rußlands und stellt eine der mächtigsten Oppositionsparteien in Rußland dar. Seine Parteileitung liegt in den Händen des Zentralkomitees, dessen Mitglieder von den Lokalkomitees gewählt werden. Die besonderen Interessen jeder jüdischen Arbeiterorganisation werden von den Lokalkomitees geleitet, deren Zahl fortwährend wächst. So mögt die Einheitslichkeit des Ortes, sondern die Einheitslichkeit des Gewerbes ausschlaggebend für die Organisation ist, vertritt ein gewerkschaftlicher Bund die Stelle der lokalen Komitees. So der „Jüdische Borsener Arbeiterbund“, welcher eine ganze Anzahl von Städten und Städtchen umfaßt. Die Fortschritte des Bundes sind am besten aus den Verhandlungen des nun glücklich abgeschlossenen Kongresses zu ersehen, die wir nur in aller Kürze wiedergeben können.

Auf dem Kongress erschienen 20 Delegierte aus den Lokalkomitees: Lodz, Warschau, Bjalostok, Minsk, Grodno, Wilna, Kowno, Danaburg und Siedel, dem Borsener Arbeiterbunde in Polen und Litauen, dem Zentralkomitee und der ausländischen Vertretung des jüdischen Arbeiterbundes. Wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten, mit welchen die Zusammenberufung eines solchen Kongresses in Rußland verbunden ist, mußten die Lokalkomitees der kleineren Orte auf selbständige Repräsentation verzichten und übertragen ihre Mandate den benachbarten Komitees. Die Verhandlungen dauerten drei Tage, fast ohne Unterbrechungen (um die Polizei nicht aufmerkzaam zu machen).

Das Hauptergebnis der einzelnen Berichte ist das allgemeine Wachstum der jüdischen Arbeiterbewegung im ganzen nordwestlichen Rußland. In manchen Städten sind die Gewerkschaften tonangebend für die Bewegung. Es giebt Städte, wo über 1500 Arbeiter in Gewerkschaften organisiert sind. Bezeichnend ist es, daß gerade in den letzten Jahren, wo die Verfolgungen seitens der Polizei an Umfang und Stärke außerordentlich zunahmten, auch die politischen Demonstrationen der Arbeiter häufiger und zahlreicher vorkommen. Bei jeder Gelegenheit, wo eine Versammlung sich anammelt, sei es eine kirchliche oder synagogale Prozession, sei es ein Begräbnis, Rekrutenversendung, Transportation politischer Geurteilster, — treten die organisierten Arbeiter in geschlossenen Reihen auf, singen revolutionäre Lieder und sprechen politische Forderungen aus.

Die Zahl der Streiks vergrößerte sich enorm. Die meisten Streiks waren erfolgreich. Noch vor 4—5 Jahren wurde in diesem Rußland 14—15 Stunden gearbeitet; jetzt ist fast überall der zehnstündige Arbeitstag eingeführt worden. Dem Borsener Arbeiterbunde gelang es, fast sämtliche Arbeiter dieses Gewerbes in seine Organisation aufzunehmen. Die Polizei stellte daher sämtliche jüdische Borsenerarbeiter unter geheime Aufsicht. Aufstände wurden in enormer Zahl verübt. Aus allen Städten wird über den Litteraturmangel geklagt, dem obwohl die literarische Tätigkeit des Zentralkomitees sehr gewachsen ist, kam sie doch nicht mit dem Wachstum der Nachfrage Schritt halten.

Bei der Beratung über den wirtschaftlichen Kampf und die Gewerkschaften gelangte der Kongress zu der Einsicht, daß er bei der gegenwärtigen Sachlage keine konkrete bindende Resolution über diesen Gegenstand fassen kann, und begnügte sich mit der folgenden hypothetischen Resolution: Zwar ist der Kongress der Meinung, daß die Gewerkschaften als eins der besten Organisationsmittel anzusehen sind, aber angesichts der herrschenden Umstände können sie nicht als unbedingt Mittel zur Organisation der Arbeiterklasse in Rußland angesehen werden.

In Bezug auf die bevorstehende Matzeier nahm der Kongress mehrere Resolutionen an, welche meistens konspirativer Natur sind und daher nicht veröffentlicht werden können.

Bei dem Punkte Litteratur beschloß der Kongress, möglichst bald eine ganze Anzahl von Blättern in jüdischer Sprache herauszugeben, darunter das Erfurter Programm von Kautsky, über Mehrwert, Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, über die Steuern, über Mittel zum wirtschaftlichen und politischen Kampf in Rußland und viele andre. Der von der ausländischen Vertretung herangezogene „Jüdische Arbeiter“ hat von nun an nur als wissenschaftliche Zeitschrift des Bundes zu fungieren.

Zur nationalen Frage wurde nach erregter Diskussion folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die nationale Frage nicht vollständig und wissenschaftlich genug ausgearbeitet ist, daß man in Bezug auf die Juden Rußlands und Polens vollendete genau formulierte Forderungen aufstellen könnte, beschloß der Kongress, im „Jüdischen Arbeiter“ eine freie Diskussion über die nationale Frage im allgemeinen und über die jüdische nationale Frage insbesondere zu eröffnen. Bis zur offiziellen Stellungnahme zu dieser Frage seitens des fünfjährigen Kongresses hat die Centralleitung des Bundes die ausländische Vertretung des Bundes in ihren Aufrufen und in ihrer Litteratur nur die Forderung dicker Gleichberechtigung der Juden, aber keine nationale zu stellen.

Die fortwährenden Reibungen zwischen dem jüdischen Arbeiterbunde und der polnischen sozialistischen Partei, die als einzige politische Forderung die Befreiung Polens aufstellt nicht zu wechseln mit den politischen Sozialdemokraten, zwangen den Kongress Stellung zu nehmen. Es kam jedoch zu keiner neuen prinzipiellen Erklärung über die sachlichen Streitpunkte, wohl aber wurde eine Resolution angenommen, die die von der P. S. D. besitzene Existenzberechtigung des jüdischen Arbeiterbundes anerkennt. Die Streitfragen sollen im „Jüdischen Arbeiter“ diskutiert werden.

Ueber die Organisation sind mehrere Beschlüsse konspirativer Natur gefaßt worden. Das Zentralkomitee hat von nun an 40 Proz. der Einkünfte von den Lokalkomitees zu bekommen.

Ueber die Form der Delegation des Bundes zum internationalen Arbeiterkongress in Paris wurde beschlossen, daß diese Delegation ihre Autonomie innerhalb der allgemeinen Delegation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu bewahren hat, was der Organisation in Rußland entspricht.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen groben Unfugs wurde in Jychoe der Genosse Kemmer zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er bei einem Saalbesuch Gäste vom Besuch des Lokals abgehalten haben soll.

### Lokales.

**Die wahre Ursache eines Eisenbahn-Unglücks**, so wird uns zu dem Unglück am Ringbahnhof Schönhauser Allee geschrieben, kommt erfahrungsmäßig selten zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Die überlebenden Arbeiter und kleinen Beamten sind froh, wenn sie sich mit Redensarten den Staatsanwalt vom Hals halten, der gewöhnlich heimsüchtig an der Unglücksstelle die Hauptrolle spielt. Die höheren Eisenbahnbeamten, also Regierungs-Baumeister, Bau- und Betriebsinspektoren, d. h. die meisten Aufsichtsbeamten, unter denen als Streckenaufsicher die Bahnmänner stehen, allen diesen Herren wird kaum zu nahe getreten. Wann wird einmal nachgefragt, ob ihre zahllosen einander widersprechenden oder für das Unterbeamten-Personal unverständlichen Dienstvorschriften mit die Schuld an einem Unglück tragen? Im Gegenteil, die Herren werden als die Sachverständigen ihrer eigenen Betriebe herangezogen und geben vornehmlich ihr Gutachten ab, welcher Weichensteller der am meisten Schuldige sein konnte. Das ist das vorzüglich bewährte Mittel unserer Eisenbahn-Direktionen: sie überweisen jedes Eisenbahn-Unglück in erster Linie dem Staatsanwalt. So ist die Direktion ziemlich gesichert, daß sie nie selbst angefaßt wird, denn um das zu ermöglichen, müssen die Arbeiter als Sachverständige vernommen werden und entsprechend unabhängig gestellt sein. Heute ist man froh, wenn es gelingt, irgend einen Sündenbock den Juristen plausibel zu machen, wie z. B. „ein gebrochenes Herzstück, das unterwachsen war“.

Solche sogenannten Ursachen würden auf den Sachverständigen nur den Eindruck eines Witzes hervorzurufen, wenn die Brauchbarkeit des Glendes nicht zu ganz anderen Einsparungen herangezogen würde. Das Herzstück kann doch aus zehnerlei Ursachen während des Zusammenfahrens der Lokomotiven und der Wagen zerfallen worden sein und die lindliche Behauptung von dem unterwachsenen Herzstück ist auch nur als Saderartikel zur Bewusstseinsbildung für die sachverständigen Mitglieder der Untersuchungskommission zu betrachten. Sämtliche Verbindungsstücke starker befahrener Rangiergleise liegen wie die Gleise selbst, wenn nicht allgrößte Viederbarkeit herrscht, in gut entwässertem Bettung. Tag um Tag aber in der Ebene gerade ein Herzstück unterwachsen sein sollte, diesem schönen Gedanken kann nur eine Wahnsinn-Glaube schenken.

Wenn die Weiche nicht sicher funktionierte, so ist das nicht von heute und gestern der Fall, sondern es handelte sich um eine vernachlässigte Stelle, die wahrscheinlich schon seit längerer Zeit reparaturbedürftig war, und die der Bahnmann aus Ueberhäufung mit anderen Dienstgeschäften und Reparaturarbeiten noch immer nicht hatte vornehmen können, oder es liegen andre Ersparnismaßnahmen vor, wie sie die juristische-bureaucratische Leitung unseres geliebten Eisenbahnwesens mit sich bringt. Immerhin würden manche beachtenswerte Anhaltspunkte gegeben werden, wenn der Staatsanwalt sich entschließen könnte, sich über den Bahnmann und den Rangiermeister durchaus objektiv zu informieren. Nicht wissenschaftlich wäre es zum Beispiel, zu erfahren, wie viel Stunden der Bahnmann täglich im Dienst ist und wo der Rangiermeister frische, als das Unglück passierte, wie lange er im Dienst war in diesem Augenblick und wie viel Ruhe er vorher gehabt hatte. Würde der Staatsanwalt sich mit solchen verlässlichen Fragen befassen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Schuldige, wenn ein solcher überhaupt vorhanden, an ganz anderer Stelle als unter den Arbeitern und Unterbeamten zu finden wäre, so dürfte das Resultat der Untersuchung sehr oft wesentlich anders ausfallen, als dies heute gemeinhin der Fall zu sein pflegt.

**Der Fall der Marie Journagou** ist recht geeignet, eine Seite des Proletariats zu beleuchten, die in ihrer ganzen Schwere noch gar nicht genug gewürdigt wird: die Schulpflichtigkeit der jugendlichen, nach Arbeit suchenden Mädchen. Das Kind ist vierzehnjährig, vielleicht auch noch nicht einmal so alt, da teilt schon die Notwendigkeit heran, zu verdienen. Eines schönen Nachmittags findet sie sich mit dem großen Heer der Arbeitslosen vor einer jener Stellen ein, wo die Arbeitsnachweise verteilt werden, sie ist — allein. Der Vater arbeitet auf der Fabrik, er geht morgens früh fort, kehrt abends abgerodert, todmüde heim. Ihm bleibt keine freie Minute, sein Kind beim ersten Schritt in das Leben unter seinen Schutz zu nehmen, würde er sie dazu von seinem „Herrn“ erbiten, es gäbe vielleicht eine neue Pläne zum Kapitel „Begehrlichkeit der Arbeiter“. Den aufstrebenden Verdienst gar nicht zu erwähnen. Die Mutter befindet sich in gleicher Lage. Vielleicht ist sie gleichfalls auf der Fabrik, vielleicht als Händlerin unterwegs oder sie sitzt an der Nähmaschine, jedenfalls muß sie schämen und eilen, um nur noch ein paar Groschen zur Bestreitung des täglichen Haushalts zu verdienen. Die „höhere Tochter“ darf keinen Schritt ohne elterlichen Schutz in die Gefahren des Großstadt-Strassenlebens thun, selbst dann noch nicht, wenn sie schon lange über die Innerfährigkeit der Nachschaffere hinaus ist. Das jugendliche Proletariat ist ganz auf sich selbst angewiesen. Nachdem der Arbeitsnachweis studiert ist und alle scheinbar passenden Angebote notiert sind, macht es sich auf den Weg. Wohin gerät es? Vielleicht an eine Stelle, wo man seine schwachen Kräfte in unerschämtester Weise ausbeutet, vielleicht in ein gutes Haus — vielleicht auch in das einer — Kupplerin. Ohne Erfahrung nimmt das Kind, was ihm geboten wird und den besten Verdienst verspricht — es weiß, daheim herrschen Hunger und Not und Vater und Mutter warten schon auf die paar Groschen, die es verdienen soll. Was aus ihm werden kann — niemand ist da um das zu beurteilen, um das Mädchen zu hüten und zu warnen. Es ist ein sehr häßliches Kapitel, das der Fall Journagou aufrollt, wenn man ihn von dieser Seite betrachtet.

**Die Anstufung von Telegrammen zur Nachtzeit durch den Fernsprecher** ist soeben vom Reichspostamt für den Stadtverkehr von Berlin angefallen worden. Die Teilnehmer haben sich zu diesem Zweck mit dem Haupt-Telegraphenamt durch das Stadtfernprechamt I aufzusuchen zu lassen. Die Gebühren sind dieselben wie bei Tage.

**Aus der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik** vormalig Löwe u. Co. in Martinstadt wurde mir bereits berichtet, daß ein launischmüßiger Angestellter, der jahrzehntlang seine Kräfte zum Wohle des Geschäfts geopfert hatte, aus Verweigerung über seine vor kurzem erfolgte Kündigung Selbstmord begangen hat. Der Unglückliche, der sich weiter nichts hatte zu schulden kommen lassen, als daß er alt geworden war, hinterließ drei unversorgte Kinder. Rummel sind weitere drei Mitglieder des Komptoirpersonals, deren jeder über 20 Jahre bei der Firma angefaßt war, grundlos auf ihre alten Tage durch Kündigung brotlos gemacht worden. Die Seele dieser Wagnahmen ist der Direktor Wajelen, der bis vor kurzem als Oberingenieur bei Schwarzkopff in Stellung war. Unter dem alten Herrn Löwe waren solche Grausamkeiten angefallen. Rummel fühlen die Gefährlichen sowie die übrigen alten Mitglieder des Personals, die vielleicht in Hangen und Wangen einem gleichen Schicksal entgegensehen, daß es in jedem Fall auch von einem qualifizierten Arbeiter fürchtbar und pflichtvergessen ist, wenn er, auf die Güte des Unternehmers bauend, in Harmonie-

gelegt dahinkommt und seine Sicherung in einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisation außer acht läßt. Solche Vernachlässigung hat sich in der Ära des Kapitalismus noch stets an dem Ausgebeuteten gerächt, gleichgültig, ob er Hand- oder Kopfarbeiter war.

**Abnötigung im Kommunalwesen.** In der „Montags-Ztg.“ lesen wir über die Kaiser-Geburtstagsfeier im Rathaus: „Es ist in weiteren Kreisen und, wie wir hinzufügen dürfen, höchst sympatisch bemerkt worden, daß anlässlich des Festmahls im Rathaus unmittelbar nach dem Oberbürgermeister ausgebrachten Kaiserstoß der Vorsteher der Stadtverordneten, Herr Dr. Langerhans, sich erhob, um ein Hoch auf die Kaiserin auszubringen.“

Nach am 17. November v. J. hat Herr Langerhans als Stadtverordneter-Vorsteher das bekannte Schreiben des Freiherrn v. Mirbach in einer vom freisinnigen Standpunkt durchaus würdigen Form beantwortet.

**Von der hohen Frömmigkeit und Sittlichkeit mancher Hofkreise** erhält der in gewöhnlichen Sündenlaunen dahindulbende Bürger amähernd einen Begriff, wenn er folgende Mitteilung der „Verl. Ztg.“ liest:

„Im Salon Keller und Reiner ist dieser Tage die neue Ausstellung der Gesellschaft deutscher Aquarellisten eröffnet worden. Auf der recht geschmackvoll angeführten Einladungskarte sieht man die Nase der Kaiserin die Nase für den kaiserlichen Vorus aus vollen, sich nimmer erschöpfendem Krüge ergießen. Und frömdend blickt sich zum Wacke die Frau. Und der begeisterte Kunstsänger neigt den Büßel darin. — Natürlich ist die Nase durch eine nackte, ideale Frauengestalt verfürpert. — Die Gesellschaft deutscher Aquarellisten sandte auch Freiherrn von Mirbach diese Karte, und postwendend gelangt sie in die Hände der Firma Keller u. Reiner zurück, indem der Herr Oberhofmeister mittelst, daß diese Kunst sein Sittlichkeitsgefühl verletze. Das interessanteste an der ganzen Geschichte ist aber, daß der Verfasser dieses „unfittlichen Kunstwerks“ niemand anders ist als der seiner Zeit auf besondere Initiative des Kaisers an die Berliner Kunstakademie berufene Professor Arthur Kampf!“

Man kann sich vorstellen, wie peinlich ein Mann von so unbräunlicher Sittenstrenge wie der Freiherr von Mirbach von dem Schmutz berührt worden sein muß, den der Fall K o y e vor einigen Jahren am preussischen Hofe angewirbelt hat.

**Die Ausgaben für die Hochbahn** betragen gegenwärtig ungefähr 12 000 000 M., davon kommt etwa die Hälfte auf Grundenerwerb, der jetzt als abgeschlossen zu betrachten ist. Die Bauausführung der Hochbahn haben in den Wintermonaten nur wenig Unterbrechungen erfahren, da die Bauwerke der Bahn im wesentlichen in Eisen hergestellt werden, aber auch die Fundamentierungen und Steinbauten sind nur an den eigentlichen Frosttagen ausgelegt worden.

**Auf einen neuen Erwerbzweig** ist ein Geschäftsmann in der Friedrichstraße gekommen. Der Mann faucht mit dem, was ihm sein Schuhwarengeschäft adwirft, noch nicht zufrieden zu sein. Als zahlungsfähig besamt, mietet er Ladenlokal in der Friedrichstraße aus, indem er den Hauswirten höhere Preise bietet, behält sich aber jedesmal im Kontrakt die Erlaubnis vor, den Laden anderweitig zu vermieten, wenn er ihn selbst nicht gebrauchen könne. Die Hauswirte steigern nun, dem neuen Angebot entsprechend, dem bisherigen Inhaber die Miete oder kündigen ihm. In diesem Falle steht der neue Mieter ein paar hundert Mark in den Laden hinein, ruft ihn schon heraus und vermietet ihn dann mit einem erheblichen Aufschlag an einen früheren Mieter weiter. Erst wenn es zu spät ist, sehen die Hauswirte, auf was es abgesehen war. Der neue Erwerbzweig verlangt nicht viel Anstrengung und wirft ein hübsches Stück Geld ab, daß er aber unter den Geschäftskleuten keiner besonderen Sympathie begegnet, bedarf wohl keiner Erwähnung.

**Im östlichen Teile der Leipzigerstraße** herrschte Sonntagabend Finsternis. Die neue Leitung der elektrischen Lichtanlage versagte und spendete von der Kommandanten- bis zur Charlottenstraße kein Licht. Die alten Gaslaternen konnten nicht als Ersatz dienen, weil man die Glühbirnenlampen entfernt hatte. Da alle Läden geschlossen waren, die jaust auch Licht auf die Straße werfen, so herrschte bei dem regen Verkehr vollständiges Dunkel.

**Vom Märzriedhof.** Die Erkenntnisse des Bezirksauschusses und des Ober-Bewaltungsgerichts in der Prozeschache gegen den Polizeipräsidenten wegen Ausschließung der den Bau eines Kirchhofportals verlassenden Verfügung hat der Magistrat jetzt der Stadtverordneten-Versammlung „zur Kenntnisnahme“ überhandt. „Wir haben beschlossen“, so heißt es in der bezüglichen Vorlage, „von der Vorlegung eines neuen Bauprojektes für ein Friedhofportal Abstand zu nehmen und die Portdeputation zu beauftragen, den Friedhof in einen angemessenen Zustand zu versetzen und darin zu erhalten.“

**Vom Expreßzug überfahren und zermalmt** wurde eine Frau Cohn aus der Kurfürststr. 48. Die Dame war neppös und befand sich in der letzten Zeit in Monte Carlo. In Begleitung einer Tochter und einer Nichte sollte sie von dort am Sonnabendmorgen nach Berlin zurückkehren. Mit Widerstreben bestieg sie, wie das Jugpersonale beobachtete, in Monte Carlo den Süd-Expreßzug, der morgens um 8 1/2 Uhr in Berlin eintrifft. In Mailand nahmen die Angestellten der Schlafwagengesellschaft und die Jugendbeamteten wiederum wahr, daß die alte Dame mit ihren Begleiterinnen eine erregte Unterhaltung hatte und die Absicht kundgab, nach Monte Carlo zurückzufahren. Seitdem merkte man aber nichts Auffälliges mehr. Als die beiden jungen Damen morgens bei Groß-Lichterfelde ihr Nachtlager im Schlafwagen verlassen hatten und sich nach Frau Cohn umsehen, war diese verschwunden. Man suchte den ganzen Zug ab, aber die alte Dame blieb verschwunden. Bei der Ankunft am dem Anhalter Bahnhof telegraphierte man die Stationen der Strecke ab und erhielt dann auch bald die Antwort, daß die Vermittlung zwischen Leipzig und Bitterfeld überfahren und zermalmt auf dem Bahnhöfer liegend aufgefunden worden sei. Wie sie unbemerkt aus dem Zuge hinausgekommen ist, bedarf noch der Aufklärung.

**Ershossen** hat sich der 53 Jahre alte Kassenbote Louis Hertel aus der Adolfsstraße Nr. 7. Der Mann jagte sich am Sonnabendabend auf dem Grundstück Wehrstraße Nr. 60/61, auf dem er beschäftigt war, eine Revolverkugel in die linke Schläfe, bestieg, obwohl er schwer verwundet war, eine in der Nähe haltende Droschke, und ließ sich nach seiner weit entfernt im äußersten Norden der Stadt gelegenen Wohnung fahren. Hier ist er gestern Vormittag seiner Verletzung erlegen. Die Veranlassung zu dem Selbstmorde ist nicht aufgeklärt.

**Als der 24 Jahre alte Student Kaczuski** Sonntag früh von einer Kaiser-Geburtstagsfeier heimkehrte, stürzte er so unglücklich in den Eingang zum Keller seines Wohnhauses, Gartenstr. 171, daß er tot liegen blieb.

**Auch der Verein der Kohlenhändler Südost** verachtet sich in einer Inschrift an uns dagegen, daß er mit dem zur Ausbesserung miffleißiger Arbeiter gegründeten Verein der Kohlenhändler eine Gemeinschaft habe.

**Polizeilich beschlagnahmt** worden ist die Leiche des 78 Jahre alten Arbeiters Louis Helmig aus der Fischerstr. 35, der am Sonntagmittag in seiner Wohnung entleidet vor seinem Bett sitzend tot aufgefunden wurde.

**Das erste Opfer des Eisenbahnunglücks** am Bahnhofe Schönhauser Allee, der Lokomotivbeizer Ernst Leise aus Hummelburg, ist am Sonntagmittag unter großer Teilnahme zur letzten Ruhe beisetzt worden. Das zweite Opfer der Katastrophe ist der Lokomotivführer Julius Tieh aus Hummelburg geworden, der durch den dem Kessel nach dem Abbrechen des Wasserstanddrehes einströmenden Dampf am ganzen Körper schwer

verbrüht wurde. Er ist im Krankenhaus am Friedrichshain seinen Verletzungen erlegen.

**Ueber den Selbstmordversuch einer 74jährigen Greisin** wird aus der Courrier. 37 berichtet. Hier wohnte die 74 Jahre alte Witwe Osterhoff, geb. Wischof, seit sieben Jahren bei ihrem verheirateten Sohne, einem Dreifachentwärtler. Schon seit einigen Jahren nervenkrank, künzte sich die Greisin, als ihr Sohn ausgefahren und die Schwiegertochter im Nebenzimmer war, am Sonntagmorgen um 6 1/2 Uhr aus dem Fenster ihres im ersten Stock des Quergebäudes gelegenen Schlafzimmers auf den gepflasterten Hof hinab. Nachbars, die ihren Lufzettel hörten, eilten ihr zu Hilfe. Ein Arzt stellte einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Armes fest und ließ die Lebensmilde nach dem Krankenhaus am Urban bringen.

**Theater.** Im Deutschen Theater geht am nächsten Sonnabend, den 3. Februar, Gestalt Dampfwagens Vollenpfeils „Schluß und Jan“ mit folgender Besetzung der Hauptrollen zum erstenmal in Szene: Don Rand - Otto Sommerhoff; Karl - Hermann Rissen; Frau Helma - Eise Lehmann; Sibylla - Elfe Peters; Schluß - Hans Fischer; Jan - Rudolf Wittner; Malmeira - Max Reinhardt; Dolmetscher - Bruno Köhler; Hadu - Bruno Jenes; Vollenpfeil - Richard Ballentin. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „Amphitruon“, Lustspiel in drei Akten nach Molière von Heinrich v. Kleist in folgender Besetzung der Hauptrollen: Jupiter - Albert Voss; Neferus - Georg Völsche; Amphitruon - Ferdinand Gregori; Sokrat - Alfred Schmalow; Alkmeon - Alois Wiede; Charis - Gertrud Enoldt. In dem darauf folgenden einaktigen Lustspiel Kleists: „Der zerbrochene Krug“ sind die Damen Meyer, Adelt, Werner und die Herren Thamer, Schmalow, Jolin, Dohler besetzt. - Im Carl Weichs Theater gelangt heute zum erstenmale das realistische Lustspiel „Die Jagd nach dem Glück“ oder „Die Jüdin“ zur Aufführung.

**Feuerbericht.** Montagvormittag wurde die Wehr nach Velleallianenstraße 4 gerufen, wo Gas aus einer undichten Leitung ausgetreten war. Die Gefahr einer Explosion wurde beseitigt. Bald darauf lief eine undeutliche Feuermeldung ein, und da nicht festgestellt werden konnte, woher dieselbe kam, blieb nur übrig, sämtliche öffentlichen Melder der bezüglichen elektrischen Meldeleinie abzufahren. Früh 3 Uhr mußte Krausenstraße 59 ein Vollenbrand abgelöscht werden. Zur selben Zeit gingen Wallstraße 72 Garbinnen und Kleidungsstücke in Flammen auf, während Adolfsstraße 12 ein Posten Stroh auf offener Straße eingekäschert wurde. Grober Unfug an öffentlichen Meldern verurteilte in der Nacht zum Sonntag Klammern nach der Admiralsbrücke, Stallischeiberstraße und Alten Jakobstraße. In allen Fällen entkam der Thäter.

### Aus den Nachbarorten.

**Stralaun-Rummelsburg.** Infolge eines Verfehlers der Redaktion ist die am Sonntag abgehaltene Versammlung für Dienstag angezeigt worden. Was mich die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß heute keine Versammlung stattfindet.

**Niedorf.** Der Stadtverordneten-Versammlung lag in ihrer gestrigen außerordentlichen Sitzung ein Antrag des Magistrats vor, das naturhistorische Schulmuseum des Lehrers Fischer für die Stadt zu erwerben. Herr Fischer beansprucht nur 4000 M., die er selbst für gekaufte Gegenstände zu zahlen hat. Im übrigen will er die Sammlung unentgeltlich der Stadt übergeben. Der Magistrat befragte die Bewilligung der 4000 M. Was den Betrieb des Museums betrifft, so sind für die erste Zeit Änderungen nicht in Aussicht genommen. Ein Recht auf die dauernde Leitung soll Herrn Fischer oder nicht eingeräumt werden. Hiermit hat sich der Herr seiner Zeit einverstanden erklärt. - Die meisten Redner, auch die sozialdemokratischen, traten für die Vorlage ein. Im Laufe der Debatte legte Herr Fahrenkrug einen Brief des Herrn Fischer vor, wonach er die Zusicherung erwartete, daß nach wie vor die Oberleitung in seinen Händen verbleibe. Wärrigenfalls nehme er vorläufig von der Uebergabe des Museums Abstand. Da weder der Magistrat noch die große Mehrheit der Stadtverordneten geneigt waren, jene Zusicherung abzugeben, zog Bürgermeister die Vorlage zurück. (Allesittiges Bravo.) - Es wurde dann verhandelt über den Grundbesitz zum Bau einer Turnhalle. Stadtv. Wuyll (Soc.) sprach hierbei die Erwartung aus, daß die neue Stadtverwaltung den Turnvereinen mehr entgegen kommen möge, wie es früher die Gemeindeverwaltung gethan habe. Die Vereine wollten die Turnhallen ja nur gegen eine Entschädigung benutzen, die der Stadt zu gute komme. Unter „Allgemeines“ griff Reherau (Soc.) den Stadtv. Wuyll wegen seines Vorgehens gegen die als Hausbesitzer gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten bestig an. Er warf ihm vor, daß er sich vor und während des Verwaltungstreitverfahrens beim Bezirksamt nicht mischen benommen habe. Herr Wuyll antwortete, daß es sein Bestreben stets gewesen sei, die sozialdemokratischen Elemente von allen Verwaltungsangelegenheiten fernzuhalten.

**Aus der Stadt der Millionenbauern.** In Schöneberg soll die höhere Mädchenschule belanlich provisorisch in einem Gemeindefchulhause untergebracht werden. Dies stößt den Parvenüs am Orte vor den Kopf. Ein Lokalblatt meint: „Es steht zu erwarten und ist fast als sicher anzunehmen, daß eine große Reihe von Eltern „höherer Töchter“ - wir wollen einmal diesen Ausdruck gebrauchen - sich nicht werden einfinden können, ihre Kinder mit den Gemeindefchulkindern in ein Haus zu schicken. Wenn von uns auch nicht gesagt werden soll, daß die Gemeindefchulkindern schlechter seien, als die höheren Töchter, so bleibt es doch immer dabei bestehen, daß in den Familien dieser eben ein anderer Ton herrscht als in denen jener. Und wir sind der Ueberzeugung, daß die Eltern einen so nahen Kontakt, wie er durch ein gemeinsames Schulgebäude erzeugt werden muß, nicht wünschen. In anderer Beziehung haben wir die Bedenken auch bezüglich der Gemeindefchulkindern. Schon früh sehen sie den Luxus der oberen Zehntausend und werden dadurch leicht unzufrieden mit ihrem Los und nehmen aus der Schule einen schlimmen Eindruck, der bei einem Kindesgemüt unauflöslich haftet.“

**Eine Aufnahme der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslöcher Charlottenburgs** hat das Statistische Amt der Stadt anfangs November 1899 veranstaltet. Zu dieser Zeit betrug nach der R. V., die Zahl der leerstehenden Wohnungen 645 gegen 501 im Mai 1899 und 789 im November 1898, die der leerstehenden Läden und Geschäftslöcher mit Wohnung 187 (184 - 254), ohne Wohnung 128 (126 - 68). Wohnungen von 1 Zimmer ohne Küche standen leer 6 (4 - 9). Mit Küche waren frei 19 (26 - 78) 1 zimmerige, 31 (50 - 109) 2 zimmerige, 122 (103 - 149) 3 zimmerige, 94 (80 - 88) 4 zimmerige, 75 (58 - 58) 5 zimmerige, 218 (205 - 236) 6 zimmerige, 59 (52 - 82) 9/10 zimmerige und 21 (18 - 18) 11/12 zimmerige Wohnungen. Die meisten leerstehenden Wohnungen, nämlich 117, wies der Stadtbezirk XIX auf, der auch die meisten leerstehenden Läden und Geschäftslöcher, nämlich 50, zählte. Keine Wohnung stand leer im IV. und im IX. Bezirk, ebenso war im IV. Bezirk kein leerstehendes Geschäftslöcher vorhanden.

### Berichts-Beitrag.

**Augsburger Krawallprozess.** Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gab der Staatsanwalt Gollwitzer in seiner Zeugnisaussage zu, daß die Einladung des Regierungspräsidenten zu einer Konferenz zwischen Meistern und Arbeitern abgelehnt worden sei, weil man nicht mit den Agitatoren verhandeln wollte. Wirklich sind die Meister nicht geworden. Es hat sich hauptsächlich um eine Nachfrage gehandelt; wir müssen darauf bestehen, daß wir die Herren bleiben auf unserem Standplatz.

**Staatsanwalt.** Die Verteidigung hat früher behauptet, daß die Meister ihr Wort gebrochen und die Arbeiter mit Scheinvorteilen geizt haben! **Rechtsanwalt Dr. Bernheim:** Ich habe in der landgerichtlichen Verhandlung gesagt, daß den Arbeitnehmern die Arbeitgeber als wortbrüchig bezeichnet worden sind und ich habe weiter gesagt, daß es den Arbeitern schaden mußte, daß sie von den Meistern

geizt und daß ihnen nur Scheinvorteile bewilligt worden sind. Ich habe das gesagt, gestützt auf die Mitteilungen des Herrn Mülleger, an den Polizeioffizianten Fischer.

**Vorsitzender:** Ja, aber worin besteht denn eigentlich der Scheinvorteil?

**Rechtsanwalt Dr. Bernheim:** Kein vernünftiger Arbeiter geht auf einen Maximallohn ein. Die Meister haben erklärt: Wir geben 3 Pf. Aufbesserung, aber wir legen einen Maximallohn von 43 Pf. fest und behalten uns die Klassifizierung vor. So wurden auf der einen Seite 3 Pf. eingesetzt und auf der andern durch die Klassifizierung wieder weggenommen.

**Vorsitzender:** Wenn man vom Rechtsstandpunkt sich entfernt und auf den Standpunkt der Moral sich begiebt, dann ist doch die Frage aufzuwerfen, ob der Streik vom Standpunkt der Moral aus berechtigt ist oder ob nicht von Alters her der Satz gilt: Mühsiggang ist aller Laster Anfang!

**Rechtsanwalt Dr. Bernheim** zum Zeugen Architekt Mülleger: Warum haben die Meister die Vermittelung des Herrn Regierungspräsidenten abgelehnt?

**Zeuge:** Es wurde ein Vermittelungsversuch deshalb abgewiesen, weil er erstens sehr spät kam und weil ferner die Meister erfahren mußten, daß die Maurer in ihrem Vorgehen gegen die Arbeitswilligen nicht das beste Zeugnis verdienen. Der Herr Regierungspräsident hat uns am 24. Juni zu sich beisehen lassen. Es hat in unserm Kreise das Depressiert, daß der Regierungspräsident und der Fabrikinspektor nicht zu den Meistern gekommen sind, die doch mehr zu den staatsverhaltenden Elementen gehören, sondern erst die Herren Bug u. Wehringer empfangen haben. Das mag mit zu der Verstimmung der Meister beigetragen haben.

In ausführlicher Auslage bleibt der Vorsitzende des Centralverbandes der Maurer, Bömelburg, ein Bild von den Ursachen des Ausstands und dem Verhalten der Meister, das zu den bedauerlichen Vorgängen geführt hat. Auf das Streikflugblatt zu sprechen kommend, bemerkt Bömelburg: Der Inhalt des von der Streikkommission herausgegebenen Flugblatts entspricht nicht den Thatsachen; es sind da die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt. Das Flugblatt ist während des Streiks veröffentlicht worden, wo die Gegenläge viel schärfer waren. Doch am 16. Mai neue Forderungen seitens der Maurer aufgestellt wurden, das war nur die logische Folge dessen, was vorhergegangen war, wollte man doch nicht um die 3 Pf., sondern für den Minimallohn kämpfen. Ein Wortbruch der Meister im juristischen Sinne des Wortes liegt nicht vor. Es hat sich nur um vereinbarte Einigungsvorschlüge gehandelt. Die Delegierten waren nur gebunden, diese Vorschlüge ihren Versammlungen zu unterbreiten. Aber ich mache den Meistern den Vorwurf, daß sie es wegen Kleinigkeiten zum Streik kommen ließen, den sie mit einem Worte leicht hätten vermeiden können.

**Fabrikinspektor Gähler** konstatiert, daß der Regierungspräsident durch die formlose Ablehnung seines Vermittelungsversuchs seitens der Meister sicher peinlich berührt wurde. Dagegen hätten sich die Arbeiter persönlich beim Herrn Regierungspräsidenten für seine Bemühungen bedankt.

**Vorsitzender:** Was halten Sie für das Beste, um solche Streiks zu verhindern?

**Zeuge:** Am allerbesten wäre es wohl, wenn beide Teile sich unter Vorhild des Fabrikinspektors zu einer Konferenz vereinigen. **Vorl.:** Das beste wäre wohl ein Schiedsspruch.

**Zeuge:** Allerdings, in erster Linie ist hierfür das Gewerbegericht zuständig.

**Rechtsanwalt Dr. Bernheim:** Da möchte ich doch daran erinnern, daß Herr Rechtsanwalt Väder erklärt hat, er habe als Vorsitzender des Gewerbegerichts beide Teile eingeladen, aber die Meister beizubringen, wäre nicht gelungen, während die Maurer zur Nachgiebigkeit bereit waren.

**Vorl.:** Das ist immer nur freier Wille. Der Zeuge bestätigt auch auf eine Frage des Verteidigers Dr. Bernheim, daß die Arbeiterorganisationen nach den übereinstimmenden Berichten der Fabrikinspektoren in hohem Maße dazu beigetragen haben, daß die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern einen friedlicheren Charakter tragen.

Zur Belastung der einzelnen Angeklagten führt die Staatsanwaltschaft eine Anzahl Schutleute als Zeugen vor.

Eine Reihe von Zeugen, die bereits in der landgerichtlichen Verhandlung vernommen worden sind, sagen über grüßliche Ausschreitungen der Schutleute sowie insbesondere auch über die Mißhandlung der Frau Singer und über die Vorgänge im Auguleinischen Garten aus.

**Augsburg, 29. Januar.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Urteil ist heute gesprochen; es lautete dahin: Sämtliche 13 Angeklagte sind zu verurteilen. Es werden Strafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr 2 Monaten verhängt. Die über die Beurteilungen ausgesprochene Strafe beträgt insgesamt 1/2 Jahr Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird voll angedreht.

### Aus der Frauenbewegung.

Die Gründung sozialistischer Frauenorganisationen beschloß der Provinzialkongress der Sozialisten von Piemont, der am 8. Januar in Alexandria tagte. Die diesbezügliche Resolution besagt, daß sozialistische Frauenorganisationen in den Städten wie auf dem Lande gegründet werden sollen, um das Klassenbewußtsein der arbeitenden Frauen zu wecken und zu kräftigen, und um der Schmutzkonkurrenz entgegenzuwirken, welche auf wirtschaftlichem Gebiet die weiblichen den männlichen Arbeitskräften machen. Wie die Lombardei so ist auch Piemont industriell hoch entwickelt. Mit der modernen Industrie zusammen treten jene Einrichtungen auf, welche für die kapitalistisch ausgebeutete Frauenarbeit charakteristisch sind und zur Aufklärung und Organisierung der werktätigen Frauen drängen. In der Lombardei und Piemont, welche die Hauptziele der sozialistischen Arbeiterbewegung Italiens sind, erkennen deshalb die Genossen besonders klar die Notwendigkeit, die Frauen zu bilden und zu organisieren, um sie zu Arbeits- und Kampfgeschäftigen zu machen. In der Lombardei, besonders aber in Mailand, sind schon seit Jahren kräftige Anstöße vorhanden zur Lösung dieser Aufgabe, insbesondere auch zur gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen. Daß nun auch die piemontesischen Genossen in der gleichen Richtung wirken wollen, ist mit Freuden zu begrüßen.

### Sociales.

Die Abschaffung der Hausarbeit erreichten die Handschuhmacher in Halberstadt durch Vereinbarung mit den Unternehmern. Danach hört mit dem Anfang des nächsten Jahres die Hausarbeit gänzlich auf und die Fabrikanten haben sich verpflichtet, auch für die Zukunft keine Hausarbeiter mehr anzustellen.

Eine außerordentliche Arbeitslosigkeit herrscht zur Zeit, wie uns von dort berichtet wird, in Gütstrow (Medl.-Schw.). Es feiern 83 Maurer, nämlich ca. 50 Zimmerer und 1000 von den etwa 1600 Arbeitslosen. Die Ursachen sind lokaler Natur. In einer am 22. d. Mts. abgehaltenen Arbeitslosen-Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, Magistrat und Bürgerausschuß anzugehen, Arbeiten, die sich zur Zeit ausführen lassen - es sind für mehrere bereits Gelder bewilligt, aber immer noch nicht ausgeführt - sofort in Angriff nehmen zu lassen, um dem Elend unter der Arbeitermasse in etwas zu steuern. In der Sitzung vom 23. d. M. ist nun vom Bürgerausschuß nach dem Gütstrower Anzeiger der Beschluß gefaßt worden, den Magistrat zu eruchen, Arbeiten, die sich schon jetzt herstellen lassen, ausführen zu lassen, im übrigen aber auch das Roden von Stämmen in unsern städtischen Waldungen hinzuweisen, wo bei Fleiß und Ausdauer immer noch ein kleiner Tagelohn zu verdienen ist. - Zur Sprache kam auch, daß in dem Arbeiterstande wieder auf eine größere Schweinehaltung hingewirkt werden müsse, welche dem Wohlstande des Arbeiters ganz besonders zu nütze komme.

Stämmernoden ist ganz gut, man kann wirklich 7 bis 8 M. die Woche dabei verdienen - wenn man sich das nötige Werkzeug und Sprengpulver dazu anschaffen kann und wenn man - für die getroderten Stämme einen Abnehmer findet. Man muß dieses Geschäft nämlich auf eigene Hand betreiben, und Abnehmer für das Brennholz, namentlich wenn da eine größere Anzahl Arbeiter mit dem Handel anfangen, wo sind die in solcher Kleinabst zu finden. Das ist also ein sehr billiger Rat, ebenso billig, wie die vermehrte Schweinehaltung, die für den gewerblichen Arbeiter nur eine Last ist.

### Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 18. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor: Das Schicksal - Eine neue Gesamtübersicht der pädagogischen Wissenschaft. Von H. Koh - England und Ausland in Wien. Von Heinrich Unow. - Zur Lage der Arbeiter in der Eisenindustrie. Von Wilhelm Dümel. - Von der Landfrage und aus der Hohehe. Von Hans Schmidt. - Literarische Rundschau: Maximilian Vah, Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848. H. Schurz, Grundriß einer Entschuldigungslehre des Volkes. Von Heinrich Unow. G. Vaggia, Catechismus de l'Ouvrier. Kurt Rater, Politische und soziale Bewegungen im deutschen Bürgerium zu Beginn des 18. Jahrhunderts, mit besonderer Rücksicht auf den Schweizer Ausstand im Jahre 1812 - Heftelchen: Die Erblichkeit. Von Maxon Forester. Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Loh.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben die Nr. 3 des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien hier hervor: Auktual der Vertrauensperson - Die vorübergehende Erziehung. - Die Unterdrückung der weiblichen Selbstenne von Louise Zieg in Hamburg. - Zur Beurteilung der „Waldenheime des Evangelischen Diakonieverbandes“. Von Professor Dr. Zimmer - Aus der Bewegung. - Revisionen: Gunderrot. Von Heinrich Vontopp. (Schluß) - Rotzenteil von Ely Braun und Clara Jettin: Weibliche Fabrikinspektoren - Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen - Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation - Dienstbotenfrage - Frauenstimmrecht - Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. - Frauenbewegung.

Im Verlage von J. H. W. Dieck Nachf in Stuttgart ist soeben Heft 3 und 4 des „Arbeiterrecht“ von Arthur Stadthagen, Mitglied des deutschen Reichstags, erschienen. Dem Werke direkt angehängt ist der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Mit vielen Beispielen und Formulare für Klagen, Anträge und Beschwerden usw. - Alle acht Tage erscheint ein Heft.

### Marktpreise von Berlin am 27. Januar 1900

nach Erntestellungen des lat. Vorkriegsstandes.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,10
*) Weizen	15,20	14,-	Rindfleisch	1,60	1,-
*) Roggen	14,20	13,60	Dammfleisch	1,60	1,-
*) Futter-Weizen	15,00	13,-	*) Dannefleisch	2,60	2,-
*) Hafer gut	15,-	14,20	*) Butter	60	6,-
*) mittel	14,10	13,40	*) Eier	1 kg	2,20
*) gering	13,30	12,60	*) Kalb	2,80	1,40
*) Milchsch	4,-	3,82	*) Kalb	2,80	1,-
*) Heu	7,-	4,80	*) Rind	1,80	1,-
*) Erbsen	40,-	25,-	*) Schweine	1,60	0,80
*) Erbsenrohnen	45,-	26,-	*) Gänse	2,80	1,40
*) Hülsen	70,-	30,-	*) Schafe	1,40	0,80
*) Kartoffeln, neue	7,-	5,-	*) Rindfleisch	12,-	3,-
*) Rindfleisch, alte 1 kg	1,80	1,20	*) Rindfleisch	12,-	3,-
*) Band	1,20	1,-			

\*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsminister - mit ungedeckeltem vom Vorkriegsstandes für den Doppelcentner. \*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 29. Januar. Der Getreidemarkt verkehrte in schwacher Tendenz. Die Käufer bevorzugten große Refecto; der Berliner Hausbewegung begegnete man hier mit großem Mißtrauen, da man die Sachhandelsvermittlung in Frankreich für verächtlich hält. Außerdem drücken reichliche und billigere Offerten aus Ausland. Dazu kam, daß die nordamerikanischen Notierungen wider Erwarten nur wenig erhöht sind. In russischem Hoogen wurden einige Abschlüsse für Februar-Märzabladung geschlossen. Weizen und Roggen waren bei beschränktem Umlauf im Preise kaum verändert. Hafer lag lustlos trotz besserer Berichte aus Ausland. Rüssel behauptet.

Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter loco mit 65,00 (- 0,10) gehandelt.

### Witterungsübersicht vom 29. Januar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 6 u. 9 Uhr	Stationen	Baromet. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 6 u. 9 Uhr
Swinemünde	753	ONO	4	bedeckt	1	Bayreuth	767	ONO	4	bedeckt	-9
Dammsburg	753	ONO	2	bedeckt	1	Petersburg	764	ONO	3	bedeckt	3
Berlin	751	ONO	3	bedeckt	2	*) Kopenhagen	764	ONO	3	bedeckt	4
Wiesbaden	744	ONO	4	bedeckt	3	*) Altona	763	ONO	4	bedeckt	4
München	743	ONO	3	bedeckt	2	*) Paris	749	ONO	3	bedeckt	1
Wien	747	O	2	Schnee	0						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Januar 1900. Bismlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen, mäßigen westlichen Winden und langsam sinkender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

**D. 666.** Das Mittel lautet Reiter-Reiter. Das Buchstabenpaar haben Sie nicht richtig mitgeteilt und kann daher nicht gelöst werden.

**D. W. 1.** Die neueste Literaturgeschichte ist von Richard M. Meyer, und hier bei Bondy erschienen. - Ueber die Charakterbewegung, Marx, Engels und Bakunin informieren Sie sich am besten in W. u. S. 1. Lexikon, wo Sie näheres über die einschlägige Literatur finden.

**D. B. 1. Rein. 2. Ja.** „Wittnis“. Wir können der Angelegenheit nur näher treten, wenn Sie uns Ihren Namen z. nennen.

**R. 9.** Wähten Sie sich nicht zunächst statt des halden Berlinischen Jeldons der deutschen Sprache bedienen?

**R. 99. 100.** Die Schöneberger Polizeibeamten trugen bis 1. Oktober 1896 eine blaue, der königlichen Polizei gleiche Uniform. Von diesem Zeitpunkt an wurde die sogenannte rote Uniform eingeführt, welche bis zum 1. April 1898 (dem Stadtwortren Schönebergs) getragen wurde.

**R. Str. 201.** Ihre Ehefrau kann den Antrag, Sie zum Vormund ihres außerrechtlichen Kindes zu machen, stellen. Unten dahin gehenden Antrag könnten Sie an das Vormundschaftsgericht stellen, in dessen Ermessen es liegt, den Antrag zuzustimmen. Sie thun gut, zur Begründung lediglich solche Umstände hervorzubringen, die im Interesse des Kindes liegen.

**J. 2. 1.** Die Armentkommission hat die Unternehmung einzuwickeln, sobald der Unterlegte nicht mehr hilflosbedürftig ist. **J. 2. 3. 14.** Ja, Sie können aber beim Flecker und der Schuldposition um Abschied ankommen. - **Oldenburg.** Wenn Ihre Schwester keinen anderen Grund hat, muß Sie nun erst auf Deckung des ehelichen Lebens achten. Sie mag zu diesem Behuf zunächst das Armenrecht erwirken. - **O. Große.** Sie teilen zu den Akten mit, wann und in welcher Sache Sie bereits den Eid geleistet haben. - **R. A. 240. Ja.** - **W. W. 52. 1. Ja. 2. Rein.**

**R. 2.** Die Paragrafen bedrohen denjenigen mit Strafe, der den im Interesse der öffentlichen Ordnung erlassenen Anordnungen der Straßenpolizei nicht Folge leistet. - **Reinle. Ja.** - **1000. 1.** Die Unternehmung beträgt für die Frau und alle Kinder (je nach der Größe der Vermögen) höchstens 60 Proz. des sogenannten Jahres-Arbeitsverdienstes. Die sozialdemokratischen Kreise gestatten Anträge auf vollen Schadenersatz sind von den Preussischen, Koniwrentativen, Ultramontanen und der Regierung bekämpft. 2. Das nach der Verurteilung geborene Kind ist ebenfalls zu unterstützen. Die Unternehmung beträgt 15 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes für das Kind, 20 Proz. für die Mutter. Diese Unternehmungen sind aber nach dem Weis, auch wenn, wie in ihrem Fall, 5 Kinder vorhanden sind, so zu kürzen, daß Mutter und Kinder zusammen nicht mehr als 60 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes erhalten. - **W. J. 25.** Sie haben zu zahlen. - **J. 50.** Kommen Sie in die Sprechstunde.

**Stener.** Der Betreffende soll einen Antrag auf Eröffnung der Rechte auf Vollrente einreichen. - **R. A. Unerschütterlich.** - **O. G. H.** Der neue Erbeher kann bis am 3. April um 1. Juli kündigen. - **R. W. 1. und 2. Rein. 3. Ja.** - **Rückers Tiergarten.** 1. Durch die Eintragung in die schwarze Liste hat der Gildesher weitere Rechte nicht. 2. 20 Pf. bis 30 M. in jeder Buchhandlung zu haben. 3. Firmen und dergleichen empfehlen wir nicht. Was Sie suchen, können Sie im zweiten Teil des Adreßkalenders finden. - **R. J. 31. Rein.** - **W. Ja.**

**G. 2. 17.** Ist kein Testament vorhanden, so tritt die gesetzliche Erbfolge ein. Danach erbt der Ehegatte den ganzen Nachlaß, wenn weder Kinder, Enkel usw., noch Eltern, Großeltern usw., noch Geschwister,

Geschwisterkinder usw. vorhanden sind. Hinterläßt der Ehegatte Kinder, Enkel usw., so erbt die Ehegattin ein Drittel, drei Viertel erhalten die Kinder und übrigen Abstammung. Hinterläßt der Ehegatte Eltern, Geschwister oder Großeltern, so erhält der Ehegatte die Hälfte des Nachlasses. Sind keine Kinder vorhanden, so bekommt der Witte überdies noch den Voraus (Sachen, die zum ehelichen Haushalt gehören) und die Hochzeitsgeschenke. Soweit aus ihrer Verfügung erichtlich, erbt in ihrem Fall die Ehefrau die Hälfte, der Bruder, die Schwester und die Geschwisterkinder je ein Sechstel (nach Abzug des Voraus). — W. 301. Selbstverständlich.

Schod. 1. Das ergibt ihr Programm. 2. Rein 3. Wenn Sie die Sache interessiert, teilen Sie die Verhandlungen nach, die bei Gelegenheit des letzten Patentgesetzes gemacht sind. — U. S. 1000. Waschen Sie ein wechselfähiges Tuch, wie es im „Wärmers“ vom 7. d. Mts. dargelegt ist. — H. S. 99. Die Pfandung ist zulässig; die Ehefrau kann aber mit Erfolg intervenieren. — K. S. 36. Verwandte können Feinde sein. Darüber, ob Sie hinreichend legitimiert sind, entscheidet der Standesbeamte nach freiem Ermessen. — W. S. 32. 1. Rein. 2. Der Briefbogen des „Vorwärts“ vom 7. d. Mts. enthält die Angabe, wie ein eigenhändiges

wechselfähiges Tuch zu waschen ist. Man kann dasselbe selbst auch waschen oder auch einem Rotaz oder Wersch zur Aufbewahrung übergeben.

### Briefkasten der Expedition.

Sonntags-Inserate. Da am Sonnabend seitens der Post nur bis 9 Uhr früh besetzt wird, sind mehrere Briefe mit Inseraten erst am Sonntag früh bei uns eingegangen, so daß die betr. Inserate erst in die heutige Nummer aufgenommen werden konnten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, 30. Januar.  
**Cyrenhaus.** Così fan tutto. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Nathan der Weise. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Probefandibul. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Festnacht. Border: Die städtische Forderung. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Der goldene Käfig. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Amphitryon. Hierauf: Der zerbrochene Krug. Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Weiten.** Der Zigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kellding.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Minna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.  
**Victoria.** Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Boerenzug in Transvaal. Anfang 8 Uhr.  
**Welle.** Alliance. Gekipiel des Schiller'schen Bauern; Theaterstück über den Schiller. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.  
**Mythos.** Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Leute von heute. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 6 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Jubaltheater. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstraße 48/49.** Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.  
Im Hörsaal: „Chemie der Toilette“.  
**Tägl. Sternwarte.** Nachmittags 5-10 Uhr.

### Kathreiner Malzkaffee

besitzt in hohem Grade das Aroma des Bohnenkaffees. Er ist daher ein wirklich geschmackverbessernder Zusatz und jedenfalls der beste Ersatz für Bohnenkaffee.

### Urania

Taubenstraße 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.  
Hörsaal: „Chemie der Toilette“.  
Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Zum vorbestimmten: Niagara-Feen, Kunsttruppe auf dem 60 Fuß hohen Drahtseil. Feuertanztruppe, Akrobaten, Latouré, Miniaturschauspieler. Cochr. Wardini, Gebrüder Wichmann, Cleo de Vitá, Bendix etc.  
Um 8 1/2 Uhr: Zum letztenmale das mit so kolossalem Vacherfolg aufgenommene humorvolle Lebensbild **Leute von heute.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Soverauf 11-1 Uhr. Mittwochs, 31. Januar: **Sommerfeld-Benefiz.**  
Sonnabend: **Palast-Theater.** Maskenball. Große Preis-Verteilung.

### Centralverband der Handels-Transport- u. Verkehrsarbeit.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der **Kolllischer Wilhelm Adler,** verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmastrahofes (Hermannstraße) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Ortsverwaltung Berlin.**  
Freunden und Bekannten zeigen wir hierdurch ganz besondere Verbindung an, daß unsere überaus gute Mutter und Schwiegermutter am 27. cr., mittags 11 Uhr, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. cr., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmastrahofes aus statt. 21176 Helene, Gertrud u. Leonhard Buchholz u. Frau Auguste.

### Anatomisches Museum.

Im **Passage-Panoptikum** geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr: Vortrag eines hiesigen Arztes: **„Ueber das menschliche Auge“.**  
Montag für Herren, Dienstag für Damen.

### Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**  
Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Soverauf 40 Pf.

### Danksagung.

Zuge allen Freunden und Bekannten für die zahlreichen Beweise der Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Licht nebst Kinder.** Brunnenstraße 55.

### CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!  
**Cecil Rhodes Chamberlain Ohm Krüger General Joubert Boerensoldaten. Cindarella.**  
Drei Märchengruppen.

### American-Theater.

Dresdenstr. 66. Dir.: Emil Schnabl.  
Der **2 1/2 Meter Riese Wilkins** 2 1/2 Meter  
in **Berliner Boulotte.**  
Vorher: Eine Generalprobe von Maria Smart. Bestehe in 1 Akt. Anfang 8 Uhr. Vorgangsбилет 5 Pfennig.

### Danksagung.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten, sowie dem Metallarbeiter-Verband, dem Bahndienst des sechsten Kreises, dem Vorstand der Firma Reichlich, der Kasse der Feingewerbeten und besonders Herrn Ed. Wegner für seine tröstlichen Worte bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers **Albert Opitz,** sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.  
**Frau Opitz nebst Kindern** 21223 und Schwiegereltern.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmale: **Amphitryon.** Lustspiel in 3 Akten nach Molière von Heinrich von Kleist.  
Hierauf: **Der zerbrochene Krug.** Lustspiel in 1 Akt v. Heine u. Kleist.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Amphitryon.** Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Amphitryon.** Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.  
Rohität. Zum 1. Male: **Rohität. Die Jagd nach dem Glück** oder: **Die Diebin.**  
Realistisches Lustspiel in 3 Akten mit 10 Rollen v. Carl Weiss. Musik v. H. Fall. In Szene gesetzt v. J. P. Hill. Anf. 8 Uhr. Vorgangsбилет 5 Pfennig. Hier u. folg. Tage: Dieb. Vorhänge.

### W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.  
**Goldene Berge.** Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Wilken und Jacobson. Musik von W. Noack.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

### Central-Arbeits- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter G. S.  
**Zentrale Charlottenburg.**  
Mittwoch, den 31. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im **Total Leder, Bismarckstraße 74:**

### Metropol-Theater

Behrenstraße 55/57.  
Nur noch 2 Tage **Liane de Vries.**

### Cirkus Busch.

Deute abend 7 1/2 Uhr: **Gala-Abend.** Zum 81. Male: **Die Camorra.** Neul zum 1. Male: Neul **Die weisse Dame zu Pferde.**  
Mr. Rivall, der Feuerprinz. Die Rotweiss-Truppe. Der Original-Welt-Jockey-Kitt. von Mr. Hermann Althoff.

### Versammlung.

Tages-Ordnung: Abrechnung vom 1. Quartal 1899. Beschäftigung in Kassenangelegenheiten, besonders betreffs des neuen Statuts. 265,9  
**Der Vorstand.**

### Thalia-Theater.

Tel. Amt 1 Va 6440, Drosselstr. 72/73.  
Täglich: **Nach nie dagewesener Poffen-Lachergel!**  
**Im Himmelhof.**  
Thomas, Thielcher, Selmerding, Junfermann, Paulmüller. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Rapoli. Carmen Rosario.

The Clives. Pauline d'Argent. **Littke Carlsen.**  
sowie das ausgesuchte **Januar-Spezialitäten-Programm.** Um 9 Uhr 30 Minuten

### Wedding-Park

Müller-Strasse 178.  
Jeden Dienstag: **John Dinkels.**

### Blumenhandlung

und Kraumbinderei von **34902 Otto Knabe**  
19a Admiral-Strasse 19a  
ausgezeichnete Blumenstränge, Strauß, Bouquets, Taufgeschenke aller Art.

### Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 30. Januar, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Dr. außerord. Galavorstellung.** **Neue Debüt.** u. a. Orig-Glouton Solo mit seinen dreizehn Pantomimen etc. Nur noch wenige Tage: Die ersten und einzig existierenden tauchenden und schwimmenden Giraffe. Nur noch ganz kurze Zeit: Die phänomenalen fasslich-japanischen Hoffantler. Die 3 Gajdas. Die 12 Akimotos. Die Kraber. Die neuesten anerkannt unerreicht dastehenden Originaladressuren des Dr. Alb. Schumann, des Schöpfers und Erfinders aller neuen Dressuren. **Nur noch einige Aufführungen des glänzendsten Hitzschoufflins Schwarz und Weiß** mit sämtlichen Einlagen.

### Die verkehrte Welt

mit der feinsten Truppe-Revue. Anfang: **Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr.**  
**Sonnabend, 3. Februar: Dritter grosser Metropol-Theater-Masken-Ball.**

### Norddeutsche Sänger.

Biegler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 20 Pf. Vorgangsбилет 15 Pf.

### Fritz Linke, Zimmerstr. 33.

Or. Fröhlich, Mittags- u. Abendstück. **Frühstückes Billard.** Jeden Dienstag: **Frühstück, Leder- und Bekleidung.** 3429L

### Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg!  
**Im Reiche des Indra.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater sowie im „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

### Masken-Garderobe.

Größe Auswahl. Billigste Preise. Verein Preisermäßigung.  
**Fr. Panknin,** Cranicstraße Nr. 178. H. Adalbertstraße 91. Ede Cranicstraße.

### Masken-Garderobe

verleiht billigst. Institut C. Frommholz **Glanzerstr. 78, Ede Adlerstr.**  
Reizende Säulen-Neuheiten. Damen-Perzentolithe in Atlas v. 1,50 M. ab. Vereinen bedeut. Ermäßigung.  
**Künstliche Zähne 2 Mark.** **Blondieren 1 M.** **Zahnziehen völlig schmerzlos.** **Teufelung.** **R. Lange, Blumenstr. 25.** Ede Marienstraße.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Heute Dienstag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** **Reu! Balleretten und** **Doffmanns neue! Schlager** **Siehste liebe Hanne!**  
Mittwoch: **Keine Coiree.**

### Maskenball-Schuhe u. Stiefel

verleiht **Neumann, Drangelstraße 77, früher Sorauerstr. 26.**

### Kraumbinderei u. Blumenhandlung

von **34810 Robert Meyer,** No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
Büdnungs-Kränze, Girlanden, Ballkränze, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Prozess v. Kriegsheim und Genossen.

Die Verhandlung des mehrfach angeklagten Strafprozesses gegen v. Kriegsheim und Genossen hat heute vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I ihren Anfang genommen.

Auf der Anklagebank nehmen Platz: 1. Der Bankdirektor Erich Gottfried Leo v. Kriegsheim, am 14. Oktober 1867 zu Parislow, Kreis Neu-Muppin, als Sohn des Geob. v. Kriegsheim und seiner Ehefrau Luise geb. von Born geboren, evangelisch, unbestraft, seit dem 1. Juli 1898 in Untersuchungshaft, verheiratet, nicht mehr Soldat.

2. Generalagent Arthur Karl Johannes Wilmann, am 19. März 1862 zu Naglow, Kreis Königsberg N. O. geboren, evangelisch, verheiratet, dreimal vorbestraft, seit dem 13. August 1898 in Untersuchungshaft.

3. Agent Gustav Jacobs, unbestraft.

4. Kaufman Karl Puchert, unbestraft.

Die Anklage richtet sich ferner gegen die Ehefrau des Angeklagten v. Kriegsheim, Melanie geb. v. Haenjiens, und deren Schwester Andree v. Westh (alias Goldenberg); sie weilen aber beide im Auslande und es kann deshalb nicht gegen sie verhandelt werden.

Es sind angeklagt: A. v. Kriegsheim: 1. in Gemeinschaft mit Wilmann als Geschäftsführer einer Gesellschaft m. b. H. behufs Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister dem Gericht hinsichtlich der Einzahlungen auf die Stammeinlagen wissentlich falsche Angaben gemacht zu haben; 2. als Geschäftsführer der Gesellschaft die Bücher unordentlich geführt und die vorgeschriebene Bilanz nicht gezogen zu haben; 3. in mindestens 25 Fällen Betrügereien begangen bezw. versucht zu haben, teilweise unter Fälschung von Privatunterschriften; 4. in mindestens zwei Fällen gestohlen zu haben; 5. es unternommen zu haben, einen andern zur Begehung eines Meineids zu verleiten; 6. sich der Untreue schuldig gemacht zu haben; 7. durch mehrere Handlungen von falschen Urkunden Gebrauch gemacht zu haben; 8. durch zwei Handlungen mit der Unterschrift eines andern versehenen Papiers, dessen Anordnungen zuwider, durch Ausfüllung eines unrichtigen Inhalts gegeben zu haben, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen; 9. fremde Sachen unterschlagen zu haben.

B. Wilmann: 1. in 15 Fällen Betrug begangen, 2. dem Angeklagten v. Kriegsheim in einem Falle Beihilfe geleistet und 3. ihn in zwei andern Fällen begünstigt zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

Der Angeklagte v. Kriegsheim

entstammt einer in der Mark mit befestigtem Grundbesitz angelegenen Familie. Er besuchte die Ritterakademie zu Brandenburg a. H., verließ dieselbe von der Oberprima und widmete sich dann dem militärischen Beruf. Nachdem er spielend das Fähnrichszeugen gemacht hatte, trat er in das 24. Infanterieregiment ein und wurde 1887 Offizier. In den Garnisonen Neu-Muppin und Dabelberg begann er bereits über seine Verhältnisse zu leben, hielt sich eigene Pferde und beschäftigte sich viel mit Sport und Jagd. Er soll durch diese vornehmen Alüren in Verbindlichkeiten hineingeraten sein, die früher oder später seinen Ruin zur Folge haben mußten. Ende März 1891 trat er aus dem aktiven Dienst aus und zu den Reserve-Offizieren des Regiments über und am 17. Dezember 1891 ist ihm „beihilflich Nachsichtung des Auswanderungskonkurses“ der Abschied bewilligt worden. Während eines längeren Aufenthalts in Berlin hat er sehr leichtsinnig gelebt und nach seiner Entlassung vom Militär eine regelrechte Verschwendung bis zum Jahre 1893 nicht gehabt. Nach dem Tode seiner Mutter wollte er Kaufmann werden und machte bei dem Bücherrevisor Marcuse einen Kursus in der kaufmännischen Buchführung durch. Dann lernte er durch seine Frau, die damals als

Operettensängerin

am Linden-Theater gastierte, den Bankdirektor Hermann Friedmann kennen und trat zu ihm in enge Beziehungen. Friedmann nahm ihn als Solodir bei der Rheinisch-Westfälischen Bank an und zahlte ihm ein Monatsgehalt von 500 M. Ende 1895 übertrug ihm Friedmann eine Direktorstelle in der von ihm gegründeten Neuen Elektrizitäts-Gesellschaft, er mußte aber im Juli 1896 auf Beschluß des Aufsichtsrats wegen Verdachts der Untreue aus dieser Stellung ausscheiden. Die Anklage bezieht sich im Widerpruch mit den Angaben des Angeklagten — daß dieser nach seinem Ausscheiden völlig mittellos gewesen sei, und beruht darauf, daß gegen ihn eine große Zahl von Zivilprozessen geschwebt hat, die zwar regelmäßig mit seiner Beurlaubung geendet, zumeist aber zu einer Verurteilung der Gläubiger trotz mehrfacher Maßregeln nicht geführt haben. Alle diese Zivilprozesse — die Anklagebehörde zieht 40 solcher heran — betrafen durchweg schuldig gebliebene Zahlungen für aus ersten Geschäften entnommene Waren aller Art, Uniformen, Kleidungsstücke, Juwelen, Delikatessen, Teppiche, Silberfachen, seine Möbel, seine Damenkleider, Cigarren, Glaswaren etc. Zu den Prozeßhelfern gehörten auch verschiedene Rechtsanwälte, die ihre Honorare einfügten, ferner ein Gesangslehrer und die Steuerdeputation des Magistrats, die eine Steuerforderung von 885 M. an v. Kriegsheim hatte. Er hat im Laufe der Jahre daneben auch viele Gläubiger, die ihn besonders bedrückten, befriedigt, da er aber in den Jahren 1894 bis 1898 90 Pfändungen über sich hat ergehen lassen müssen, so glaubt die Anklagebehörde zu dem Schluß berechtigt zu sein, daß seine Vermögensverhältnisse völlig zertrümmert waren. Einen Offenbarungseid hat er nicht geleistet, er soll vielmehr durch einen förmlichen Sicherheitsdienst, mit dem er seine Person umgab, stets verhindert haben, sich den Haftbefehlen zu entziehen. Um nun die Mittel zu seinem Lebensunterhalt zu erwerben, soll der Angeklagte zu den verschiedensten Kunstgriffen, die nun Gegenstand der Anklage sind, seine Zuflucht genommen haben. Mit Pfandleihern stand er in dauernder Verbindung. Er lebte nach den Behauptungen mehrerer Zeugen

auf sehr großem Fuße

und entwickelte namentlich in seinen splendid ausgestatteten Wohnungen in der Bülowstr. 91a und später in der Kochstr. 27 ein Wohlleben, zu dem selbst die angeblichen Einnahmen seiner Ehefrau von 8-10000 M. jährlich nicht ausreichten. Wenn er auf Reisen war oder hier keine feste Wohnung hatte, pflanzte er in den ersten Hotels zu wohnen und ist in Hamburg, Wien, Göttingen und mehreren Berliner Hotels erhebliche Beträge schuldig geblieben. Gerichtlichen und polizeilichen Vorladungen wußte er sich stets recht lange zu entziehen, konnte er einem Termin nicht mehr aus dem Wege gehen, so soll er sich immer auffallend orientiert gezeigt haben, so daß der Verdacht entstanden ist, daß er mit den unteren Organen Fühlung gehabt habe. Mit dem

Angeklagten Wilmann

war er eng liiert. Wilmann wurde v. Kriegsheim's Privatsekretär und war als solcher bis 1897 tätig, indem er dem v. Kriegsheim die vielen Eingaben an die Gerichte schrieb, ihn in Prozessen vertrat, mit den Gläubigern verhandelte und allerlei diskrete Missionen

ausführte. Mit Wilmann zusammen gründete v. Kriegsheim am 23. Juni 1897 die „Internationale Diskontobank, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“ Als Stammeinlage wurden 20000 Mark bei Gericht angemeldet, von denen Kriegsheim angeblich 19500 Mark, Wilmann 500 Mark aufgebracht haben sollten. Es wird behauptet, daß diese Angaben wissentlich falsche gewesen seien. Die Herrlichkeit dieser Bank dauerte nicht allzu lange. Die Angestellten erhielten — wenn überhaupt — ihre Gehälter mit Akz. und Akz., die Gerichtsvollzieher waren ständige Gäste und nach der Verhaftung des Angeklagten wurde das vorhandene Mobiliar im Auftrage von Gläubigern gepfändet und dann das gerichtliche Verteilungsverfahren durchgeführt. Vermittel waren überhaupt nicht vorhanden, die ganze Gründung war von Anfang an nicht lebensfähig. Die Anklage nimmt an, daß eine ordentliche Geschäftsführung überhaupt nicht der Zweck der Bankgründung gewesen sei, der Angeklagte v. Kriegsheim vielmehr andere Zwecke verfolgt haben müsse. Es sei ihm offenbar darauf angekommen, durch die Errichtung der Bank ein Objekt zu schaffen, das von seinen persönlichen Gläubigern nicht angegriffen werden konnte, daneben aber auch einen Kontraktanten zu schaffen, mit dem man nach Gutdünken Geschäfte abschließen konnte. Er soll es nun verstanden haben, bei dieser Bankthätigkeit sich das volle Vertrauen namentlich

junger Offiziere

zu erwerben, wobei wohl der Umstand mitgesprochen haben mag, daß er in seinen Briefen regelmäßig hervorhob, er sei früher Offizier gewesen und sein Name sei auch jetzt noch in der Armee vertreten. Er scheint junge Offiziere und deren Bedürfnis nach Kreditgewährung als ganz besondere Objekte für seine Tätigkeit erkannt zu haben. Die Anklagebehörde behauptet nun, daß er das ihm entgegengebrachte, oft blinde Vertrauen in der schändlichsten Weise mißbraucht und einer Reihe betrügerischer Machinationen sich schuldig gemacht habe, die schließlich zu seiner Verhaftung führten. Den Umfang dieser Betrügereien soll die Verhandlung ergeben. Die Anklagebehörde will nun aber ermittelt haben, daß auch in früheren Angelegenheiten, bei denen es zur Einstellung des Verfahrens gekommen war, die Anklage hätte erhoben werden müssen. Sie meint, daß der Angeklagte seit Jahren nur von Betrügereien gelebt und sich dauernd in denkbar schlechter Vermögenslage befunden habe, und sie folgert daraus, daß bei den früheren Einstellungen des Verfahrens von solchen Voraussetzungen hinsichtlich des Vermögens des Angeklagten und der Glaubwürdigkeit von Zeugen ausgegangen worden sei. Es sind deshalb auch die früher „mangels hinreichenden Beweises“ gegen den Angeklagten eingestellten Sachen wieder aufgenommen worden und werden in dieser Verhandlung einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Die Verhandlungen

sind im kleinen Schwurgerichtssaal statt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Köstler, die Anklage wird durch Staatsanwalt Dr. Kleine und Assessor Dr. Honemann vertreten, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Morris und Bronner für v. Kriegsheim, Rechtsanwalt Max Schneider für Wilmann und Rechtsanwalt Lubinski für Puchert. Da der Prozeß voraussichtlich lange dauern wird, ist ein Ersatzrichter zur Stelle. Als Sachverständige wohnen Bücherrevisoren Dörr und Schunt der Verhandlung bei.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragt Rechtsanwalt Lubinski, unter Berufung auf ein eingereichtes Pflanzattest, die Verhandlung gegen Puchert abzutrennen und auf die Anwesenheit des letzteren zu verzichten. Der Gesundheitszustand des P. sei so schlecht, daß er unter seinen Umständen eine längere Verhandlung ausfallen könne, er sei auch nur an einem einzigen Falle beteiligt und könnte sonst nur als Zeuge in Betracht kommen. — Bei der längeren Erörterung über diesen Antrag bemerkt der Vorsitzende u. a., daß er unter Zustimmung des Staatsanwalts verschiedene Fälle aus dem Rahmen der Anklage überhaupt anscheide. — Der Gerichtshof beschließt die Trennung der Sache des Angeklagten Puchert und dieser verläßt mit seinem Verteidiger den Saal.

Bei dem Aufbruch der Zeugen ergiebt sich, daß eine große Zahl derselben nicht anwesend ist.

Seltene Rücksichtnahme.

Rechtsanwalt Morris stellt bezüglich des Bücherrevisors Schunt einen Ablehnungsantrag. Er behauptet, daß dieser mit v. Kriegsheim persönlich verfeindet sei und aus seinem schriftlichen Gutachten und mündlichen Äußerungen hervorgehe, daß er besungen sei. — Bücherrevisor Schunt erklärt die tatsächlichen Behauptungen für unzutreffend und sich selbst für keineswegs besungen. Er habe sein Gutachten völlig objektiv abgegeben. — Angekl. v. Kriegsheim bietet Zeugen dafür an, daß Herr Schunt persönlich gegen ihn vorgegangen sei. — Staatsanw. Dr. Kleine protestiert entschieden gegen die Behauptung, daß das angegriffene Gutachten irgendwie partiell gefärbt sei. Der Angekl. v. Kriegsheim sei mit seinen ganz unzutreffenden Angriffen auch erst hervorgetreten, als er gesehen, daß das schuldige Gutachten ihm ungünstig ist. — Der Gerichtshof beschließt, um dem Angekl. v. Kriegsheim jedes Gefühl, als ob irgendwie partiell gegen ihn vorgegangen werde, zu nehmen, vorläufig auf die Mitwirkung des Herrn Schunt als Sachverständiger zu verzichten. Ferner wird beschloffen, die Sache Jacobs, der nur an einem einzigen Fall beteiligt ist, abzutrennen und den Angeklagten Jacobs vorläufig zu entlassen.

Aus dem zur Verlesung gebrachten Eröffnungsbeschluss ergiebt sich, daß das Verfahren gegen die Ehefrau und die Schwägerin des Angekl. v. Kriegsheim vorläufig eingestellt ist.

Was ein Hätschen werden will.

Aus der Vernehmung des Angeklagten v. Kriegsheim ist folgendes hervorzuheben: Er war erst 10 Jahre alt, als sein Vater starb; seine Mutter ist im Jahre 1898 gestorben. Nach den Bestimmungen des Vaters sollte nach dem Tode der Mutter unter den Söhnen das Los entscheiden, wenn das Familiengut zu lassen sollte, es ist aber nicht dazu gekommen, die Brüder haben sich aber dahin geeinigt, daß der zweite Bruder in den Besitz des Gutes kam. Schon als er als Schüler auf der Ritterakademie war, wo sich, wie der Angeklagte sich ausdrückt, viele Standesgenossen befanden, hat er weit über seine Verhältnisse hinaus gelebt. Als er von der Schule abging, hat seine Mutter 1000 M. Schulden für ihn bezahlen müssen. Er bestreitet, daß er Schulden halber seinen Abschied vom Militär haben nehmen mußte, dies sei vielmehr der Hauptsache nach wegen seiner Beziehungen zu einer Dame geschehen. Anfang des Jahres 1891 hatte er schon 21000 M. Schulden, die in etwa 4 Monaten auf 30000 M. angeschwollen waren. Als er im Herbst 1889 seinen Abschied vom Militär genommen, ging er dauernd nach Berlin und lernte hier die am Centraltheater engagierte Schauspielerin Frau Korb kennen. Zwischen beiden kam es zu einem intimen Verhältnis, das später der Angeklagte abgebrochen hat. Frau Korb ist jetzt eine Hauptbelastungszeugin, sie will durch das

Eheversprechen

des Angeklagten verleitet worden sein, diesem ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 14000 M. zu opfern, außerdem behauptet sie, daß

ihr der Angeklagte Brillanten in Höhe von 4000 M. widerrechtlich weggenommen habe. Sie hat 14000 M. und 4000 M. gegen ihn eingeklagt und ein Verfallurteil gegen ihn erstritten. Der Angeklagte, der ohne weiteres zugiebt, „wahrheitsgemäß“ gelebt zu haben, bestreitet entschieden die Berechtigung dieser Anschuldigungen. Er habe gar nicht die Absicht gehabt, Frau K. zu heiraten, wenn auch wohl hier und da in dem beiderseitigen sehr intimen Verkehr vorübergehend von Heirat gesprochen sein mag. Er habe mit der K. ein wirtschaftlich wildes Leben geführt zum Entsetzen seiner Angehörigen, sie beide hätten aus einem Portemonnaie gelebt, in dem Lebensverhältnis habe er mit ihr und für sie Unsummen verbräutet und für sie mehr Geld ausgegeben, als sie für ihn. Auch der Erlös der von ihm verfertigten Brillanten sei für gemeinschaftliche Rechnung verbräutet worden. Was das wirtschaftliche Fundament seiner Existenz betrifft, so ergiebt sich aus der weiteren Vernehmung, daß er wohl zumeist vom Schindennamen gelebt haben muß. Da der Angeklagte in dieser Beziehung seine Angaben in manchen Punkten ändert, so nimmt der Vorsitzende wiederholt Veranlassung, ihm recht dringend aus Herz zu legen, bei der Wahrheit zu bleiben und sich die Milde des Gerichtshofes nicht zu verschätzen; er stehe vor der großen Gefahr, bei Ausschluß der Milde eventuell eine Strafe zu erhalten, deren Art schwer auch auf seiner Familie, die schon unter seinen Taten zu leiden habe, lasten würde.

Der Gerichtshof denke gar nicht daran,

mit einem Schulden machenden jungen Offizier philiströs zu reden, der jeden Augenblick auch bereit sein muß, sein Leben in die Schanze zu schlagen. (Als ob ein Arbeiter, der etwa in einen Streikprozeß verwickelt ist, nicht hundertmal häufiger in die Schanze käme, sein Leben im gefährlichen Fabrikbetriebe in die Schanze zu schlagen. D. R.) Er werde prüfen, wo ehrenrührige und strafbare Handlungen vorliegen, aber er müsse sich wahre Aussagen ausbitten. Der Angeklagte giebt an, daß das Verhältnis mit der K. bis Anfang 1893 gedauert habe. Er habe seiner Mutter auf dem Totenbette das heilige Versprechen abgeben müssen, ein anderes Leben zu beginnen und habe dann (1) sein Verhältnis mit Frau K. abgebrochen. Er will sich dann ernstlich um eine Lebensstellung bemühen und auch den Gedanken verfolgt haben,

reich zu heiraten.

Er ist aber von diesem Gedanken abgekommen und hat im Jahre 1894 seine jetzige Frau geheiratet, die seiner Zeit hier im Linden-Theater als Operettensängerin gastierte. Sie hat kein Vermögen gehabt, nach den Angaben des Angeklagten habe sie aber sowohl hier, als auch während ihres Engagements am Karl-Theater in Wien, beim Jerezh-Gastspiel im Lessing-Theater und beim Karl-Schulze-Theater in Hamburg hohe Gagen bezogen. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß sich seine Schulden immerfort vermehrt haben und an dieser Vermehrung seine Frau und seine Schwägerin ganz erheblich beteiligt zu sein scheinen; namentlich scheine die Schwägerin sehr gewandt darin gewesen zu sein, den Sturm der Gerichtsvollzieher auf die Burg abzufangen. Bei der eingehenden Erörterung über die einzelnen Pflichten des Schuldensachens des Angeklagten sind der Angeklagte und der Vorsitzende sehr verschiedener Ansicht über den Umfang der Schulden und das Bemühen des Angeklagten, seine Schulden zu begleichen. Der Angeklagte vertritt fortgesetzt den Standpunkt, daß er nach Kräften Schulden abgezahlt habe und daß seine wirtschaftliche Lage zwar keineswegs eine geregelte, aber doch nicht eine so verzweifelte gewesen sei, wie die Anklage es behauptet. Dem gegenüber bemerkt der Vorsitzende, daß zur Zeit der Anklage noch 50000 M. Schulden und etwa 50000 M. Verpflichtungen infolge des Zusammenbruchs der Friedmann'schen Bank habe und auch zur Zeit, wo er als Direktor der Bank-Gesellschaft 8000 M. Gehalt bezog, keineswegs den ersten Tischen Wille n gezeigt habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Er habe nur diejenigen Gläubiger, die am energischsten und direkt an ihn heranzukommen sind, zu befriedigen gesucht, im übrigen aber stattdessen weiter Schulden gemacht. Der Präsident meint in dieser Beziehung: „Ein Dugend Kunden wie Sie können einen soliden Kaufmann in Grund und Boden ruinieren; da geht dann manche arbeitssame Existenz zu Grunde, die im Kleinen Finger mehr wert ist als hundert von Ihrer Sorte!“ Auf eine Entgegnung des Angeklagten hebt der Präsident hervor, daß v. Kriegsheim von Pfandleihern zu Pfandleihern gegangen sei und sogar seinen Waffensack für 8 M. verlegt und den Pfandschein verkauft habe. Seit 1898, als die Friedmann'sche Gesellschaft ein Ende hatte, hat der Angeklagte eine feste, mit bestimmten Einnahmen versehene Stellung nicht gehabt, er will aber auf der

Reinbahn

am Totalisator viel Glück gehabt haben und schon „berühmt mit großen Schlägen“ gewesen sein, außerdem auch in Wien eine größere Geldsumme als Provision verdient haben. Er bestreitet ganz entschieden, daß er bei Entnahme von Waren auf Kredit schon von Anfang an den Plan gehabt habe, die Lieferanten nicht zu bezahlen. Da nach einer Entscheidung des Reichsgerichts dies aber zur Konstruktion des Betrugs notwendig ist und der dolus eventualis nicht genügt, so scheiden hiernach diejenigen Anklagefälle aus, bei denen nicht noch sonstige betrügerische Vorspiegelungen vorliegen. Der Vorsitzende stellt aus dem Akten fest, daß der Angeklagte gerade zu der Zeit, als er mit Wilmann die Gesellschaft m. b. H. begründete und eine große Einzahlung gemacht haben will, sehr viel mit Pfandleihern und Gerichtsvollziehern zu thun hatte. — Rechtsanw. Morris läßt sich bestärken, daß ein großer Teil der Lieferanten sich nicht aus eigenem Antrieb an die Verbände gewandt habe, sondern durch einen öffentlichen Aufruf des Untersuchungsrichters erst dazu veranlaßt worden sei. Dies trifft, wie Rechtsanw. Schneider behauptet, auch bei dem Angeklagten Wilmann zu. Das Thema

„Untersuchungsrichter“

wird auch noch nach anderer Richtung hin berührt. Der Vorsitzende weist gelegentlich darauf hin, daß der Angeklagte v. Kriegsheim in der Voruntersuchung eine schier unendliche Fülle der umfangreichsten Eingaben, Schriftstücke und Beschwerden losgelassen habe. v. Kriegsheim behauptet, es sei ihm gar nichts weiter übrig geblieben, als jede mündliche Kreuzerung vor dem Untersuchungsrichter abzulehnen und schriftlich seine Darlegungen zu machen, da er den Untersuchungsrichter für besungen gehalten und gesehen habe, daß es nicht möglich sei, seine Aussagen so zu protokollieren, wie er sie gemacht zu haben glaubte. Auch der Angeklagte Wilmann befragt sich lebhaft über seine Verhandlung durch den Untersuchungsrichter.

Die Verhandlung wird hier abgebrochen. Bei den Erörterungen über den weiteren Gang der Verhandlungen theilt der Präsident seine Ansicht mit, die ohne Entschuldigende ausbleibenden Zeugen ohne Rücksicht auf ihre Stellung z w a n g s w e i s e vorzuführen zu lassen.

Die Sitzung wird auf Dienstag vertagt.

Letzte Woche! Großer Brand-Ansverkauf in Haus- und Küchengeräten, Ledervern, Galanterie- und Spielwaren usw. sowie ein großer Gelegenheitsposten Emaille-Waren sollen schnellstens wegen Renovierung des Ladens zu spottbilligen Preisen ausverkauft werden. P. Neumann's Central-Bazar Andreasstraße 62.

